



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Transformationspartnerschaft zwischen der Europäischen
Union und der südlichen Mittelmeerregion.
Junge AktivistInnen als Katalysatoren von Transformation.“

Verfasserin

Sarah Sophia Straub

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale
Entwicklung

Betreuerin:

Dipl.-Pol. Dr. Stefanie Wöhl

für
Amma

meine Eltern,
Rudi

VORWORT

Mein Dank gilt

Stefanie Wöhl, für die fachlich kompetente, engagierte und freundliche Betreuung und den großen Vertrauensvorschuss in meine Arbeitsweise und das Konzept dieser Arbeit;

Tijen Togay, für die Möglichkeit eine Woche lang unter jungen AktivistInnen aus dem Mittelmeerraum zu weilen und für das Gespräch;

und allen InterviewpartnerInnen. Ihr unermüdliches Engagement und ihre Bereitschaft diese Arbeit durch ihre Erfahrung zu bereichern, verdienen meine größte Anerkennung und meinen Dank.

Darüber hinaus möchte ich

Lara Weisz, weil sie mir Gramsci auf besondere Weise vorgestellt hat,

Rudi Risatti, Renate Straub, Marisa Navina Siedler, Shakti Fleischer und Vivek Bhurtun für die wertvollen Anmerkungen danken.

Meinem Mann, Dani Brida, Franco Risatti und meinen Eltern bin ich für ihre Unterstützung während meines gesamten Studiums von ganzem Herzen dankbar.

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT.....	v
ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	ix
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	xi
1 EINLEITUNG.....	1
1.1 Forschungsvorhaben.....	2
1.2 Methodische Vorgehensweise.....	4
1.3 Terminologie.....	7
2 DIE TRANSFORMATION IN DER SÜDLICHEN MITTELMEERREGION.....	11
2.1 Die Geographie der südlichen Mittelmeerregion.....	11
2.2 Protestbewegung von 2011 in der Region.....	11
2.2.1 Tunesien.....	13
2.2.2 Ägypten.....	14
2.3 Die Akteure: Arabische Jugend und Politik.....	15
3 DIE GESELLSCHAFTLICHE TRANSFORMATION BEI ANTONIO GRAMSCI	17
3.1 A. Gramsci – eine Ideologie, die auf der Anteilnahme am Zeitgeschehen basiert. .	19
3.2 Zu den Gefängnisheften.....	20
3.3 Zivilgesellschaft als Ort der Hegemonie.....	20
3.4 Organische Intellektuelle.....	22
3.4.1 Funktion in der Gesellschaft.....	24
3.4.2 Funktion im Bezug auf gesellschaftliche Transformation.....	26
4 DIE TRANSFORMATIONSPARTNERSCHAFT – EIN HANDWERKSZEUG.....	29
4.1 Die TP im Rahmen der Nachbarschaftspolitik der EU seit 1995.....	29
4.1.1 Barcelona-Prozess.....	30
4.1.2 Europäische Nachbarschaftspolitik seit 2004.....	31
4.1.3 Union für das Mittelmeer 2008.....	32
4.1.4 Transformationspartnerschaft 2011 – ein Abkommen.....	32
4.1.4.1 Auf multilateraler Ebene.....	34
4.1.4.2 Auf bilateraler Ebene.....	35
4.2 Die TP im Rahmen globaler Entwicklungspolitik.....	37
4.2.1 Ansätze der Internationalen Entwicklungsforschung.....	37
4.2.2 Die Rolle der EU im globalen System aus Sicht der neo-gramscianischen Theorie.....	41
4.2.3 Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Kontext globaler Entwicklungspolitik	43

4.3 Die TP im Rahmen eines kulturellen Dialogs zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie am Beispiel Tunesiens und Ägyptens.....	45
5 EMPIRISCHE STUDIE – JUNGE AKTIVISTINNEN ALS KATALYSATOREN VON TRANSFORMATION....	49
5.1 Forschungsinteresse: Evaluationsgegenstand und -Ziele.....	49
5.2 Methodologischer Zugang.....	50
5.2.1 Erhebungsmethode.....	50
5.2.2 Auswertungsmethode – Qualitative Inhaltsanalyse.....	52
5.3 Rahmenbedingungen der Forschung.....	55
5.3.1 Der Forschungsprozess.....	55
5.3.2 Vorstellung der InterviewpartnerInnen.....	56
5.3.3 Kritische Reflexion der eigenen Forschung.....	57
5.4 Auswertung der Daten.....	58
5.4.1 Kategorie A – Motive und Motivation des Aktivismus.....	58
5.4.1.1 Persönliche Sicht auf den (demokratischen) Transformationsprozess.....	58
5.4.1.2 Motive für gesellschaftliches Engagement.....	61
5.4.1.3 Motivation für die Teilnahme am Cultural Innovators Network.....	63
5.4.2 Kategorie B – Formen der zivilgesellschaftlichen Partizipation	64
5.4.2.1 CIN-Projekte.....	65
5.4.2.2 Weitere Projekte und Tätigkeiten.....	66
5.4.3 Kategorie C – Netzwerke	68
5.4.4 Kategorie D – Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Engagements.....	70
5.4.5 Kategorie E – Einschätzung über die Rolle der Europäischen Union im Transformationsprozess und die Transformationspartnerschaft.....	71
5.5 Ergebnis der Forschung und Hypothesenüberprüfung.....	73
6 CONCLUSIO.....	87
LITERATURVERZEICHNIS.....	89
ABSTRACT (ENGLISH).....	101
ABSTRACT (DEUTSCH).....	103
CURRICULUM VITAE.....	105
INTERVIEWLEITFADEN.....	107

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Europäische Union und Nachbarstaaten des südlichen Mittelmeeres (European Commission 2013).....	11
Abbildung 2: Das Ablaufmodell qualitativ-inhaltsanalytischer Verfahren am Beispiel induktiver Kategorienbildung (Mayring 1993 zitiert nach Mayring 2006: 472).....	53
Abbildung 3: Übersicht der Hypothesenüberprüfung aus theoretischem und empirischem Teil der Arbeit (Eigene Darstellung der Verfasserin).....	74

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA	Auswärtiges Amt Deutschland
ARD	Verbund der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschland
BPD	Bundeszentrale für Politische Bildung
BTI	Bertelsmann Transformations Index
CASAW	Centre for Advanced Study of the Arab World
CIN	Cultural Innovators Network
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DW	Deutsche Welle
EG	Europäische Gemeinschaft
EMA	Euro-Mediterranean Association
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	Finanzierungsinstrument Europäische Nachbarschaft und Partnerschaft
EU	Europäische Union
EUROMED	EU-Partnerschaftsprojekt (seit Nov. 1995; Teilnehmer: EU-Staaten plus Mittelmeeranrainer Algerien, Ägypten, Marokko, Tunesien, Israel, Libanon, Syrien, Jordanien, Zypern, Malta, Türkei, von Israel besetzte Gebiete -Palästina. Libyen = Beobachterstatus)*
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
GH	Gefängnishefte Antonio Gramsci
GI	Goethe Institut
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
HDI	High Developed Countries
IFA	Institut für Auslandsbeziehungen
IPÖ	Internationale Politische Ökonomie
IWF	Internationaler Währungsfond
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen

* Quelle: <http://www.bundesanzeiger-verlag.de/nc/aw-portal/aussenwirtschaft/abkuerzungsverzeichnis/buchstabe/m/glossarpage/4.html> [Zugang: 02.01.2014]

MEDA	EU-Programm (finanzielle und technische Begleitmaßnahmen zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer; 2007 ersetzt durch ENPI*
MENA	Middle East North Africa
NGO	Non-Governmental Organization (Nicht-Regierungs-Organisation, NRO)
ÖAM	Österreichisches Außenministerium
ODA	Official Development Aid
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
SPRING	Programm der Europäischen Kommission: EU response to the Arab Spring
TI	Transparency International
TP	Transformationspartnerschaft
UMA	Union des Arabischen Maghreb
WB	Weltbank

* Quelle: <http://www.bundesanzeiger-verlag.de/nc/aw-portal/aussenwirtschaft/abkuerzungsverzeichnis/buchstabe/m/glossarpage/4.html> [Zugang: 02.01.2014]

1 EINLEITUNG

Die Transformation einer Region, die Jahrzehnte lang für stabil, im Sinne von autoritär regiert, betrachtet wurde, bewegt seit 2011 sowohl WissenschaftlerInnen als auch AktivistInnen und Kulturschaffende aus der ganzen Welt. Die Rede ist von einem Aufbegehren der Menschen in einigen arabischen Ländern, welches vor allem der jungen Generation zugeschrieben wird.

Der sogenannte *Arabische Frühling*¹ beschreibt die Vorgänge der politischen und sozialen Umbrüche in einigen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens im Jahre 2011 und kann als thematischer Hintergrund dieser Arbeit gesehen werden. Hierbei handelt es sich um ein Ereignis, welches zur Zeit des Verfassens dieser Arbeit noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann und auch weiterhin im Wandel begriffen ist. Dementsprechend vielfältig gestaltet sich auch die Literatur zum Thema der arabischen Umbrüche, da sich hier noch keine allgemeingültige Narration des Arabischen Frühlings herausgebildet hat sondern vielmehr eine Vielzahl von Artikeln, Blogs und künstlerischen Aufarbeitungen, sich mit diesem Thema auseinander setzen (vgl. auch Kapitel 1.3 *Terminologie*)

Die Europäische Union antwortete auf dieses Ereignis mit einer „Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und Wohlstand“, welche von der Europäischen Kommission im Zuge der gesellschaftlichen und politischen Umbrüche am Nachbarkontinent im Mai 2011 ausgerufen wurde und zwischen Deutschland und Tunesien bzw. Ägypten als „Transformationspartnerschaft“ betitelt wurde.

Die Transformationspartnerschaft, wie sie zwischen Deutschland und Tunesien bzw. Ägypten verabschiedet wurde, ist an sich kein neues Instrument der Europäischen Außenpolitik. Bereits während des Umbruchs in den ehemaligen Sowjetstaaten existierte zwischen der Europäischen Union und Osteuropa in den 90er Jahren eine ähnliche Partnerschaft mit dem Ziel der Demokratisierung (vgl. Attinà/Rossi 2004: 8-13). Hier geben jedoch die jüngsten Ereignisse in der arabischen Welt und vor allem in den südlichen Mittelmeerländern den Anlass, sich mit dem Thema der Transformationspartnerschaft zu beschäftigen.

Als Forscherin ist mein Standpunkt klar in Europa verankert, denn durch meine Biographie und Ausbildung betrachte ich die südliche Mittelmeerregion aus europäischer Sicht, auch wenn ich nach größtem Bemühen versuche kritische Standpunkte miteinzubeziehen. Vor al-

1 Auf das Phänomen des „Arabischen Frühlings“ wird noch näher in Kapitel 1.3 *Terminologie* eingegangen.

lem im empirischen Teil soll durch Interviews mit AktivistInnen, die in der südlichen Mittelmeerregion aktiv sind, ein weiter Blickwinkel auf die Transformationsprozesse dargestellt werden.

Die Proteste des *Arabischen Frühlings* wurden sowohl in den nationalen als auch in den internationalen Medien als Aufstand der jungen BürgerInnen präsentiert und wie der Untertitel, **„Junge AktivistInnen als Katalysatoren von Transformation“** ankündigt, handelt es sich bei dieser Studie um die Rolle junger AktivistInnen in diesem Veränderungsprozess gesellschaftlicher Machtverhältnisse.

Die jungen AktivistInnen als *Katalysatoren* zu bezeichnen entspringt dem Bild eines chemischen Katalysators, welcher einen Stoff darstellt, „der die Reaktionsgeschwindigkeit einer chemischen Reaktion beeinflusst, ohne dabei selbst verbraucht zu werden.“ (Chemie online-Lexikon 2013) Dass sie mit ihrer Arbeit einen Transformationsprozess in seiner 'Reaktionsgeschwindigkeit' beeinflussen können, beruht auf der Annahme, dass die jungen AktivistInnen ihr Umfeld nachhaltig beeinflussen können und die 'Reaktionsgeschwindigkeit' der gesellschaftlichen Transformation durch ihre Netzwerke beeinflussen können. Auch Antonio Gramsci hat sich in den sogenannten *Gefängnisheften* mit den Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, eine Veränderung der Machtverhältnisse innerhalb eines Staates herbeizuführen, beschäftigt und stellt mit seinen Annahmen den theoretischen Bezugsrahmen dieser Arbeit dar, welcher im folgenden Unterkapitel 1.1 *Forschungsvorhaben* vorgestellt wird.

1.1 Forschungsvorhaben

Das konkrete Forschungsvorhaben dieser Arbeit baut u. a. auf die Ergebnisse einer Studie der AutorInnen Michelle Pace und Francesco Cavatorta auf. Sie legen in ihrem Bericht „Arab Uprising in Theory“ von 2012 die Aufforderung nahe, die Debatte um den *Arabischen Frühling* zu überdenken. Alte Paradigmen der Arabischen Welt, wie z.B. autoritäre Herrschaftssysteme, waren die dominierenden Ausgangspositionen von Forschungsansätzen im Nahen Osten. Dies, so die Autoren, muss im Lichte der Arabischen Aufstände überdacht und vor allem durch empirische Forschungen neu gedacht werden, um hier eine neue theoretische Perspektive zu erwägen (vgl. Pace/Cavatorta 2012: 125). Das **Erkenntnisinteresse** entspringt daher sowohl aus einem sozialen als auch aus einem theoretischen Problem, denn im Zuge der Umbrüche in der südlichen Mittelmeerregion ist die Rede von „neuen“ jungen AkteurInnen, die aktive TeilnehmerInnen einer politischen Partnerschaft zwischen zwei Nachbarkontinenten sind und diesbezüglich, sowohl theoretische als auch empirische Fragen aufwerfen:

Wie gestaltet sich diese Zusammenarbeit innerhalb der Transformationspartnerschaft und wie lässt sich dieser Umbruch auch theoretisch nachvollziehen? Inwieweit kann die Theorie Antonio Gramscis einen Beitrag zur Rolle dieser AkteurInnen leisten? Wo kommt gesellschaftliche Transformation in der Theorie von A. Gramsci vor?

Die gesellschaftliche Transformation bzw. die Macht zur Transformation misst Gramsci der *Zivilgesellschaft* im Allgemeinen und den *Intellektuellen* im Besonderen, bei. Deshalb lautet die **Forschungsfrage** wie folgt:

Welche Bedeutung hat die Transformationspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern (Tunesien und Ägypten) im Hinblick auf die Rolle junger AktivistInnen in diesem Prozess? Inwieweit kommt es in diesem Transformationsprozess zur Bildung von „organischen Intellektuellen“ nach Antonio Gramsci?

Die damit einhergehenden Hypothesen sind wegweisend für das Ziel, die Forschungsfrage zu beantworten und dienen vor allem der empirischen Überprüfung derselben. Die **Hypothesen** wurden sowohl aus theoretischen als auch empirischen Annahmen heraus generiert und werden hier wie folgt im Einzelnen vorgestellt:

(a) Durch die Transformationspartnerschaft wird die demokratische Partizipation junger BürgerInnen gefördert.

Die Hypothese (a) spiegelt die Ziele der Transformationspartnerschaft, wie sie in den offiziellen Dokumente der Europäischen Kommission zu finden ist, wieder. In Kapitel 2.3 *Die Akteure: Arabische Jugend und Politik* und in Kapitel 4.1 *Die Transformationspartnerschaft im Rahmen der Nachbarschaftspolitik der EU seit 1995* wird dieser Aspekt näher betrachtet und stellt somit auch einen Einstieg in das Thema der Arbeit dar.

(b) Die Transformationspartnerschaft führt zum Entstehen 'neuer' politischer Subjekte innerhalb der Partnerschaft, welche sich einer Idee, die den Interessen einer breiten Bevölkerungsmasse entspricht, als zugehörig definieren.

Diese Hypothese entspringt dem obengenannten Erkenntnisinteresse und wird mit der gramscianischen Theorie von *organischen Intellektuellen* (vgl. Kapitel 3.4 *Organische Intellektuelle*) überprüft.

(c) Junge AktivistInnen können als Katalysatoren von Transformation gesehen werden. Das persönliche Netzwerk ist hierbei ausschlaggebend. Das persönliche Netzwerk ersetzt die fehlende institutionelle Unterstützung junger Menschen in ihrer Arbeit.

Diese Hypothese wurde bereits im Untertitel der Arbeit aufgegriffen und wird vor allem im empirischen Teil mittels einer qualitativen Netzwerkanalyse überprüft werden. Dabei geht es vor allem um die Reichweite, die die AktivistInnen mit ihren Projekten in der Gesellschaft und als KatalysatorInnen innerhalb ihrer Netzwerke erlangen.

(d) Die Europäische Union trägt durch ihre Nachbarschaftspolitik, nach einem klassischen Modell der Entwicklungszusammenarbeit, zur Bildung einer demokratisch gebildeten Klasse bei.

Die Hypothese (d) geht der Annahme nach, dass es sich bei der Transformationspartnerschaft um eine Nachbarschaftspolitik nach einem klassischen Modell der Entwicklungszusammenarbeit handelt und wird in Kapitel 4.2 *Die Transformationspartnerschaft im Rahmen der Internationalen Entwicklung aus Sicht der neo-gramscianischen Theorie*, in Verbindung mit neo-gramscianischen Aspekten der internationalen Entwicklungs- und Globalisierungsforschung, näher betrachtet.

(e) Die TeilnehmerInnen an den Projekten der Transformationspartnerschaft können nach A. Gramscis Theorie als „organische“ Intellektuelle bezeichnet werden.

Diese Hypothese stellt eine anzunehmende Beantwortung der Forschungsfrage dar und kann erst am Ende der Arbeit durch eine Verbindung von Theorie und Empirie überprüft werden.

Durch eine chronologische Überprüfung der Hypothesen entwickelt sich ein annäherndes Bild von der Bedeutung der Transformationspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern (Tunesien und Ägypten) im Hinblick auf die Rolle junger AktivistInnen in diesem Prozess. Eingebettet in die Theorie Gramscis, stellt der theoretische Teil weitere relevante Konzepte und Ansätze zur Beantwortung der Forschungsfrage dar. Der genaue Aufbau der sowohl literaturbasierten als auch empirischen Studie wird im folgenden Kapitel, 1.2 *Methodische Vorgehensweise*, näher erläutert werden.

1.2 Methodische Vorgehensweise

Zentrales Anliegen der Arbeit ist es, die Transformationspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern im Hinblick auf die Rolle junger AktivistInnen zu erörtern und mit der Theorie Antonio Gramscis auf ihre Funktion als mögliche „organische Intellektuelle“ hin zu untersuchen.

Die methodische Vorgehensweise, die hierfür gewählt wurde, ist eine Verknüpfung von literaturbasierter und empirischer Forschung. Der Ablauf der Studie sieht zuerst einen thematischen Einstieg in das Thema der Transformation in der südlichen Mittelmeerregion vor. Daraufhin werden die Ansätze der gesellschaftlichen Transformation bei Antonio Gramsci aufgezeigt, anschließend wird die Transformationspartnerschaft als außenpolitisches Instrument der europäischen Nachbarschaftspolitik vorgestellt, um dann in einen weiterführenden Diskurs der gramscianischen Theorie in globalen Prozessen zu münden.

Durch eine Fallstudie wird die Möglichkeit der Verbindung von Theorie und empirischen Daten gegeben und führt zur Beantwortung der Forschungsfrage.

Der Ablauf dieser wissenschaftlichen Forschung richtet sich grundsätzlich nach dem Hypothesen überprüfenden Verfahren nach Przyborsky/ Wohlrab-Sahr (vgl. Przyborsky/ Wohlrab-Sahr 2010: 42f), anhand dessen die Hypothesen (vgl. Kapitel 1.1 *Forschungsvorhaben*) einer empirischen Überprüfung unterzogen werden. Die beiden großen Teile der Arbeit gliedern sich also in einen theoretischen (vgl. Kapitel 2-4) und einen empirischen Teil (vgl. Kapitel 5).

Das **Kapitel 2 *Transformation in der südlichen Mittelmeerregion*** ist der aktuelle thematische Anlass für diese Arbeit. Hier wird in das aktuelle Thema der Transformation in der südlichen Mittelmeerregion eingeführt und geographisch eingegrenzt. Das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und dem südlichen Mittelmeerraum wird, stellvertretend für weitere Mitgliedsstaaten, am Beispiel der Länder Deutschland und Tunesien bzw. Ägypten näher betrachtet. Deshalb wird auch in diesem Kapitel, stellvertretend für weitere Länder des Umbruchs, vor allem die Protestbewegung 2011 in Tunesien und Ägypten aufgegriffen. Dasselbe gilt für die, hier aus den zahlreichen Akteuren der Umbrüche ausgewählten, arabischen Jugendlichen und ihre Rolle in jenem Prozess.

Unter **Kapitel 3 *Gesellschaftliche Transformation bei Antonio Gramsci*** wird die gesellschaftliche Transformation bei Antonio Gramsci vorgestellt und stellt damit die theoretische Einbettung der gesamten Studie dar.

Die Einführung in diese relevante Theorie befasst sich vor allem mit der Rolle der Zivilgesellschaft als Ort der hegemonialen Auseinandersetzung und mit dem Begriff der „organischen“ Intellektuellen bei Antonio Gramsci vor. Die theoretische Verortung der Intellektuellen bei Gramsci erfolgt durch eine Funktionsbestimmung dieser, in Bezug auf die Gesellschaft und deren Möglichkeiten der Transformation.

Das **Kapitel 4 *Die Transformationspartnerschaft – ein Handwerkszeug*** stellt den politischen Kontext, in welchem sich die Arbeit bewegt, dar. Eine geschichtliche Hinführung zur

Transformationspartnerschaft, als Instrument der europäischen Nachbarschaftspolitik seit 1995, erfolgt in Kapitel 4.1. Dabei werden vor allem die offiziellen Dokumente und Rechtsakte der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates als Literaturbasis herangezogen. Das Unterkapitel 4.2 zeigt die Transformationspartnerschaft im Diskurs der *Internationalen Entwicklung* aus Sicht der neo-gramscianischen Theorie bei Hans-Jürgen Bieling, Ulrich Brand u.a. und verknüpft dabei die Ansätze der internationalen Entwicklungsforschung mit den Zielen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Im letzten Unterkapitel 4.3 wird die Transformationspartnerschaft im Rahmen eines kulturellen Dialogs zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, am Beispiel Tunesien und Ägyptens, vorgestellt und legt damit gleichzeitig auch den engeren Rahmen fest, innerhalb dessen die Fallstudie zu verorten ist.

Das **5. Kapitel** dieser Arbeit ist der empirischen Studie gewidmet, welche eine Fallstudie anhand eines konkreten Projekts der Transformationspartnerschaft aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich der Kultur vorstellt. Die TeilnehmerInnen sind hier junge AktivistInnen aus der Europäischen Union und dem südlichen Mittelmeerraum, aus den Bereichen Kunst, Politik und Medien, die mit eignen kleinen lokalen Organisationen Teil eines internationalen Netzwerks junger AktivistInnen sind. Das *Cultural Innovators Network*² bietet einen internationalen Rahmen um sich mit anderen AktivistInnen im Bereich Gesellschafts- und Staatsbürgerchaftsentwicklung auseinander zu setzen.

Die Fallstudie liefert die Daten zur empirischen Überprüfung der Hypothesen und der Beantwortung der Forschungsfrage. Die Datengenerierung erfolgt mit Hilfe eines qualitativen Leitfadeninterviews mit ausgewählten AktivistInnen aus den Ländern Tunesien, Ägypten und Deutschland. Die qualitative Studie besteht aus offenen Leitfadeninterviews mit sechs AktivistInnen, einem ExpertInnengespräch und einer Netzwerkanalyse. Der Grund für die Auswahl der InterviewpartnerInnen basiert auf ihrer unmittelbaren Beteiligung an den Umbrüchen des Arabischen Frühlings und ihrer Teilnahme an einem Projekt der Transformationspartnerschaft, dem *Cultural Innovators Network* teilgenommen haben.

Die Auswertung der Daten erfolgt mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Phillip Mayring und gliedert sich in fünf induktiv generierte Auswertungskategorien, welche in einem abschließenden Kapitel mit dem Theorieteil verknüpft werden und zur letztendlichen Überprü-

2 Das *Cultural Innovators Network* ist ein internationales Netzwerk junger AktivistInnen welches vom Goethe Institut Alexandria initiiert wurde (vgl. CIN 2013: <http://www.goethe.de/ins/eg/prj/cin/enindex.htm> [Zugang: 12.09.2013]).

fung der Hypothesen und zur Beantwortung der Forschungsfrage führen.

1.3 Terminologie

Die zentralen Begriffe dieser Arbeit sollen hier vor allem in Bezug auf Fragestellung und Thema näher definiert werden, um eine eindeutige Zuordnung der Terminologie zu gewährleisten. Die wichtigsten Begriffe, gefolgt von ihrer Definition, sind alphabetisch geordnet.

AraberIn, arabisch

AraberIn bzw. *arabisch* deuten auf die BewohnerInnen oder Gebiete des arabischen Raumes hin. Es handelt sich um eine geographisch-politisch-sprachliche Definition.

Geographisch erstreckt sich das Gebiet vom vorderasiatischen Irak, über die Saudiarabischen Halbinsel über die Länder Nordafrikas bis nach Marokko (vgl. Kapitel 2.1 *Die Geographie der südlichen Mittelmeerregion*). Die Bevölkerungen von Tunesien und Ägypten – Länder, die für diese Arbeit eine maßgebliche Rolle spielen – können somit mit diesem Begriff definiert werden.

Auf politischer Ebene können Tunesien und Ägypten als Mitglieder der Arabischen Liga als arabische Länder definiert werden (vgl. Arab League 2013).

Arabisch (Sprache) gilt linguistisch als moderne Hochsprache und ist sowohl in Tunesien als auch in Ägypten die Amtssprache (vgl. BPB-online Lexika 2013 zitiert nach Fischer Weltatmanach 2012 „Ägypten“ und „Tunesien“).

Arabischer Frühling

Der Begriff des *Arabischen Frühlings* ist in der internationalen Presse erst im Zuge von Demonstrationen und Protesten in einigen arabischen Ländern entstanden. Er bezieht sich auf *das Erblühen* von heterogenen und sich teilweise miteinander solidarisierenden Bewegungen, die eine politische, ökonomische, soziale und kulturelle Stagnation zu beseitigen forderten. Mit *Stagnation* ist ein Zustand von Unveränderlichkeit und der Widerwillen von Seiten der regierenden Eliten gemeint, demokratisch mitbestimmte Strategien für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft zu erarbeiten.

Der Arabische Frühling hat sowohl friedliche als auch gewaltsame Proteste und sogar bewaffnete Offensiven gegen einzelne Regierungen ausgelöst und scheint somit eine stark revolutionäre Komponente aufzuweisen. Die Aktionen im Rahmen des Arabischen Frühlings führten u.a. zum Sturz der tunesischen, libyschen und ägyptischen Regime; es ist auch zu massiven

und blutigen Gegenoffensiven von Seiten der regierenden Eliten gekommen, genau so wie zu Interventionen von ausländischen Streitkräften (vgl. u. a.: Dossier: Arabischer Frühling *In: Bundeszentrale für Politische Bildung*³ / Unruhen in der arabischen Welt *In: Politische Bildung*⁴ / Unruhen in Arabien *In: Spiegel Online*⁵ / Arabische Welt. Ölscheichs, Blogger, Muslimbrüder *In: Edition Le Monde Diplomatique*⁶)

Die politischen Ergebnisse des Arabischen Frühlings sind vielseitig und können gegenwärtig noch nicht zufriedenstellend, umfassend und eindeutig beschrieben werden.

Demokratie

Im Hinblick auf diese Arbeit und um die Ausführungen über die Nachbarschaftspolitik (vgl. Kapitel 4.1 S. 29) der EU besser einordnen zu können, soll hier – aus dem großen Spektrum an Demokratietheorien⁷ – ein für das europäische Verständnis von Demokratie relevanter Demokratiebegriff, wie er bei Wolfgang Merkel erläutert wird, herangezogen werden. Der Demokratiebegriff bei Dahl (1989), wie ihn Merkel zitiert, wird durch allgemeine, gleiche und faire Wahlen definiert. Merkel bezeichnet dieses Demokratieverständnis als eine „elektorale Demokratie“ mit einer sehr schlanken Definition von Demokratie und sieht in einer solchen „anspruchlosen Definition“ den Grund für die guten Statistiken zur weltweiten Demokratisierung (vgl. Merkel 2003: 17). Als anspruchsvolleren Demokratiebegriff nennt er die „rechtsstaatliche Demokratie“ deren Demokratiekonzept auf „der Verbindung von Volkssouveränität, den Prinzipien der politischen Gleichheit, der Freiheit und der Herrschaftskontrolle“ liegt. Demokratisierung als Systemtransformation hängt von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Bedingungen ab: „es ist das Zusammenspiel von strukturellen Faktoren und politischem Handeln, das die Wege von der Diktatur zur Demokratie bahnt“ (ebd.: 32f).

Transformation entsteht also im unmittelbaren Zusammenhang mit Demokratie und Wirtschaft, mit Macht, mit sozialer Gesellschaft und mit Kultur bzw. Religion. Analytische Mittel zur Messung und Kategorisierung von Demokratisierungs- bzw. allgemeinen Transformationsprozessen sind hier der Freiheitsindex von Freedom House, welcher, mittels der „Political

3 <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/> [Zugang: 21.01.2014]

4 http://www.politische-bildung.de/tunesien_aegypten.html [Zugang: 21.01.2014]

5 http://www.spiegel.de/thema/unruhen_in_arabien_2011 [Zugang: 21.01.2014]

6 Edition Le Monde diplomatique (2012): Arabische Welt. Ölscheichs, Blogger, Muslimbrüder

7 Vgl. u. a. folgende AutorInnen: Dahl, R.A. 1971; Benhabib, S. 2008; Crouch, C 2008; Sartori, G 1992; Mouffe; Ch. 2008

Rights Checklist“ und der „Civil Rights Checklist“, Einteilungen in freie, teilweise freie und nicht freie politische Systeme vornimmt (vgl. ebd.: 49).

Die **Demokratieförderung**

umfaßt [sic!] die von staatl. und nicht-staatl. Akteuren durchgeführten, Maßnahmen zur Unterstützung polit. und gesellschaftlicher Demokratisierungsprozesse. Im engl. Sprachgebrauch wird Demokratieförderung i.d.R. begrifflich getrennt in *democracy assistance* durch friedliche Mittel und *democracy promotion*, die auch (militärische) Zwangsmaßnahmen einbezieht. Unter D. werden diejenigen *policies* verstanden, die internationale Akteure «von außen» in einem Staat zu implementieren versuchen. Zudem wird sie in bestehenden Demokratien zur nachhaltigen Stärkung der demokratischen Politischen Kultur angewendet, z.B. durch Seminare zu Politischen Bildung. In letzterem Fall ist D. Teil der Innenpolitik, während sie sonst in der Außenpolitik und Entwicklungspolitik zu verorten ist. *Per definitionem* gibt D., im Ggs. zu *State-building* und *Good governance*, eine Zielrichtung hinsichtlich des Regimetyps vor. (Nohlen/ Schulz 2010: 141)

Demokratisierung bezeichnet den

Prozeß [sic!] der Errichtung einer Demokratie, in welchem von totalitären oder autoritären Regimen zu demokratischer Legitimierung und Ausübung der Macht übergegangen wird (Nohlen/ Schulz 2010: 153).

Die historische Entwicklung der heutigen westlichen Demokratien verdeutlicht, wie eine Demokratisierung allmählich erfolgt und sich dabei über große Zeiträume erstreckt. (Naßmacher 2002: 257)

Transformationsprozess

Der allgemeine Begriff *Transformationsprozess* definiert in dieser Arbeit jene Prozesse, die zur Demokratisierung (s. *Demokratisierung*) beitragen. Auf der Zivilgesellschaft (s. *Zivilgesellschaft*) liegt in dieser Studie ein Hauptaugenmerk als wichtiger Motor, der Transformationsprozesse in Gang setzen kann. Die jungen AktivistInnen werden sogar als Katalysatoren von Transformation gesehen

Hinsichtlich eines politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesses wird in der Politikwissenschaft in diesem Zusammenhang von **Transitionsforschung** gesprochen, einem

Zweig der vergleichenden Regierungslehre (Systemforschung), der sich mit dem Systemwechsel von Autoritären Regimen zu Demokratien beschäftigt. Im Kern blieb die T. auf den Wandel oder Wechsel des Politischen Systems konzentriert, d.h. auf dessen Demokratisierung (Nohlen/ Schulz 2010: 1108).

In dieser Arbeit stellt die **Transformationspartnerschaft** ein Beispiel für die aktive Unterstützung eines solchen Systemwandels dar.

Zivilgesellschaft

Der Sammelbegriff *Zivilgesellschaft* beschreibt einen besonderen Aspekt der Kollektivität bzw. der Gesellschaft. Er bezieht sich auf die Interaktion oder auf das Interaktionspotential von Individuen oder von Gruppen von Individuen, die mit- und füreinander Projekte initiieren. Das Präfix *Zivil-* bezeichnet in diesem Sammelbegriff eine Interaktion, die etwa politisch ausgerichtet sein kann, die aber nicht institutionell gesteuert ist, basierend auf Tätigkeiten vieler verschiedener AkteurInnen zugunsten der Gesellschaft selbst.

Im europäischen Sprachgebrauch gehören zur

Zivilgesellschaft [...] zahlreiche NGOs und Initiativen. Ziel dieser Einrichtungen ist es, auf demokratischem Wege die Achtung der *Menschenrechte* und *Solidarität* zu fördern, die Kluft zwischen Arm und Reich abzubauen und so zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung beizutragen. (Politik-Lexikon 2013)

Zivilgesellschaft

bezeichnet eine Sphäre kollektiven Handelns und öffentlicher Diskurse, die zwischen Privatbereich und Staat wirksam ist. Ihren organisatorischen Kern bildet eine Vielzahl pluraler, auch konkurrierender Assoziationen, die ihre Angelegenheiten relativ autonom organisieren und ihre materiellen und immateriellen Interessen artikulieren. Ihr Spektrum umfaßt [sic!] u.a. Bürgerinitiativen und Bürgerrechtsgruppen, Verbände und Interessengruppen, Kultur- und Bildungseinrichtungen, religiöse Vereinigungen, Entwicklungsorganisationen und Selbsthilfegruppen. (Nohlen/Schulze 2010: 1248)

Ein wichtiges Kriterium ist, dass die Interaktion zwischen den AkteurInnen der Zivilgesellschaft auf Freiwilligkeit und Selbstorganisation beruht. Aus diesem Grund werden politische Parteien – da sie funktional zu eng auf die Erlangung staatl. Ämter ausgerichtet sind (vgl. Nohlen/Schulze 2010: 1248) – nicht zu den AkteurInnen gezählt, die die Sphäre kollektiven Handelns der Zivilgesellschaft konstruieren.

Bei der herrschaftskritischen Konzeption Antonio Gramscis, welche in dieser Arbeit die zentrale Theorie darstellt, wird

Z. als kulturelle Sphäre neben Wirtschaft und Politik [verstanden], in der an der Aufrechterhaltung oder Veränderung gesellschaftl. Hegemonie mitgewirkt wird. In ihr werden die herrschaftskonformen Ideologien und Konsense erzeugt, die allerdings nicht als unveränderlich gelten. (Nohlen/ Schulze 2010: 1249f)

Weitere Ausführungen zum Begriff der Z. werden unter Kapitel 3.3 *Zivilgesellschaft als Ort der Hegemonie* berücksichtigt.

2 DIE TRANSFORMATION IN DER SÜDLICHEN MITTELMEERREGION

2.1 Die Geographie der südlichen Mittelmeerregion



Abbildung 1: Europäische Union und Nachbarstaaten des südlichen Mittelmeeres (European Commission 2013)

Die Landkarte zeigt die geographischen Regionen der Arbeit, welche sich aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und den Nachbarstaaten des südlichen Mittelmeerraumes zusammensetzt.

2.2 Protestbewegung von 2011 in der Region

Die Welle von Protesten, welche sich in der südlichen Mittelmeerregion weiter ausbreiten sollte, nahm ihren Anfang 2011 in Tunesien. Paradoxerweise war Tunesien ein Land, in dem man von einer der stabilsten autoritären Regierungen sprach. Das ägyptische Aufbegehren setzte bald darauf ein und führte zur Amtsaufgabe des damaligen Präsidenten Hosni Mubarak (vgl. Pace/Cavatorta 2012: 126). Der Auslöser für die Veränderungen in der Region war der Selbstmord eines 28 Jahre alten, verzweiferten Obst- und Gemüsehändlers namens Mohammed Bouazizi. Das beispielhafte Schicksal des jungen Universitätsabgängers war sozusagen

der Katalysator für die Veränderungen, die jedoch eine längere Vorgeschichte hatten.

Tunesien wurde sogar von der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) als stabiles Schwellenland eingestuft, als das wettbewerbsfähigste Land Afrikas überhaupt, noch vor Ägypten: Tunesien ein Musterland, wie es sich Europa immer gewünscht hat. In Wirklichkeit waren die Hüllen aller arabischen Systeme [...] schon seit Langem rissig und baufällig. Sie waren und sind also kurz davor auseinanderzuplatzen (Armbruster⁸ 2011: 62ff)

und trotzdem überraschte das Aufbegehren der Arabischen Bevölkerung sowohl PolitikwissenschaftlerInnen als auch PolitikmacherInnen, denn Demokratisierung wurde gemeinhin als linearer Weg von autoritären Regimen zur Demokratie verstanden und stand im direkten Widerspruch zur Auffassung der Widerstandsfähigkeit der autoritären Regime in der südlichen Mittelmeerregion in den letzten drei Dekaden. So dauerte es nur wenige Tage, vom 1. bis zum 14. Januar 2011, bis der tunesische Machthaber Ben Ali gestürzt und aus dem Land flüchtete und sein Exil in Saudi Arabien fand.

Was waren also die 'plötzlichen' Gründe für den Arabischen Frühling? Im Falle der aufständischen Länder der MENA (Middle East North Africa) – Region konnte in diesen letzten Jahren ein beachtliches Wirtschaftswachstum beobachtet werden. Aufgrund von demographischen und Verteilungsfaktoren wirkte sich dieses Wachstum jedoch nicht auf das Pro-Kopf-Einkommen der Bürger aus (vgl. Gligorov et al. 2012: 3f). Die **ökonomischen Faktoren** für die Aufstände sind jedoch nicht die einzigen Gründe. Menschen aus allen sozialen Klassen, Einkommens- und Bildungsschichten fordern auf der Straße ihr Recht auf Mitsprache und Selbstbestimmung ein und riskieren dabei ihren eigenen Tod oder eine Gefängnisstrafe. M. Pace und F. Cavatorta weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine zu starke Konzentration auf das Argument der **herrschenden Eliten und deren Machtbestreben** durch die ökonomische Liberalisierung, eine tiefere Analyse der sozialen Transformationsmechanismen, welche im Zuge der Aufstände in der Region an Bedeutung gewonnen haben und letztlich sogar zu neuen sozialen Akteuren geführt haben, ausblende (vgl. Pace/Cavatorta 2012: 131). Die Antwort der Europäischen Union (EU) fiel deutlich aus, indem sie sich sowohl im Europarat als auch in der Europäischen Kommission für eine aktive Rolle im Transformationsprozess aussprach und „Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und Gemeinsamen Wohlstand“⁹ verabschiedete (vgl. EU Press Release: 2011).

8 Jörg Armbruster war 2011 ARD-Auslandskorrespondent für den Nahen Osten und Zeitzeuge der Aufstände

9 Diese Partnerschaft ist teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) im südlichen Mittelmeerraum und wird in Kapitel 4.2 eingehen behandelt.

Die jüngsten Proteste, Aufstände und Revolten in der arabischen Welt sind also der thematische Aufhänger dieser Arbeit und werfen in diesem Zusammenhang zahlreiche interessante Fragen und Hypothesen auf (vgl. Kapitel 1.1 *Forschungsvorhaben*). Es handelt sich hier um einen Prozess, der noch nicht als abgeschlossen bezeichnet werden kann. Zu diesem Zeitpunkt stehen vor allem die sozialen AkteurInnen und deren potenzielle hegemoniale Macht im Vordergrund, während die wirtschaftlichen Faktoren der Aufstände eher eine marginale Rolle spielen, denn hier soll die Rolle der jungen Menschen ins Zentrum des Interesses gerückt werden. Darüber hinaus sind die Rolle und die Haltung der Europäischen Union und die Antwort dieser auf den Transformationsprozess in dieser Arbeit von Interesse. Um die folgenden Analysen und Erklärungen am Beispiel Tunesiens und Ägyptens festmachen zu können, bietet sich ein kurzer Einblick in die nationalen Entwicklungen dieser Länder von 2011 bis 2013 an.

2.2.1 Tunesien

Aus dem Ländergutachten der Bertelsmannstiftung, dem Bertelsmann Transformation Index aus dem Jahr 2012¹⁰, geht hervor, dass in Tunesien seit 1956 bis 2011 jegliche zivilgesellschaftliche Organisation strikt verboten war. Nach dem Sturz des tunesischen Machthabers Zine El Abidine Ben Ali machte die Übergangsregierung unter Mohamed Ghannouchi Zugeständnisse, welche die Möglichkeit der Bildung zivilgesellschaftlicher Organisationen und politischer Parteien erlaubte (vgl. BTI 2012 2013: Tunesien). Die Ausgangslage in Tunesien, welche den Boden für das Aufbegehren der BürgerInnen und vor allem der jungen TunesierInnen darstellte, ist vielfältig. Dabei spielte die Arbeitslosigkeit eine wichtige Rolle, denn nach offiziellen Zahlen belief sich die **Arbeitslosenrate** auf 14 bis 17 Prozent, während inoffizielle Quellen sogar von bis zu 22 Prozent Arbeitslosen, gemessen an der Gesamtbevölkerung, sprechen. Darüber hinaus übernimmt das **Medium Internet** eine wichtige Rolle im *Arabischen Frühling*, da Tunesien die höchste Nutzungsrate im Vergleich zu anderen Ländern Nordafrikas aufweist und ein Viertel aller Jugendlichen durch soziale Netzwerke, wie *facebook* und *twitter*, verbunden sind. Die **Junge Bevölkerung** unter 30 Jahren macht hier mit über 55 Prozent den größten Anteil der Gesamtbevölkerung aus und stellt damit eine ernst zunehmende soziale, wirtschaftliche und politische Akteurin dar (vgl. Murphy 2011: 300ff). **Die Forderungen der Menschen** waren kompromisslos. Keine Zugeständnisse, die Ben Ali zuvor vorgeschlagen hatte, wurden akzeptiert, denn „[...] the protesters continued their actions, demanding the removal of all ministers from the previous government including Ghannouchi him-

¹⁰ Das Ländergutachten des BTI erscheint zweijährlich

self.“ (Murphy 2011: 302) „Die ersten freien Wahlen in Tunesien am 23. Oktober 2012 waren ein historischer Moment und gelten als die große Errungenschaft der protestierenden Bevölkerung, aber nach zwei Jahren Ennahda an der Macht ist die Bilanz im Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlichen Aufschwung ernüchternd.“ (DW 2013)

2.2.2 Ägypten

Im Gegensatz zum Verbot zivilgesellschaftlicher Organisationen in Tunesien, gab es in Ägypten eine Vielzahl von Vereinen (ca. 20.000), jedoch agierten diese ohne rechtlichen Rahmen und wurden so zu einem Großteil durch den Staat kontrolliert (vgl. BTI 2012 2013a: Ägypten).

Die Proteste am Tahirplatz begannen mit dem 25. Januar 2011 und die zahlreichen DemonstrantInnen waren mit einem nicht abzubremsenden revolutionären Geist erfüllt. Nach der Flucht Mubaraks konnten sie nicht umhin in diesem Erfolg eine Revolution zu sehen (vgl. Roberts 2012: 34).

Dem Militär kommt in Ägypten eine ganz besondere Rolle zu. Seit der Machtübernahme Mubaraks durch einen Militärputsch genießt das Militär weitreichende Privilegien im Staat. Am Ende der Revolte von 2011, als abzusehen war, dass Mubarak nicht zu halten ist, schlug sich das Militär auf die Seite der Demonstranten. „Während das tunesische Militär sich als apolitischer Staatsdiener erwies, entschied sich die ägyptische Armee für eine neutrale bis sympathisierende Haltung gegenüber den Demonstranten [sic!], welche nur eine Maske für die eigentliche Zielsetzung des Generalstabs war.“ (Roberts 2012: 34) Denn vom Herbst 2011 bis zu den ersten freien Wahlen regiert ein Militärrat und Demokratie wird zum „Dekret von oben“ (Armbruster 2011: 72). Viele Stimmen forderten mehr Zeit, um sich auf die Wahlen vorzubereiten, aber bereits im Herbst wurde gewählt und so diente diese Wahl den bereits bestehenden Parteien (vgl. Armbruster 2011: 70-76). Die ersten freien Wahlen vom 16. und 17. Juni 2012 in Ägypten gewann der Kandidat der Muslimbrüder Mursi mit „13.230.131 Stimmen, rund 880.000 mehr als auf seinen Konkurrenten, den ehemaligen General und Premierminister Schafik“ fielen (Gehlen 2012). Das Ägypten unter Mursi wird im Verlauf der Jahre 2011-2012 von einem „nicht freien“ zu einem „teilweise freien“ Staat (vgl. Freedomhouse 2013) und trotzdem bleibt seine Stabilisierungspolitik erfolglos und Mursi wird nach einem Jahr im Amt am 3. Juli 2013, nach Ablauf des Ultimatums, gestürzt und vom Militärrat verhaftet. Die Macht übernimmt Adil Mansur, dessen Karriere sowohl eng mit dem Mubarak-Regime als auch Saudi Arabien, wo er zehn Jahre lang gearbeitet hat, verbunden ist (Gresh 2013: 5). Dass die Proteste in Ägypten durch einen Regierungswechsel nicht gestoppt werden konnten, zeig-

ten erneute Demonstrationen in Kairo und anderen Städten Ägyptens gegen das umstrittene Gesetz zur staatlichen Kontrolle von Kundgebungen und Meinungsäußerung am 22. November 2013 (vgl. Bickel 2013).

Unter den zahlreichen AkteurInnen der Proteste, wie sie in diesem Kapitel beschrieben wurden, gilt es vor allem die jungen Menschen als Akteure der politischen Umbrüche hervorzuheben um den Hypothesen (a) und (b) nachzugehen und zu erörtern, inwieweit durch die Transformationspartnerschaft die demokratische Partizipation junger BürgerInnen gefördert wird und ob diese tatsächlich zum Entstehen 'neuer' politischer Subjekte führt.

2.3 Die Akteure: Arabische Jugend und Politik

Youth have broken through the barriers and constraints that kept them as silent and passive members of society, and may well soon start making practical contributions – private business and social movements in particular – that could gradually pull our region into the modern world. When youth activism intersects with politics, then we can expect real change to happen. That day may be imminent. (Khouri 2010)

Angesichts der Entwicklung der demographischen Zahlen in den Arabischen Ländern, fragt sich die Wissenschaftlerin Emma C. Murphy¹¹, ob wir wirklich überrascht sein können, dass nun diese Jugendlichen auch auf der politischen Bühne angekommen sind. Sie betrachtet die Jugend als demographische Gruppe, eine soziale Kategorie in der Warteschleife. Nicht in der Lage den Übergang in ein vollständiges Erwachsensein mit all seinen sozialen und ökonomischen Bedeutungen und Notwendigkeiten zu schaffen, engagieren sie sich in alternativen Formen der Politik, häufig in sozialen Netzwerken und auf offener Straße (vgl. Murphy 2012: 2). Außerdem können laut Murphy die Arabischen Jugendlichen nicht isoliert von ihrem Generationskontext, der von Inklusion und Exklusion der postkolonialen Staaten gekennzeichnet sei, betrachtet werden. Doch handelt es sich hierbei schlicht um eine soziale Kategorie oder sollte man die jungen AktivistInnen als eigenes Phänomen betrachten? Fragen, die aufkommen, wenn ein aktuelles und sich im Wandel befindendes Phänomen näher betrachtet wird (vgl. Murphy 2012a: 5). Dabei kann der große Anteil junger Menschen an der Bevölkerung auch als 'demographisches Geschenk' gesehen werden, da er die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Wachstums mit einer Großzahl an Menschen im arbeitsfähigen Alter, mit einer niedrigen Abhängigkeitsrate und einer hohen Produktivkraft für den wirtschaftlichen Sektor bietet (vgl.

11 Prof. Emma C. Murphy von der Durham Universität leitet am Centre for the Advanced Study of the Arab World (CASAW) eine Forschungsgruppe zum Thema „Youth: a generational narrative for change“ (vgl. CASAW 2013)

Murphy 2012a: 9). Hinzu kommt eine große Bereitschaft der jungen Menschen, sich national und international für mehr Mitspracherechte einzusetzen. In einer Studie des National Democratic Institute (NDI), einer amerikanischen gemeinnützigen Organisation, wurde festgestellt, „that Tunisian youth responded positively to the idea of democracy, but that they had very little faith in the capacity of either the national political culture or established institutions (including political parties) to ensure its full implementation“ (Collins 2011), sodass sich die jungen Menschen gezwungen sahen, eigene Wege zu gehen. „Throughout the Tunisian and Egyptian uprisings, the youth movements not only communicated with one another to offer advice and support, but they also drew heavily upon the resources of youth movements elsewhere.“ (Murphy 2012a: 19) Außerdem sind arabische Jugendliche in Onlineforen wie: Forum for Alliance for Youth Movements, GloalVoices Online, Arabic Youth for Change (Alexandria)¹² aktiv und es zeigt sich:

Arab youth are not only linked into regional networks but into global networks which share both elements of their generational narratives and strategies for subsequent activism. Just as Arab youth's popular culture merges the local with the global, so too does their political culture. They are themselves now passing on the baton, with anti-government protests in Greece, Spain and even the United States, modelling themselves on the Arab Spring. (Murphy 2012a: 19)

Denn gerade Arabische Jugendliche dieser Generation befinden sich an einer Schnittstelle zwischen „Öffentlichem und Privatem“ und „Lokalem und Globalem“, denn „(...) all our papers found that Arab youth are profoundly connected to global cultures and identities, although retaining at the same time their own distinctiveness.“ (Murphy 2012: 3) Diese Vernetzung ist nicht nur das Resultat der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, sondern auch eine persönliche Erfahrung, die durch Migration und länderübergreifende Mobilität verstärkt werden kann. Die Proteste wurden sowohl in den nationalen als auch in den internationalen Medien als Aufstand der jungen BürgerInnen präsentiert. Deshalb ist es nun auch wichtig, ein tieferes Verständnis für diese Jugend und ihre Rolle im nationalen und internationalen Gefüge zu entwickeln (vgl. Murphy 2012a: 6). Die Forschungsfrage dieser Arbeit greift die von Murphy geäußerte Notwendigkeit auf und beschäftigt sich mit der Frage, ob die AktivistInnen des Arabischen Frühlings als *organische Intellektuelle* nach A. Gramsci bezeichnet werden können. Im folgenden Kapitel 3 *Die Gesellschaftliche Transformation bei Antonio Gramsci* werden, die hierfür relevanten Aspekte Gramscis Theorie bezüglich der *Zivilgesellschaft* und der *organischen Intellektuellen* vorgestellt.

12 Organisationen von arabischen Jugendlichen:

<http://www.youthpolicy.org/mappings/regionalyouthfunding/mena/regional/> [Zugang: 02.09.2013]

3 DIE GESELLSCHAFTLICHE TRANSFORMATION BEI ANTONIO GRAMSCI

Im Rahmen dieser Arbeit sollen vor allem die für die Beantwortung der Forschungsfrage¹³ relevanten Aspekte von Gramscis Theorie und seiner Rezeption aufgegriffen werden, um dadurch einen ganz bestimmten Blickwinkel auf die Rolle der jungen AktivistInnen in der EU und der südlichen Mittelmeerregion herauszuarbeiten.

Wo kommt gesellschaftliche Transformation in der Theorie von Antonio Gramsci vor? Transformation bzw. die Macht zur Transformation misst Gramsci der *Zivilgesellschaft* im Allgemeinen und den *Intellektuellen* im Besonderen bei. Wenn wir über die Macht der gesellschaftlichen Transformation sprechen, sprechen wir, mit Gramsci gedacht, von *Hegemonie*. Um diesen Begriffen und ihrer Konzeption näher zu kommen, sollen sie in diesem Kapitel dargestellt werden und in eine Funktionsanalyse der *organischen Intellektuellen* im Bezug auf gesellschaftliche Transformation münden.

Die Theorie Gramscis wurde bereits in verschiedenen Diskursen der Politikwissenschaften ausgeführt¹⁴ und von zahlreichen Autorinnen und Autoren¹⁵ in ihren Arbeiten 'erweitert'.

Als primäre Quelle dienen die Aufzeichnungen Antonio Gramscis, während seiner Gefangenschaft unter den italienischen Faschisten in den Jahren 1929-1935, die sogenannten *Gefängnishefte*. Peter Jehle, Wolfgang F. Haug und Klaus Bochmann sind die Herausgeber der deutschen Ausgabe der Gefängnishefte im Argumentverlag. Ihr Detailwissen bezüglich Hintergrundinformation zu den einzelnen Notizen dient der näheren Analyse. Das Buch von Sonja Buckel und Andreas Fischer-Lescano setzt sich in einzelnen Sammelbeiträgen mit der Weiterentwicklung des gramscianischen Verständnisses des Staates auseinander. Die daran beteiligten WissenschaftlerInnen¹⁶ beleuchten *Hegemonie* aus gramscianischer Sicht in den verschiedenen Disziplinen und stellen dabei ein sehr umfangreiches Spektrum an Anwendungsmöglichkeiten der besagten Theorie dar. Benjamin Opratko, liefert Erkenntnisse im Umgang mit einer nicht ganz gewöhnlichen Literatur, wie die der *Gefängnishefte*. Sabine Kebir trägt mit

13 Welche Rolle spielt die Transformationspartnerschaft zwischen EU und den Partnerländern (Tunesien und Ägypten) im Hinblick auf die Rolle junger AktivistInnen in Staaten der Transformation? Inwieweit kann in diesem Transformationsprozess von der Bildung „organischer Intellektueller“ nach A. Gramsci gesprochen werden?

14 z.B. Internationale Politische Ökonomie IPÖ & Internationale Beziehungen 'neogramscianische Schule' bei Cox, später Gill, AutorInnen des „Amsterdamer Projekts“, Feministische Theorien und Hegemoniekonzepte

15 Ulrich Brand (vgl. Opratko 2012: 18), Poulantzas 1978, Buci-Glucksmann 1982, Laclau, Mouffe, Jessop 1997, Hirsch/Jessop 2001, Hirsch 2003, Brand/Görg 2003, Bieling/Deppe 1996, Overbeek 2000, Sassoon 1980, Wöhl 2007

16 Alex DEMIROVIĆ, Bob JESSOP, Stefanie WÖHL, Oliver MARCHART, Stephan ADOLPHS, Serhat KARAKAYALI, Hans-Jürgen BIELING, Ulrich BRAND, Anna GEIS, Jonas WOLFF

ihrem wissenschaftlichen Fokus auf das Gesamtwerk Gramscis in diesem Kapitel vor allem durch ihre Ausführungen zur Zivilgesellschaft bei Gramsci bei. In seiner Dissertation schreibt Ludwig Paulmichl (1988) zur konzeptuellen Ausweitung des Intellektuellen im Hinblick auf die revolutionäre Strategie und Organisation bei Antonio Gramsci.

Die Gemeinsamkeit derer, die sich in ihren Arbeiten auf Gramsci beziehen ist, dass sie „Gramscis Überlegungen als zentralen Referenzpunkt ihrer Theorien nutzen, sie aber mit anderen theoretischen Positionen ihrer Theorien verknüpfen und im Lichte politisch-theoretischer Erkenntnisse und Erfahrungen des 20. Jahrhunderts erweitern. Sie alle gehen also 'mit Gramsci über Gramsci hinaus' und stellen so im doppelten Sinne Beiträge zur politischen Theorie *nach* Gramsci dar.“ (Opratko 2012: 17) Dieses Zitat trifft auch auf die eben angeführten AutorInnen zu, denn für die Abhandlung der Diplomarbeit ist diese Erweiterung der Theorie Gramscis „im Lichte politisch-theoretischer Erkenntnisse“, wie Opratko sie nennt, von zentraler Bedeutung, da sie es ermöglichen ein aktuelles Thema, wie das der gesellschaftlichen und politischen Transformation in den südlichen Mittelmeerländern, zu behandeln.

Es ist die „[...] Offenheit, die Vielfalt der von ihm behandelten Themen und die Tatsache, dass Gramsci keinen Universalschlüssel hinterlassen hat, der jedes theoretische oder politische Schloss knackt [und] die enorme Anschlussfähigkeit gramscianischer Begriffe ermöglicht.“ (Opratko 2012: 14)

Auch, dass seine Theorie eine Theorie des Alltags ist und daher auf viele Bereiche des öffentlichen Lebens Bezug nimmt, spricht für eine Verbindung von Gramscis Theorie mit einer aktuellen empirischen Studie über Junge AktivistInnen als Katalysatoren von Transformation.

Doch, wie kann oder sollte Gramsci eigentlich gelesen werden? Adam David Morton sagt hierzu, dass es einerseits wichtig ist den historischen Kontext mitzudenken, andererseits besteht hier dann die Gefahr des strengen Historismus, der die vergangenen Formen des Denkens auf ihren engsten historischen Kontext reduziert und Gramsci tendenziell in die Geschichte verbannt (vgl. Morton 2007: 15-38). Eine Einbettung der Gefängnishefte in ihren Entstehungskontext soll ermöglichen, „Argumente und Thesen, die unter spezifischen historischen Bedingungen formuliert wurden, in Bezug zu politischen Herausforderungen der Gegenwart zu setzen, ohne der Versuchung der Projektion zu erliegen.“ (Opratko 2012: 24)

3.1 A. Gramsci – eine Ideologie, die auf der Anteilnahme am Zeitgeschehen basiert

Ein kurzer Exkurs in sein Leben und seine Ansichten über den Staat und die Gesellschaft zeigt die Theorie im Lichte seiner eigenen Biographie und seiner Zeit, dem faschistischen Italien unter der Herrschaft Benito Mussolinis. Geboren 1891 auf Sardinien und gestorben 1937 in Rom, war sein kurzes Leben geprägt durch seine journalistische Tätigkeit im sozialistischen Umfeld Italiens. Als Mitglied der sozialistischen Partei und Mitbegründer der Kommunistischen Partei in Italien gilt er als einer der bedeutendsten Figuren der italienischen Linken und des Widerstands gegen das faschistische Regime (vgl. Fiori 1979). Sein Denken muss in jedem Fall als eine zeitlich, regional und kulturell eingebettete Theorie gesehen werden, denn die starken Veränderungen seiner Zeit veranlassten auch Gramsci selbst, frühe Kritik am sozialistischen System zu formulieren. So hoffnungsvoll die sozialistische Bewegung in Italien auch begonnen hatte, erlebte Gramsci auch das Scheitern der Bewegung durch die Machtübernahme durch den Faschismus. Dies veranlasste ihn, „die Grundlagen politischen Handelns noch einmal von vorn, von einem völligen Neuanfang aus zu überprüfen, wofür er die Geschichte seines Landes, seiner Kultur und der die Ideologie und Kultur tragende Akteure, also Intellektuellen, zum zentralen Gegenstand seiner Untersuchungen und Überlegungen macht.“ (Bochmann 2001: 40)

Gramsci ist dahingehend interessant für diese Arbeit, da er sich mit der Veränderung von Machtverhältnissen beschäftigte, denn

[d]ie Frage reduzierte sich für ihn letztendlich darauf, wie politische bzw., allgemeiner gesagt, lebensweltliche Vorstellungen (*concezioni del mondo e della vita*) unter den Massen – im Volk – in der Bevölkerungsmehrheit – entstehen, wer sie prägt, wie sie durch bestimmte politische Gruppen für die Gewinnung und den Erhalt der Macht benutzt werden – was ihn am Ende nicht nur zum Theoretiker der Zivilgesellschaft werden lässt, sondern auch zu einer frühen Kritik am sowjetischen Sozialismusmodell führt. (Bochmann 2001: 40)

Gramscis Überlegungen richteten sich nämlich ganz allgemein gegen einen gewaltgestützten Herrschaftsapparat. Dazu zählte er vor allem die faschistische, jedoch auch Aspekte der marxistischen Tradition (vgl. Demirović 2007: 37) „[D]ie Einengung des kreativen Spielraums für intellektuelle Aktivität auf Grund der Demokratie Defizite in allen Lebensbereichen [war] einer der Gründe für das Versagen des Systems“, als praktisches Beispiel nennt Bochmann hier „die großen Schwierigkeiten, Gramscis Schriften in Osteuropa und der DDR herauszubringen.“ (Bochmann 2001: 48) Um die ein besseres Verständnis für Gramscis Schriften zu bekommen, wird im folgenden Kapitel 3.2 *Zu den Gefängnisheften* der Entstehungskontext des Hauptwerkes A. Gramscis, den *Gefängnisheften*, näher betrachtet.

3.2 Zu den Gefängnisheften

Unter außergewöhnlichen Umständen in politischer Gefangenschaft entstanden, sind die Gefängnishefte eine fragmentarische Aufzeichnung von zahllosen Notizen Gramscis. „Um Antonio Gramscis Überlegungen zum Staat angemessen zu verstehen, ist zu bedenken, dass er kein akademischer Politikwissenschaftler war, dass er auch keineswegs in einem heute üblichen Sinne eine akademische Theorie des Staates, der politischen Institutionen oder des politisch-administrativen Systems formulieren wollte.“ (Demirović 2007: 21)

Die einzelnen Notizen wurden bereits in der ersten Ausgabe der Gefängnishefte geordnet und somit bereits interpretiert. Darüber führt vor allem das Schreiben an der Zensur im Gefängnis vorbei, zu einer zeitweise unklaren Deutung einiger Begriffe (vgl. Bochmann 2001, Jehle 2012, Opratko 2012). „Seine Überlegungen hat er im Gefängnis des faschistischen Italiens unsystematisch in der Form von Notizen und in einer Sprache festgehalten, die die Gefängniszensur unterlaufen musste.“ (Demirović 2007: 21)

3.3 Zivilgesellschaft als Ort der Hegemonie

Auch wenn *Hegemonie* im Bezug auf diese Arbeit nicht den Kern der Analyseeinheit darstellt, ist der Begriff trotzdem von Bedeutung, wenn es darum geht, gesellschaftliche Veränderungen bzw. Transformation zu betrachten. „Jede emanzipatorische Bewegung stößt, meist eher früher als später, auf die 'hegemoniale Herausforderung', d.h. auf die Notwendigkeit der Veränderung dieser gesellschaftlichen Praxen, der Einwirkung auf die gelebte Kultur, des Kampfes um den Alltagsverstand auf den zerklüfteten Ebenen der Zivilgesellschaft.“ (Opratko 2012: 13) Das Konzept der *Hegemonie* soll also laut Gramsci zum Ausdruck bringen, „dass moderne Formen von Herrschaft maßgeblich auf Konsens beruhen, das heißt, dass die gesellschaftlichen Institutionen, sollen sie auf Dauer Bestand haben, selbst noch von den durch sie Beherrschten mitgetragen werden müssen.“ (Buckel/ Fischer-Lescano 2007: 11) Sonja Buckel und Alexander Fischer-Lescano beschrieben in ihrem Sammelband zu „Hegemonie – gepanzert mit Zwang“, dass der Konsens vor allem in der sogenannten 'Zivilgesellschaft' (*società civile*) hergestellt wird, „also in jenem Bereich zwischen Staat und Ökonomie, der bis dahin gerade als nicht -staatlich konzipiert wurde und all jene Praktiken und Institutionen umfasst, die herkömmlich als 'privat' bezeichnet und dem Staat im engeren Sinne entgegengesetzt werden: Schulen, Universitäten, Kirchen, Vereine, Gewerkschaften, Massenmedien etc.“ (Buckel/ Fischer-Lescano 2007: 11) „Das Verhältnis zwischen Staat, Zivilgesellschaft und politischer

Gesellschaft stellt Gramsci mit der Definition des 'integralen Staat' (vgl. GH: 824, 815f.) dar, er nennt ihn Staat in 'integraler Bedeutung' (Opratko 2012: 38) Zentrale Überlegungen Gramscis bezüglich der Kräfteverhältnisse innerhalb des Staates laufen auf den Hegemoniebegriff hinaus. Die Untersuchung des hegemonialen Kräfteverhältnisses stellt somit also den 'Überbau' dar, in dem die Zivilgesellschaft zum einen und in dieser, die Intellektuellen zu verorten sind.

Auch Gramsci unterscheidet zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft (vgl. Kapitel 1.3 *Terminologie*). Denn „[e]inerseits ist die Zivilgesellschaft als Ort der Hegemonie als Konsensproduktion recht eindeutig bestimmt. Gramsci nennt sie >gemeinhin 'privat' genannten Organismen< (GH: 1502) oder den >'privaten' Hegemonieapparat< (GH: 816) und zählt dazu >die Bibliotheken, die Schulen, die Zirkel und Klubs unterschiedlicher Art, bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und zu den Namen derselben< (GH: 373).“ (Opratko 2012: 40) Andererseits ist es schwierig, eine eindeutige Unterscheidung von Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft vorzunehmen. „Schließlich erfüllen auch Institutionen, die eindeutig dem Staat im engeren Sinne, also der politischen Gesellschaft, zuzurechnen sind, Funktionen der Konsensproduktion“ (Opratko 2012: 40).

Dieser Punkt wird dahingehen wichtig sein, wenn im späteren Verlauf der Arbeit (Kapitel 5.3.2, S. 56) die AkteurInnen der Transformationspartnerschaft zwischen der EU und der südlichen Mittelmeerregion vorgestellt werden und deren Projektarbeit näher betrachtet wird.

Als Hegemon kann also auch jede dominante Gesellschaftsklasse gelten, die sich, „abhängig von ihrer Funktion in der Ökonomie, eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr ideologische Homogenität und das Bewusstsein der eigenen Funktion nicht nur im ökonomischen, sondern auch auf soziokulturellem und politischen Gebiet verleihen, [schafft].“ (Bochmann 2001: 42) Gramsci war klar, dass sich die Stabilität des Kapitalismus aus der enormen Anpassungsfähigkeit dieser bürgerlichen Klassen ergibt und war mit dieser Ansicht „praktisch allen marxistischen TheoretikerInnen seiner Epoche voraus.“ (Opratko 2012: 44) Anschaulich wird diese flexible Form der Hegemonie durch das Konzept des *Transformismus* bei Gramsci (vgl. GH 1947). „Als ein Beispiel für eine derart flexible hegemoniale Form der Herrschaft nennt Gramsci den <Transformismus>, in dem die Eliten einer untergeordneten Gruppierung schrittweise <absorbiert> und in das eigne Projekt aufgesogen werden.“ (Opratko 2012: 44).

Zwei wichtige Punkte im Bezug auf Gramscis Hegemonietheorie sollen an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben und zwar die Auffassung des modernen westlichen Nationalstaats mit der Vorstellung einer bürgerlichen Klassengesellschaft und die Rolle der Frau in diesem. Wenn Gramsci von Bürgern, Intellektuellen, Arbeitern und herrschender Klasse spricht, bleibt auch

er, als Kind seiner Zeit, sowohl in einem eurozentrischen Gesellschaftsbild also auch in einem „politischen Maskulinismus“ (Wöhl 2007: 71) verhaftet. Trotzdem lassen sich gerade diese Konzepte mit Gramscis Theorie erweitern und letztlich aufbrechen. Hegemoniale Männlichkeit wird von AutorInnen (vgl. Conell 1990, Kreisky 1995, et al.) in Frage gestellt und Stefanie Wöhl veranschaulicht in ihrem Beitrag „Staat und Geschlechterverhältnisse im Anschluss an Antonio Gramsci“ den Weg über den „integralen Staat“, wie er von Gramsci beschrieben wird, welcher auch auf die hegemonialen Geschlechterverhältnisse angewendet werden kann und zeigt wie die Trennung zwischen „Öffentlichem“ und „Privatem“ und die Trennung zwischen „Männlichem“ und „Weiblichem“ gerade in der gramscianischen Theorie des „integralen Staates“ aufgehoben werden kann (vgl. Wöhl 2007: 68ff): „Da die zivile Gesellschaft bei Gramsci dem Staat nicht untergeordnet ist, sondern vielmehr Teil des 'integralen' Staates ist, kann man gerade mit Gramsci die Trennung in eine öffentliche und private Sphäre als herrschaftsförmige Konstruktion kritisieren.“ (Wöhl 2007: 71) Auch wenn der Genderaspekt in hegemonialer Herrschaftskonstruktion nicht unmittelbarer Bestandteil der Forschungsfrage ist, muss er dennoch bei der Analyse mitgedacht werden, da sich hier, auf realpolitischem Boden, die Weichen für eine Verankerung der Genderperspektive im Alltagsdenken stellen¹⁷.

Die Zivilgesellschaft als Ort der Hegemonie erweist sich in in ihrer erweiterten Betrachtung als vielfältig und wie zu Beginn dieses Kapitels erwähnt wurde, kann laut Gramsci jede Gesellschaftsklasse, abhängig von ihrer Funktion im ökonomischen, politischen und soziokulturellen Gebiet, eine oder mehrere Schichten von sogenannten *organischen Intellektuellen* heranzubilden, um als Hegemon in jener Gesellschaft zu gelten.

3.4 Organische Intellektuelle

Es gibt keine menschliche Tätigkeit, aus der man jeglichen intellektuellen Beitrag ausschließen kann, der homo faber lässt sich nicht vom homo sapiens trennen. (GH: 1531)

Dem zwölften Heft in der kritischen Gesamtausgabe der Gefängnishefte von Antonio Gramsci haben die Herausgeber der deutschen Ausgabe¹⁸ den Titel *Aufzeichnungen und verstreute Notizen für eine Gruppe von Aufsätzen über die Geschichte der Intellektuellen* gegeben. Dies

17 Mit der Verankerung der Genderperspektive im Alltagsdenken ist die Verantwortung der WissenschaftlerInnen gemeint, welche eine wiederkehrende und stetige Miteinbeziehung der ungleichen Geschlechterverhältnisse auf alle Erkenntnisebenen bezieht und so zu einem profunderen Verständnis dieser Ungleichheitsstrukturen beiträgt.

18 Bochmann/Haug/Jehle (1996)

zeigt, dass es sich hierbei nicht um eine vollständig ausgearbeitete Niederschrift der Theorie Gramscis handelt. Trotzdem stellen seine Überlegungen bezüglich der *Intellektuellen* einen Denkansatz dar, der seinerzeit bahnbrechend und bis heute aktuell behandelt werden kann.

Mit dem credo, „[a]lle Menschen sind Intellektuelle [...] aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen“ (GH: 1500) stellt Gramscis Theorie einen sowohl praktischen als auch äußerst verantwortungsvollen Begriff der Zivilgesellschaft und seiner Intellektuellen vor. Auch die jungen AktivistInnen, welche sich für Mitspracherechte und eine öffentliche politische Diskussion einsetzten, rücken ihren Anspruch auf eine verantwortungsvollere Rolle innerhalb der Gesellschaft ins Zentrum ihres Aufbegehrens.

Zunächst gilt es jedoch einmal den Begriff der/s organischen Intellektuellen eingehender zu betrachten, um anschließend auf ihre/seine Funktion in der Gesellschaft und im Bezug auf gesellschaftliche Transformation einzugehen.

Gramscis Ausführungen über die Definitionen von Intellektuellen wie „traditionelle“ „organische“, „kleine“, „große“, „ländliche“, „städtische“, beziehen sich auch auf die verschiedenen Regionen der Welt. Seine Beobachtungen reichen von Europa über Amerika und Lateinamerika bis nach Indien und China (vgl. GH 1549ff). Im Rahmen dieser Arbeit werden speziell die *organischen* Intellektuellen bei Gramsci untersucht und in einen aktuellen diskursiven Zusammenhang gebracht, um später mit dieser Theorie arbeiten zu können und der Frage nach der Rolle der jungen AktivistInnen des Arabischen Frühlings nachzugehen.

Traditionelle Intellektuelle trennt von den organischen Intellektuellen ihre gewisse Autonomie, die sie über die Jahre erlangen konnten. Beispiele für „traditionelle Intellektuelle“ wie sie von Gramsci genannt werden, sind die „Kirchenmänner“, aber auch der Amtsadel, WissenschaftlerInnen, TheoretikerInnen oder Philosophen und Philosophinnen können in Gramscis Analyse der Zivilgesellschaft die Funktion von traditionellen Intellektuellen einnehmen (vgl. Opratko 2012: 50). Ihre Funktion ist im Wesentlichen die „Stabilität kapitalistischer Verhältnisse“ (Opratko 2012: 51), wobei sie gleichzeitig auch die „politische, ideologische und kulturelle Weltauffassung der herrschenden Klasse im Alltagsverstand“ der BürgerInnen formt (vgl. Opratko 2012: 51).

Den traditionellen Intellektuellen setzt Gramsci die organischen Intellektuellen, die im engen Verhältnis mit gesellschaftlichem Fortschritt stehen, gegenüber (vgl. Bochmann 2001: 46). Die organischen, sich verändernden, Intellektuellen greifen also eine vorherrschende Meinung auf und können somit letztlich eine Veränderung der Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft oder des integralen Staates erzielen. Bochmann (vgl. ebd.: 47) sieht hierbei die freie Meinungsäußerung als die wichtigste Voraussetzung dieser Handlung an und Gramsci be-

schreibt die aktive Handlung, den Akt der „Einmischung in das praktische Leben, als Konstrukteur, Organisator“ (GH 1532) als ausschlaggebend auf diesem Weg, denn

[e]ines der bedeutendsten Merkmale jeder Gruppe, die sich auf die Herrschaft hin entwickelt, ist ihr Kampf um die Assimilierung und 'ideologische' Eroberung der traditionellen Intellektuellen, eine Assimilierung und Eroberung, die umso schneller und wirksamer ist, je mehr die gegebene Gruppe gleichzeitig ihre eigenen organischen Intellektuellen heranbildet. (GH 1500)

Als organische Intellektuelle können sie deshalb bezeichnet werden, da sie mit ihren Überlegungen, ihrer Reflexion zu bestimmten Themenkomplexen und ihrer aktiven Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen einen bestimmten Aspekt des öffentlichen Lebens herausgreifen, um diesen dann auf eine größere Masse von BürgerInnen ausdehnen (vgl. Demirović 2007: 35). Das obengenannte Zitat Gramscis bezieht sich jedoch auch auf die „gegebene Gruppe“ (GH 1500) welche ihre organischen Intellektuellen heranbildet, also kann hier festgehalten werden, dass laut Gramsci die organischen Intellektuellen im Namen einer ganz spezifischen gesellschaftlichen Gruppe handeln.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welcher Gruppe die AktivistInnen des Arabischen Frühlings zugeordnet werden sollen oder überhaupt zugeordnet werden können.

Um dieser Frage näher zu kommen, soll im folgenden Kapitel zunächst einmal die Funktion der organischen Intellektuellen in der Gesellschaft evaluiert werden.

3.4.1 Funktion in der Gesellschaft

Jede gesellschaftliche Gruppe schafft sich, während sie auf dem originären einer wesentlicher Funktion die Welt der ökonomischen Produktion entsteht, zugleich organisch eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr Homogenität und Bewußtheit der eigenen Funktion nicht nur im ökonomischen, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich geben. (GH: 1497)

Die wesentliche Funktion von organischen Intellektuellen ist, zusammen mit der neuen aufstrebenden Klasse, im ökonomischen sowie im Bereich des Überbaus, die **Konsolidierung von Macht durch Konsens oder Zwang**. „Es ist die gerade Gramscis sehr eigene Sicht, dass insbesondere die Intellektuellen der Hegemonieapparate von großer Bedeutung sind, weil sie den Konsens organisieren, auf den sich dann überhaupt erst die staatliche Gewalt im engeren Sinn stützen kann“ (Demirović 2007: 35) Das heißt also, dass eine an die Macht strebende Klasse, sich organische Intellektuelle schaffen muss, die fähig sind, in der Produktion organisatorische und im Überbau kulturelle und politische Aufgaben zu erfüllen (vgl. Paulmichl 1988: 143). Gramsci konkretisiert die Handlung, indem er sagt: „[D]ie moralische und intellektuelle Reform zu bewirken und zu organisieren, das heißt, die Kultur der praktischen Funktion anzuverwandeln.“ (GH: 1404) Die Kultur spielt also im Bezug auf einen Veränderungsprozess eine wichtige Rolle, welche es den Menschen einer Gesellschaft ermöglicht aktiv am

Reformprozess teilzuhaben. Eine Besonderheit kommt den Intellektuellen in ihrer Rolle als **vermittelnde Funktionäre** der „Hegemonieapparate der Zivilgesellschaft und der Apparate der politischen Gesellschaft“ zu, wenn es darum geht, zwischen den beiden Überbauten zu vermitteln (Demirović 2007: 34). Diese vermittelnde Rolle liegt in der **Funktion des Überzeugens** der organischen Intellektuellen, denn sie müssen ebenso die traditionellen Intellektuellen überzeugen, um einen Konsens auf breitester Ebene zu gewährleisten (vgl. Paulmichl 1988: 143).

„Wenn alle Menschen Intellektuelle sind, wie Gramsci sagt, so deshalb, weil er die Funktion der Intellektuellen nicht mehr an eine bestimmte, traditionell mit dem Schreiben assoziierte Tätigkeit bindet, sondern an eine **gesellschaftsbildende Funktion**.“ (Jehle 2012: 184)

Die gesellschaftsbildende Funktion liegt bei Gramsci also darin, eine Vielzahl von Menschen dahingehend zu beeinflussen, als dass sie eine neue reale Gegenwart kohärent zu denken vermögen (vgl. GH: 1377). Die Kraft dieser gesellschaftsbildenden Funktion liegt im organisierenden Moment, dem Aspekt der **organisierenden Funktion der Intellektuellen**. Peter Jehle sieht Intellektuelle bei Gramsci nicht primär als Berufsgruppe oder gar als große Geistesherden sondern unter dem Aspekt ihrer organisierenden Funktion im Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, denn es gibt keine Organisation ohne Intellektuelle (vgl. Jehle 2012: 185). Trotzdem sind die Intellektuellen in ihrer Handlungsautorität eingeschränkt. Denn obwohl sie aus allen Gesellschaftsgruppen kommen können, folgen sie in ihrer Funktion als Intellektuelle trotzdem bestimmten gesellschaftlichen Regeln.

„Indem Gramsci die Intellektuellen auf eine bestimmte Funktion in der Gesellschaft zurückführt, die darin besteht, als die entscheidende Kraft der Zivilgesellschaft der Verantwortung bzw. Dissenz zwischen Regierenden und Regierten zu gestalten, entkleidet er den Begriff seiner mythischen Konnotationen und relativiert die Vorstellungen über ihre Autonomie.“ (Bochmann 2001: 47) Die organischen Intellektuellen verfügen also dahingehend, über wenig Autonomie, als dass ihre Funktionen an die Ideologie einer ganz bestimmten Gesellschaftsklasse gebunden ist und damit auch ihre Aufgaben theoretisch klar definiert sind. Um nun die eben herausgearbeiteten Funktionen der organischen Intellektuellen in einer Gesellschaft auf die Praxis anzuwenden, finden sich bereits einige konkrete Hinweise bei Gramsci:

Man könnte die 'Organizität' der verschiedenen Intellektuellenschichten, ihre mehr oder weniger enge Verbindung mit einer grundlegenden Gesellschaftsgruppe messen, **indem man eine Abstufung der Funktionen und der Superstrukturen von unten nach oben** (von der strukturellen Basis nach oben) **festlegt**.

Vorläufig lassen sich **zwei große superstrukturelle 'Ebenen' festlegen** – diejenige, die man die **Ebene der 'Zivilgesellschaft'** nennen kann, d.h. des Ensembles der gemeinhin 'privat' genannten Organismen, und diejenige, der **'politischen Gesellschaft oder des Staates'** -, die der Funktion

der 'Hegemonie', welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, und der Funktion der 'direkten Herrschaft' oder des Kommandos, die sich im Staat und in der 'formellen' Regierung ausdrückt, entsprechen. Diese Funktionen sind eben organisierend und verbindend.

Die Intellektuellen sind die **'Gehilfen' der herrschenden Gruppe bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung.**
(GH: 1502, *Hervorhebung durch die Verfasserin*)

Die organischen Intellektuellen, verstanden im weiten Sinne als organisatorisch Tätige und in ihrem Wirken einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe Verbundene, sind daher wichtige AkteurInnen in den Auseinandersetzungen um Hegemonie. Sie organisieren – bewusst oder unbewusst, und mit unterschiedlicher Reichweite und wechselndem Erfolg – letztendlich den Alltagsverstand (vgl. Kebir 1991: 115-154), indem sie Weltauffassungen, Selbstverständnisse, Normen und Werte zivilgesellschaftlich ausarbeiten und durchsetzen.¹⁹ Die organischen Intellektuellen nehmen daher eine wichtige Funktion im Bezug auf eine gesellschaftliche Transformation ein.

3.4.2 Funktion im Bezug auf gesellschaftliche Transformation

Jeder Mensch entfaltet schließlich außerhalb seines Berufs irgendeine Tätigkeit, ist also ein 'Philosoph', ein Künstler, ein Mensch mit Geschmack, hat teil an einer Weltauffassung, hält sich an eine bewußte moralische Richtschnur, trägt folglich dazu bei, eine Weltauffassung zu stützen oder zu verändern, das heißt, neue Denkweisen hervorzurufen.“ (GH: 1531)

Entscheidend ist hier die Annahme, dass Jeder und Jede die Möglichkeit hat, die Weltauffassung zu verändern und neue Denkweisen hervorzurufen, was in diesem Fall einer gesellschaftlichen Transformation sehr nahe kommt. Wenn man den Ausführungen Gramscis in diesem Prozess der veränderten Denkweise weiter folgt, kann also Jeder und Jede Teil einer gesellschaftlichen Gruppe sein. Durch die aktive Ausübung der Funktion als organische/r Intellektuelle/r wird der/die Intellektuelle/r Teil der herrschenden Gesellschaft, indem sie oder er in der weiteren Folge Macht auf die Produktionsverhältnisse innerhalb des Staates ausübt. Es kommt also auch hier auf die Funktion an, die eine oder ein Intellektuelle/r ausübt, um diese/n auch so bezeichnen zu können.

Der Weg für die Subalternen eine gesellschaftliche Transformation zu erreichen, ist es selbst organische Intellektuelle hervorzubringen, die sich gegen die vorherrschende Meinung des Bürgertums, also der politisch herrschenden Klasse stellt (vgl. Opratko 2012: 51).

¹⁹ Eine dahingehende Überprüfung der jungen AktivistInnen in der EU und der südlichen Mittelmeerregion soll dann bei der Auswertung der empirischen Daten in Kapitel 5.4, S. 58 erfolgen.

Peter Jehle nennt in seinem Beitrag „Warum wir einen von Antonio Gramsci [...] inspirierten Intellektuellenbegriff brauchen“ eine beispielhafte Geschichte für eine, nach seiner Meinung, organische Intellektuelle Figur der ägyptischen Revolution im Jahre 2011:

Wael Ghonim, Google-Manager für Nordafrika und Nahost, von der ägyptischen Polizei über eine Woche lang inhaftiert, gilt den Protestierenden als 'Held der Revolution', weil er mit für die kommunikationelle Infrastruktur der Protestbewegung via Internet gesorgt hat. [...] Das Organische, das nach Gramsci den modernen, in Verbindung mit den 'Einfachen' agierenden Intellektuellen charakterisiert, [...]. Es ist genau dieser Moment, der „Wael Ghonim – er sei hier stellvertretend für viele genannt – in seinem Handeln verbindet und [der] die Figur des Intellektuellen bis heute unverzichtbar für jede Befreiungsbewegung [macht].“ (Jehle 2012: 192)

Auch Klaus Bochmann übersetzt nicht nur die italienischen *Quaderni* ins Deutsche, er übersetzt Gramsci auch in das 21. Jahrhundert, wenn er sagt:

Sich auf der anderen Seite positiv als organischer Intellektueller einer als richtig anerkannten, weil den Interessen der ganzen Menschheit dienenden Idee zu definieren (z.B: dem Widerstand gegen die fortschreitende Zerstörung von Natur, Umwelt und solidarischem, sozialem Zusammenhang), erfordert nicht zwangsläufig, sich an eine bestimmte soziale Gruppe oder politische Kraft zu binden, sondern jene Idee, ihren Wahrheitsgehalt an der sozialen Wirklichkeit erprobend, theoretisch auszubauen, für ihre Verbreitung zu sorgen und sich für ihre praktische Verwirklichung zu engagieren. (Bochmann 2001: 48)

Um der Forschungsfrage mit Hilfe einer Funktionsanalyse der AktivistInnen innerhalb der post revolutionären Transformationspartnerschaft²⁰ weiter auf den Grund zu gehen, bietet sich eine qualitative Analyse²¹ an, denn Gramsci schreibt: „Der verbreitetste methodische Irrtum scheint mir der, daß dieses Unterscheidungskriterium [zwischen Intellektuellen und Nicht-Intellektuellen] in der Eigenart der intellektuellen Tätigkeiten gesucht worden ist statt im Ensemble des Systems von Verhältnissen, in dem sich jene (und folglich die Gruppen, die sie personifizieren) im allgemeinen Zusammenhang der gesellschaftlichen Verhältnisse befinden.“ (GH: 1499)

Die Zusammenhänge der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sich die jungen AktivistInnen in der südlichen Mittelmeerregion befinden werden im folgenden Kapitel „Transformationspartnerschaft – Ein Handwerkszeug“ deutlicher. Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union stellt den Rahmen für diese Transformationspartnerschaft, welche in vielerlei Hinsicht als ein „Handwerkszeug“ gesehen werden kann, mit Hilfe dessen es möglich ist, Interessen durchzusetzen und konkrete Ideen zu verwirklichen. Die Transformationspartnerschaft bietet nämlich ihrerseits den politischen Rahmen für die intensive Zusammenarbeit von europäischen und arabischen AktivistInnen.

20 „post revolutionäre Transformationspartnerschaft“ deshalb, weil die Transformationspartnerschaft 2011 eine direkte Antwort auf die Revolutionen in Tunesien und Ägypten war.

21 Kapitel 5 „Empirische Studie – Junge AktivistInnen als Katalysatoren von Transformation“, S. 49

4 DIE TRANSFORMATIONSPARTNERSCHAFT – EIN HANDWERKSZEUG

Der Ausdruck „Transformationspartnerschaft“ (TP) im Bezug auf die Nachbarschaftspolitik der EU und der südlichen Mittelmeerregion wurde vom deutschen Außenminister Guido Westerwelle zu Beginn des Arabischen Frühlings 2011 gewählt (vgl. Auswärtiges Amt 2011) um die darauf folgende bilaterale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Tunesien zu benennen. Als ein Handwerkszeug kann die Transformationspartnerschaft deshalb bezeichnet werden, weil sie im größeren Kontext der europäischen Nachbarschaftspolitik ein Werkzeug von vielen darstellt, weil sie in Zusammenhang mit der Entwicklungszusammenarbeit gebracht, ein Werkzeug für diese sein kann und weil sie als ein konkretes Handwerkszeug im Rahmen eines kulturellen Dialogs zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie am Beispiel von Tunesien und Ägypten angewendet werden kann.

Um das für diese Arbeit relevante Abkommen der „Partnerschaft für Demokratie und Gemeinsamen Wohlstand mit der Südlichen Mittelmeerregion“ bzw. der „Transformationspartnerschaft“ besser in einordnen zu können, erfolgt unter folgendem Kapitel eine Aufarbeitung der wichtigsten Abkommen im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik seit dem Jahre 1995.

4.1 Die TP im Rahmen der Nachbarschaftspolitik der EU seit 1995

Die Europäische Union verfügt als politische Union über eine eigene Gesetzgebung und eine gemeinsame Richtlinie für die Außenpolitik. Den Rahmen der Beziehungen zwischen der EU und den Mittelmeer-Partnerländern stellt der **Barcelona Prozess** aus dem Jahre 1995 dar. Seit 2003/2004 stellen MEDA I, MEDA II und EUROMED als Teile der **Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP)** den rechtlichen Rahmen für die Gestaltung der europäischen Außenpolitik dar. Die **Union für den Mittelmeerraum** ist eine Erweiterung der Rahmenbedingungen für eine intensive Zusammenarbeit beider Regionen aus dem Jahre 2008 (vgl. Europa 2013). Die **Transformationspartnerschaft** folgt somit jener Tradition der Europa-Mittelmeer-Politik seit 1995. Es bietet sich deshalb eine historische Hinführung zum Thema der aktuellen Transformationspartnerschaft, welche Gegenstand dieser Arbeit ist, an. Die Vielzahl der Abkommen und Verträge, welche im Bezug auf die Nachbarschaftspolitik geschlossen wurden, können an dieser Stelle nicht im Detail erläutert werden, dennoch zeigt eine Auswahl an wichtigen Beschlüssen und Abkommen die Absichten der europäischen Mittelmeerpolitik. Die Dissertation von Stefanie Steinbichler zeigt sehr anschaulich die Debatte der Europäischen Nachbarschaftspolitik auf. Der Barcelona Prozess 1995 stellt das zentrale Thema der

Arbeit dar, da dieser Prozess als Meilenstein in der Ausrichtung der Außenpolitik der EU gegenüber der südlichen Mittelmeerregion gesehen wird. In ihrer Arbeit stellt die Dissertantin die Frage, ob der Barcelona Prozess als ein Resultat postkolonialer Politik gesehen werden kann (vgl. Steinbichler 2009). Auch ich möchte mich in Kapitel 4.2 (S. 37) mit dieser Frage kurz auseinandersetzen und aufzeigen, worin die aktuelle Debatte um Europäische Nachbarschaftspolitik an die des Barcelona-Prozesses erinnert und wie diese Debatte aus neo-gramscianischer Sicht zu bewerten ist.

Als 'Handwerkszeug' lässt sich die Transformationspartnerschaft deshalb bezeichnen, weil sie in einer langen Tradition von verschiedenen 'Instrumenten' im Rahmen der Europäischen Außenpolitik gesehen werden kann. Die Regelung der Außenbeziehungen besteht aus dem „Allgemeinen Rahmen“, dieser enthält den Barcelona Prozess, die Partnerschaft für Demokratie und Wohlstand in den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes, Assoziationsabkommen, Strategien und Empfehlungen, „Finanzinstrumente“ bestehend aus Strategiepapieren und der „Sektorellen Zusammenarbeit“, welche die Bereiche wie Menschenrechte, Umwelt und Infrastruktur, näher definiert (vgl. Europa 2013). Hier wird im Folgenden vor allem der „Allgemeine Rahmen“ der Nachbarschaftspolitik näher betrachtet und dabei die wichtigsten Meilensteine der Nachbarschaftspolitik der EU bis hin zur Transformationspartnerschaft aufgezeigt werden.

4.1.1 Barcelona-Prozess

Als Beginn der politischen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem südlichen Mittelmeerraum gilt weithin das Jahr 1995. Der sogenannte **Barcelona Prozess** vom 28. November 1995 erklärt die Mittelmeerregion als ein politisch und wirtschaftlich bedeutendes Gebiet für die Europäische Union und stellt seit diesem Datum das zentrale Instrument der Beziehungen Europa-Mittelmeer dar. Der Barcelona-Prozess „[...] stellt eine Partnerschaft zwischen 39 Regierungen und mehr als 700 Millionen Menschen dar und bietet die Grundlage für stetiges Engagement und kontinuierliche Entwicklung“ (KOM (2008)319).

Mit dieser Deklaration legt die Europäische Union erstmals einen Rahmen für die multilaterale Zusammenarbeit mit den Ländern des Mittelmeerraumes fest und setzt damit neue Maßstäbe für die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sicherheitsrelevanten Beziehungen der Mitgliedsstaaten. „Mit der Annahme der Erklärung von Barcelona durch die EU-Mitgliedstaaten und die zwölf Mittelmeerdrittländer Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, Syrien, Tunesien, Türkei, Zypern und die Palästinensische Autonomiebehörde wurde diese Partnerschaft konkret eingerichtet.“ (Barcelona Declaration 1995: Zusammenfassung

Abschluss Erklärung der Ministerkonferenz)²²

Bereits hier ist einer der Punkte die Förderung des Jugendaustausches um zukünftige Generationen an eine engere Kooperation zwischen Europa und Mittelmeer-Partnerländern zu führen. Detailliertere Angaben zur Gestaltung dieses Austausches wurden bei der Barcelona-Deklaration noch nicht gemacht, diese erfolgten erst in späteren Abkommen. Das Finanzierungsinstrument zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer, genannt MEDA, wird laut Verordnung (EG) Nr. 1488/96 Artikel 1 Absatz 3 des Europäischen Rates mit einem Bezugsrahmen von ungefähr 3,4 Milliarden Euro für den Zeitraum von 1995 bis 1999 zur Durchführung des Programms bereitgestellt (vgl. MEDA I 1996). MEDA I sollte erst einige Zeit später, mit einem weiteren Meilenstein der Europäischen Nachbarschaftspolitik, weiter verfolgt werden.

4.1.2 Europäische Nachbarschaftspolitik seit 2004

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) wurde 2004 als gesetzlicher Rahmen für die Förderung zahlreicher wichtiger Initiativen in den Bereichen 'Wirtschaft' und 'Handel' beschlossen. Die Nachbarländer haben dadurch schrittweise ihre Beziehungen in „nahezu allen Politikfeldern von Energie über Bildung und Verkehr bis hin zu Forschung“ ausgebaut. (KOM (2006)726) Während der Fokus der ENP auch 2006 noch auf die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der EU und den Nachbarländern fokussiert war, stellte das Dokument der Kommission der Europäischen Gemeinschaften von KOM(2006)726 eine Wende in der Ausrichtung der Zusammenarbeit von einer bilateralen hin zu einer multilateralen Ebene dar.

Das regionale Strategiepapier EUROMED beinhaltet nämlich einerseits das neue Finanzierungsinstrument *Europäische Nachbarschaft und Partnerschaft (ENPI)* und andererseits wird erstmals in diesem Strategiepapier die Rolle der arabischen Frau und ihre mangelhafte Einbindung in die politische Gestaltung und die steigende Umweltbelastung des Mittelmeerraumes erwähnt. Mit ENP wurde auch das Finanzinstrument MEDA erweitert. Mit MEDA II verpflichtet sich die Europäische Kommission unter Artikel 1 Absatz 3 Unterabsatz 1 zur Finanzleistung von 5,35 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2000 bis 2006 (vgl. MEDA II 2000).

Einen weiteren Meilenstein in einer sich schrittweise annähernden Außenpolitik der EU mit dem südlichen Mittelmeerraum stellt die *Union für das Mittelmeer* dar.

²² Geladene Staaten ohne Zeichnungsberechtigung waren „[d]ie Liga der Arabischen Staaten, die Union des Arabischen Maghreb (UMA) sowie Mauretanien - als Mitglied der UMA.“ (Barcelona Declaration 1995)

4.1.3 Union für das Mittelmeer 2008

Nach über einem Jahrzehnt der Nachbarschaftspolitik der EU und der Mittelmeerregion werden 2008 mit der Union für das Mittelmeer speziell die Beziehungen zwischen der EU und den südlichen Mittelmeerländern politisch aufgewertet.

„Der Europäische Rat billigte auf seiner Tagung vom 13. und 14. März 2008 grundsätzlich die Errichtung einer Union für den Mittelmeerraum und forderte die Kommission auf, Vorschläge zur Festlegung der Modalitäten für die künftige Initiative „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ zu unterbreiten.“ (KOM(2008)319)

Eine politische Aufwertung der Nachbarschaftspolitik schlägt sich in der Aufstockung der Mitgliedsstaaten,

[d]ie Zahl der Mitglieder wird auf 43 Staaten erhöht. Diese umfassen alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), der Europäischen Kommission, der Partner und Beobachter der Partnerschaft Europa-Mittelmeer (Mauretanien, Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Jordanien, die Palästinensische Behörde, Israel, Libanon, Syrien, Türkei und Albanien) sowie die übrigen Mittelmeeraanrainerstaaten (Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Monaco). (Zusammenfassung des Rechtsakts von 2008 Union für das Mittelmeer In: EUROPA 2013),

und der Vertiefung der multilateralen Beziehungen,

[d]ie Herausforderung einer neuen Initiative liegt darin, die multilateralen Beziehungen zu vertiefen, die Übernahme gemeinsamer Verantwortung für den Prozess zu verstärken und diesen für die Bürger besser sichtbar zu machen. Es ist an der Zeit, dem Barcelona-Prozess neuen Auftrieb zu verleihen (KOM(2008)319: 4),

nieder.

In Zahlen bedeuteten diese Maßnahmen ein Volumen von 5,9 Mrd. Euro in den Jahren 2000 bis 2007 für die Länder Algerien, Westjordanland und Gazastreifen, Ägypten, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien und Tunesien (vgl. KOM(2008)319).

Die Union für das Mittelmeer brachte jedoch nicht die erwarteten Ergebnisse²³, wie die Kommission 2011 feststellen musste (vgl. KOM(2011)303). Nicht nur die verfehlten Ziele, sondern in erster Linie auch die unerwarteten Revolten der Bewohner einiger Mittelmeerstaaten veranlasste die EU ihre Nachbarschaftspolitik zu überdenken, wenn auch nicht neu zu erfinden, wie das folgende Abkommen der ENP zeigt.

4.1.4 Transformationspartnerschaft 2011 – ein Abkommen

Der Rechtsakt vom 8. Mai 2011 (KOM(2011)200) trägt den offiziellen Titel „Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und Gemeinsamen Wohlstand“ und

²³ Ziele der „Union für das Mittelmeer“ vgl. KOM(2008)319

wurde mit den Worten „Die Geschehnisse in den südlichen Nachbarländern sind von historischer Tragweite“ der Europäischen Kommission eingeleitet. Der Wandel in den südlichen Mittelmeerländern hätte weitreichende Folgen auch für die Europäische Union, zudem erhofften sich die Menschen von den jüngsten Umbrüchen ein besseres Leben, sowie die Stärkung und Achtung der Menschenrechte, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit. „Der demokratische Transformationsprozess ist kein einfacher Weg und mit Risiken und Ungewissheit verbunden“, dennoch wolle die EU diesen Prozess unterstützen (vgl. KOM(2011)200).

Mit der vollen Unterstützung der EU können, laut Dokument, alle Staaten rechnen, die eine Richtung der gemeinsamen Werte einschlagen. Die Partnerschaft solle sich laut der EU auf drei Säulen stützen. Die erste sei der „Demokratisierungsprozess und Institutionenaufbau mit Schwerpunkt auf Grundfreiheiten, Verfassungs- und Justizreformen und Korruptionsbekämpfung“, die zweite „[e]ine engere Partnerschaft mit der Bevölkerung, wobei der Unterstützung der Zivilgesellschaft, der Schaffung besserer Austauschmöglichkeiten und der Förderung persönlicher Kontakte zwischen Menschen, insbesondere jungen Menschen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte“ und die dritte Säule stellt „eine wirtschaftliche Entwicklung, die sich auf nachhaltiges und breitenwirksames Wachstum stützt und der gezielten Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), der Förderung der allgemeinen beruflichen Bildung, Verbesserung der Gesundheits- und Bildungssysteme sowie Förderung der ärmeren Regionen“ dient, dar (vgl. KOM(2011)200: 3).

Im Gegensatz zu früheren Abkommen, stellt die Kommission mit KOM(2011)200 die Zivilgesellschaft klar in den Vordergrund und gibt somit eine direkte Antwort auf die Umbrüche, welche vor allem von der Zivilgesellschaft getragen werden.

Das Selbstverständnis der EU wird mit folgendem Zitat klar: „Wohl wissend, dass es sich vorrangig um innenpolitische Übergangsprozesse handelt, kann die EU dennoch den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes mit der Kompetenz und Erfahrung unserer Regierungen, der europäischen Organe (Europäische Kommission und Europäisches Parlament) von lokalen und regionalen Behörden, politischen Parteien, Stiftungen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Seite stehen.“ (KOM(2011)200) Zur Umsetzung der Unterstützungsmaßnahmen stellt die EU zusätzliche finanzielle Mittel bereit. „Derzeit stehen für den Zeitraum bis Ende 2013 ungefähr 4 Mrd. Euro zur Unterstützung unserer südlichen Nachbarländer im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments zu Verfügung“, so der Wortlaut des Dokuments (KOM(2011)200).

In der Schlussfolgerung des Dokuments wird das 'Hilfeprinzip' der Partnerschaft noch einmal aufgegriffen: „Mit diesem Dokument werden erste Vorschläge für den Aufbau einer neuen Partnerschaft zur Förderung des Wandels im südlichen Mittelmeerraum vorgelegt. Die dringend benötigte kurzfristige Hilfe sollte durch langfristige Maßnahmen flankiert werden, sobald jedes Land klar angeben kann, welche Unterstützung es von den EU-Partnern benötigt.“ (KOM(2011)200: 15) Es bleibt also die Annahme, dass die Partnerschaft aus Sicht der EU auch weiterhin eher eine Hilfsmaßnahme darstellt. Mit KOM(2011)303, dem Folgedokument, wird alsdann der Nutzen für beide Seiten der Partnerschaft hervorgehoben. „Die EU ist für die meisten ihrer Nachbarn der wichtigste Handelspartner. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Partnerländern kommen auch der EU zugute.“ Weitere Vorteile für beide Partner sind der „effizient gesteuerte Personenverkehr“, da er die Mobilität fördert und irreguläre Migration und Menschenhandel eindämmt und der „Ausbau und die Modernisierung von Systemen des sozialen Schutzes und Stärkung der Frauenrechte“, welche ebenfalls die Schaffung von Arbeitsplätzen fördert. (KOM(2011)303: 2) Voraussetzung für diese Partnerschaft ist die Einhaltung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Neben den großen Punkten (s. *Drei Säulen*) spielt der Punkt Migration und Mobilität eine wichtige Rolle. Darunter fallen Visaserleichterungen, je nach Reformgrad, und die Erleichterung für gut ausgebildete Fachkräfte in die EU einzureisen und ein Arbeitsvisum zu erhalten. Dieser Punkt bezieht sich letztendlich auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge AraberInnen und die Linderung des dringend zu lösenden „Überalterungsproblems“ der EU. Für die weitere Analyse der Transformationspartnerschaft ist in dieser Arbeit vor allem die „stärkere Partnerschaft mit der Bevölkerung“ von Bedeutung. Unter diesen Punkt fallen sämtliche Austauschprogramme wie sie unter den nächsten Kapiteln 4.1.4.1 und 4.1.4.2 aufgelistet werden. Die EU fördert damit gezielt neue Initiativen im Bereich Kultur und Austausch von jungen Menschen, die selbst Projekte planen und in der EU eine Partnerin für ihre Projekte finden.

Wie die folgenden Beispiele in den Kapiteln 4.1.4.1 und 4.1.4.2 zeigen, setzte die Partnerschaft mit ihren Projekten gezielt sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Ebene an um ihre Ziele zu erreichen.

4.1.4.1 Auf multilateraler Ebene

Die im vorherigen Kapitel erwähnten finanziellen Mittel (4 Mrd. Euro bis Ende 2013) werden aus dem derzeitigen EU-Haushalt bereitgestellt und rund 350 Millionen Euro für die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen aufgebracht. Mit der EU-Initiative „SPRING“ werden

sämtliche bereits implementierte Programme der Mitgliedsstaaten auf multilateraler Ebene unterstützt (vgl. EU response to Arab Spring: SPRING Programm). Für eine bessere Koordination der EU-Aktivitäten solle ein eigener EU-Sonderbeauftragter für das südliche Mittelmeer, Bernardino León, in den Umbruchsländern sorgen (vgl. Auswärtiges Amt 2013). Multilaterale Programme wie *Erasmus Mundus* und das bereits für Europa bestehende Programm *Jugend in Aktion* werden im Zuge der vertieften Nachbarschaftspolitik auf den südlichen Mittelmeerraum ausgedehnt. Weitere Partner sind auf multilateraler Ebene die EU selbst, die Euro-Mediterranean Association EMA, die OECD, Transparency International TI und die Anna Lindh Foundation for Dialogue between Cultures mit Sitz in Alexandria/ Ägypten. Die Anna Lindh Foundation sieht sich als Netzwerk der Netzwerke und ergänzt mit ihren Partnern die Ziele des EUROMED-Prozesses im Kulturbereich. Die Anna Lindh Foundation agiert auch durch ihre nationalen Büros in den einzelnen Partnerländern. Das österreichische Netzwerk umfasst beispielsweise 34 Mitglieder aus Privatorganisationen, die die Ziele der Partnerschaft auf den Gebieten Bildung, Kunst und Kultur, Menschenrechte und nachhaltiger Entwicklung auf verschiedene Art verwirklichen (vgl. Österreichisches Außenministerium: Außenpolitik: Anna Lindh Foundation). „Da die Kommission bereits einen beträchtlichen Beitrag zu Nachbarschafts-Investitions-Fazilität geleistet hat, sind nun die Mitgliedsstaaten aufgerufen, ihrerseits Finanzmittel für dieses Instrument bereitzustellen“ (KOM(2011)200)

4.1.4.2 Auf bilateraler Ebene

Bundesminister Guido Westerwelle hat für Deutschland den Begriff der Transformationspartnerschaft gewählt, um die besondere Nachbarschaftspolitik im Kontext der Arabischen Umbrüche zu benennen und forderte rasche Handlung in dieser kritischen Übergangsphase, damit die politischen Erfolge erkennbare wirtschaftliche Erfolge nach sich zögen. „Mit dem Ausbau der Kultur- und Bildungsbeziehungen, mit Partnerschaften zwischen Institutionen im Mittelmeerraum und in Deutschland und mit der Förderung von legaler Migration durch 'Mobilitätspartnerschaften' kann eine Transformation gelingen“, so die Sicht der deutschen Bundesregierung und des Goethe Instituts (GI 2013: Transformationspartnerschaft mit den Ländern des Mittleren und Nahen Ostens). Auch Dirk Niebel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, spricht in diesem Zusammenhang davon „Strukturdefizite abzubauen, das Engagement der Zivilgesellschaft zu stärken und umgekehrt das Engagement der Wirtschaft entwicklungspolitisch stärker zu nutzen.“ (GI 2013)

Das Goethe Institut kann hier als das ausführende Organ der deutsch-arabischen Transformationspartnerschaft im kulturellen Bereich gesehen werden. Finanziert werden alle Projekte des

Goethe Instituts durch das Auswärtige Amt (AA). Für die Maßnahmen im Rahmen der Transformationspartnerschaften in der Region stellt das AA 100 Millionen Euro bereit. Das Auswärtige Amt hat aus diesen zusätzlichen Mitteln für die Jahre 2012/13 ein Maßnahmenpaket konzipiert, um den demokratischen und rechtsstaatlichen Wandel in der Region zu unterstützen (vgl. Auswärtiges Amt 2013).

Konkrete Projekte, die mit Hilfe der Gelder aus diesem Finanzierungsinstrument gefördert werden, sind beispielsweise die „Deutsch-Ägyptische Jugendbewegung: Klimawandel und Mitbestimmung“, „Mit Musik gemeinsam gegen die Mauer aus Angst“, „Kreative Lernansätze für die Traumtherapie in Syrien nutzen“, die allgemeine Förderung junger Musikerinnen in Ägypten und Tunesien sowie das Cultural Innovators Network (CIN) (vgl. Auswärtiges Amt 2013a). Jede Projektförderung unter 250.000 Euro des Auswärtigen Amtes kann beim Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) eingereicht werden, das ifa fungiert also hier als Verteilerorganisation. Ausführende Institutionen der Projekte der deutsch-tunesischen und deutsch-ägyptischen Partnerschaft sind eine Vielzahl von Organisationen und Stiftungen, darunter das Goethe Institut, die Deutsche Welle DW, Haus der Kulturen der Welt, die politischen Stiftungen der verschiedenen Parteien, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ und die Max-Planck-Gesellschaft, sowie verschiedene Universitäten. Projekte der deutsch-tunesischen Transformationspartnerschaft können auf einer eigens dafür gebauten Webseite²⁴ in französischer Sprache eingesehen werden. Die Projekte der deutsch-ägyptischen Partnerschaft erstrecken sich über den Bereich der Rechtsstaatlichkeit, wo während der Revolution Verhafteten rechtlicher Beistand geleistet wird, bis hin zur Tahrir-Lounge, welche einen physischen Raum zum Austausch während der Revolution bot (vgl. Auswärtiges Amt 2013: Unterstützung für den demokratischen Wandel). Eines der größten Projekte stellt „Change by Exchange“, ein Projekt des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) im Rahmen der Transformationspartnerschaft dar. Die deutsch-arabische Webseite informiert interessierte Lehrende und Studierende über die zahlreichen Austauschangebote zwischen Akademikern aus Deutschland, Ägypten und Tunesien (vgl. DAAD 2013).

Abschließend zu diesem Einblick in die realpolitischen Eckpfeiler der Partnerschaft für den mediterranen Raum bzw. die Transformationspartnerschaft kann festgehalten werden, dass die EU hier auf aktuelle Veränderungen in dieser Region reagiert und dabei explizit zivilgesellschaftliche Austauschprojekte gefördert werden. Die EU reagiert hier vergleichsweise rasch,

²⁴ http://www.allemagnepartenaire.tn/Fr/economie-et-emploi_58_6 [Zugang: 02.10.2013]

trotzdem erinnern die Ansätze dieser Partnerschaft zeitweise an klassische Entwicklungsfinanzierung, wie sie aus der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) bekannt sind. Um dies herauszufinden bedarf es zuerst einer Definition von klassischer EZA. Diese sollte nach Meinung der Autorin in einen internationalen Zusammenhang gebracht werden. Die Einbettung der Transformationspartnerschaft in einen neo-gramscianischen Diskurs liegt hierbei nahe.

4.2 Die TP im Rahmen globaler Entwicklungspolitik

Die Transformationspartnerschaft als Handwerkszeug der europäischen Außenpolitik soll in diesem Unterkapitel vertieft werden bzw. in einen globalen Zusammenhang gebracht werden. In Anlehnung an Gramsci werden also die nationale mit der internationalen Ebene miteinander verbunden und liefern gleichzeitig einen Anknüpfungspunkt für die empirische Studie, die ihren nationalen Ausgangspunkt in einer bestimmten Region, wie die der EU und der südlichen Mittelmeerregion, hat und mit der internationalen Ebene verbunden ist²⁵. Die EU-Außenpolitik im Lichte einer Entwicklungsdebatte soll einen regionalen und politischen Einstieg geben und teilweise Aussagen zur Hypothese (d)²⁶ möglich machen. Anschließend werden die Ansätze der Entwicklungsforschung und die Erkenntnisse aus dem vorangegangenen Kapitel zur europäischen Außenpolitik in eine neo-gramscianische Globalisierungsdebatte geführt, wobei auch hier, wie schon in Gramscis Theorie selbst, die Zivilgesellschaft im Zentrum des Interesses steht.

4.2.1 Ansätze der Internationalen Entwicklungsforschung

Eine sogenannte Entwicklungsdebatte, wie sie heute in vielen wissenschaftlichen Disziplinen geführt wird, nahm ihren Ausgangspunkt anlässlich der Antrittsrede des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman im Jahre 1949, in der er die Strategien Amerikas vorstellte, welche die Menschen weltweit nach US-amerikanischem Modell aus der absoluten Armut hin zu einer industrialisierten und liberal-marktwirtschaftlichen Gesellschaft führen sollte. Dieser „Prozess des Aufholens, um die Steigerung der Produktivkräfte in der Peripherie zu unterstützen bzw. zu beschleunigen“ (Fischer et al. 2007: 14) wurde alsbald in die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen aufgenommen. So schuf die Entwicklungsökonomie bald neue Instrumentarien wie die Entwicklungsfinanzierung oder Entwicklungshilfe und das Thema

25 Siehe Kapitel 5 Empirische Studie – Junge AktivistInnen als Katalysatoren von Transformation

26 *Die Europäische Union trägt durch die TP nach einem klassischen Modell der Entwicklungszusammenarbeit zur Bildung einer demokratisch gebildeten Klasse bei.*

„Entwicklung“ erhielt Einzug in der Politik.

Kritisch betrachtet war die neue internationale Entwicklungspolitik ein Gegenmodell zum sowjetischen Modell der national gelenkten Planwirtschaft im Kalten Krieg. „Der Begriff der >Entwicklung< diene also dazu, für die bereits eingetretene oder sich unmittelbar abzeichnende nachkoloniale Periode, die Bindung der peripheren Staaten an das kapitalistische Welt-system ideologisch abzusichern.“ (Moore/Schmitz 1995 zitiert nach Fischer et al. 2007: 15)

Um der Frage nachzugehen, ob es sich im Falle der Fördergelder der Transformationspartnerschaft im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik um ein Instrument der Entwicklungszusammenarbeit handelt, sollen zunächst im Allgemeinen die Geldflüsse der Entwicklungsfinanzierung näher betrachtet werden. A. Gössinger und W. Raza setzten sich in einem gemeinsamen Forschungsprojekt mit der bilateralen Entwicklungsfinanzierung in Europa auseinander. Grundsätzlich wird mit der Entwicklungsfinanzierung die finanzielle Unterstützung von Entwicklungs- und Transformationsländern beschrieben. Der Fokus von Entwicklungsfinanzierungsinstrumenten liegt auf der Unterstützung der Marktwirtschaft und des Finanzwesens des jeweiligen Empfängerstaates. In der EU selbst wird die öffentliche Entwicklungsfinanzierung von den Mitgliedsstaaten in sogenannten ODA-Quoten (Official Development Aid) gezahlt, die bis 2015 bei 0,7% des Bruttonationaleinkommens der einzelnen Länder liegen sollten (vgl. Gössinger/Raza 2011). Wie in Kapitel 4.1 *Die TP im Rahmen der Nachbarschaftspolitik der EU seit 1995* gezeigt wurde sind die Fördergelder für die Transformationspartnerschaft kurzfristig aus dem EU-Haushalt verabschiedet worden, das heißt, das Kriterium des gesetzlich festgelegten finanziellen Aufwands für Entwicklungshilfe greift im Falle der Transformationspartnerschaft nicht. Trotzdem erfüllen die Hilfszahlungen bestimmte Kriterien, welche die Transformationspartnerschaft in das Licht einer Entwicklungshilfemaßnahme rücken. Denn ein weiteres Kriterium für Entwicklungshilfe sind die sogenannten „Strukturanpassungsprogramme“²⁷ - später dann „Armutsfazilität“²⁸, welche mit dem Finanzierungsantrag festgelegt werden. So stellen die klassischen Entwicklungsinstitutionen, wie der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank (WB) mit ihren Strukturanpassungsprogrammen grundlegende Bedingungen an die Empfängerstaaten und knüpfen ihre finanzielle Hilfe an bestimmte Auflagen (vgl. BPB 2013). Dieses Kriterium der Entwicklungshilfeleistungen finden wir auch in den Dokumenten der EU im Bezug auf finanzielle Hilfeleistungen, da die Voraus-

27 Mehr Information unter: <http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/59000/anpassung-der-strukturen?p=all> [Zugang: 15.11.2013]

28 Mehr Information unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/58918/strukturanpassungsprogramm-sap-v5.html> [Zugang: 15.11.2013]

setzung hierfür die Demokratisierung des jeweiligen Staates ist (vgl. KOM(2011)303).

Neben dem wirtschaftlichen Aspekt von Entwicklungszusammenarbeit ist auch der politische Aspekt zu erwähnen, welcher in den Internationalen Beziehungen von tragender Bedeutung ist. Gleich zu Beginn sei hier jedoch die Kritik des Eurozentrismus an der sozialwissenschaftlichen Disziplin der Entwicklungspolitik geäußert, denn wann immer in der Entwicklungspolitik die Rede von Entwicklung war, wurde diese aus der Sicht Europas oder Nordamerikas beschrieben. Aram Ziai sagt in diesem Zusammenhang:

Wenn aber die als 'richtige' Sozialwissenschaften geltenden Disziplinen der Politikwissenschaft, Soziologie und Ökonomie sich in erster Linie mit 'modernen', 'westlichen' Gesellschaften (vor allem mit Nordamerika und Westeuropa) beschäftigt haben, dies gilt gleichzeitig aufgrund des Entwicklungsdenkens mit einem universellen Anspruch taten und historische Prozesse in Europa als menscheitsgeschichtliche Evolution interpretierten, so ließe sich leicht überspitzt formulieren, dass der Eurozentrismus es den Sozialwissenschaften erlaubt hat, eine Regionalwissenschaft universalistisch zu verklären. Was an den Prozessen und Normen für Europa gültig war, wurde als für die ganze Welt gültig angenommen. (Ziai 2011: 32-33)

Die besagten Prozesse und Normen, welche für Europa gültig waren und es bis heute sind, sind vor allem demokratischer Natur und ausschlaggebend für die Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren Nachbarländern. Doch um welche Art der Demokratisierung geht es hier und wie steht sie im Verhältnis zum erwähnten Eurozentrismus in den Sozialwissenschaften? Im Gegensatz zum eher unkritischen Demokratieverständnis der EU, wie es auch bei W. Merkel²⁹ zu finden ist, setzt sich die kritische Demokratietheorie im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit den Ungleichheitsmechanismen in dieser Theorie auseinander. „Die kritische Demokratietheorie nimmt [hier] eine kritische Perspektive gegenüber den staatlichen Institutionen ein. Diese Perspektive geht davon aus, dass jene Formen, die wir heutzutage kennen und die modellhaft für unsere Vorstellung von Demokratie sind, in einem bestimmten historischen sozio-ökonomischen Kontext, nämlich mit der Etablierung der bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft, entstanden sind.“ (Demirović 1997; Lösch 2005 zitiert nach Schaffar/Ziai 2011: 98)

Eine historisch-kritische Analyse bietet hier eine Möglichkeit, auch im Bezug auf die Nachbarschaftspolitik der EU, nach einem „verborgenen Herrschaftsmoment“ zu fragen, welches vor allem in den demokratischen Institutionen zu suchen ist. „Ziel dieser [...] normativen Demokratietheorie ist eine Vertiefung bzw. Weiterentwicklung von Demokratie im Sinn eines emanzipativen Projekts, das über die demokratische Organisation bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft hinausweist und den Abbau von Herrschaft selbst anstrebt.“ (Schaffar/Ziai 2011: 98) Im Zusammenhang mit dem Gegenstand der Entwicklungspolitik beschäftigt sich dieser

²⁹ vgl. Kapitel 1.3 *Terminologie*

historisch-kritische Ansatz mit der Wirksamkeit von bestimmten Herrschaftsmomenten, um Demokratie als normatives Modell in Ländern des globalen Südens zu adaptieren: „in Prozessen der Entkolonialisierung, im Zuge der Politikberatung als Teil der Entwicklungszusammenarbeit oder als Prozess, in dem sich die herrschenden Eliten und die sozialen Bewegungen eines Landes an etablierten bzw. dominanten westlichen Vorbildern orientieren.“ (Schaffar/Ziai 2011: 98f) Novy geht hier einen Schritt weiter, wenn er sich mit der „Utopie demokratischer Entwicklung“ beschäftigt. Das Menschenbild, verbunden mit der Utopie demokratischer Entwicklung, ist die „Reproduktion des Kapitals und die Regulation von Entwicklung“, welche einer bestimmten strukturellen Logik folgen. Das Utopische an der Demokratie, wie sie bei Novy zu finden ist, ist, dass das Denken und Handeln der Menschen in einer Demokratie nicht vorhersehbar ist und somit nicht eindeutig zu sagen ist, ob ein Mensch entlang der ökonomischen Strukturen agieren wird, oder nicht (vgl. Novy 2007: 146). Für die Entwicklungspolitik bedeutet dies, dass das Partizipationsprinzip von Entwicklungsprojekten nicht mehr wegzudenken ist. Und trotzdem sieht Novy hierin die Gefahr,

nicht zwischen Mikro- und Makromitbestimmung zu unterscheiden. Das sozialliberale Staatsmodell beschränkt Mitbestimmung auf die Partizipation bei der Ausführung von Leistungen, also auf Mikromitbestimmung. Am anderen Ende der Mitgestaltung, nämlich der demokratischen Entscheidungsfindung über die Weichenstellung für zukünftige Entwicklung, der Makrobestimmung, ist eine dramatische Erosion zu beobachten: Die „von unten“ bleiben ausgeschlossen, die AkteurInnen der nationalstaatszentrierten Entwicklungsweise werden marginalisiert. (Novy 2007: 150)

Gleichzeitig betont Novy jedoch die Wichtigkeit der Bewahrung demokratischer Errungenschaften, bei welchen es darum geht, die Institutionen des Rechtsstaates zu stärken. „Hierbei darf sich das Rechtsbewusstsein nicht nur auf das private Recht, auf Vertragstreue und Schutz des Eigentums beschränken, sondern muss auch das öffentliche Recht umfassen, das die Grundlage des Gemeinwesens bildet und die Regeln des Zusammenlebens festlegt.“ (Novy 2007: 150) Dies bezieht sich in erster Linie auf die Zivilgesellschaft eines Staates. Wolfgang Dietrich sieht Zivilgesellschaft als einen Sammelbegriff für die Ausprägungsformen des sozialen Lebens, die den Raum zwischen Staat und Markt besetzen. (Raum zwischen „öffentlich“ und „privat“). Dietrich merkt in diesem Zusammenhang an, dass wo Staat und Markt die Themenführerschaft übernehmen, sei es um die Demokratie und die Menschenwürde schlecht bestellt (vgl. Dietrich 2007: 258). Den Begriff der Zivilgesellschaft betrachtet U. Brand als normativ überladen, da er einerseits für „nordwestliche“, d.h. liberaldemokratische Verhältnisse, verwendet wird, unter denen Selbstorganisation und unabhängige Interessenartikulation und Kritik am Staat möglich sind und andererseits ganz allgemein ein Bereich definiert wird, der „weder Staat noch Ökonomie“ darstellt und tatsächlich global angewendet wird, jenseits

von demokratischen Normen (vgl. Brand 2011: 144). Dazu bemerkt Becker, dass gerade „die zentralen gesellschaftlichen Bereiche, das heißt, die Kerne gesellschaftlicher Transformationsprozesse (wissenschaftlich-technischer, ökonomischer aber auch politischer Art) gerade nicht mehr zur öffentlichen Verhandlung stehen.“ (Becker et al. 1991 zitiert nach Brand 2011: 144). Dies zeigt sich zum Beispiel in liberaldemokratisch orientierten Beiträgen zur Zivilgesellschaftsdebatte, in denen die „feministische Kritik an der patriarchal strukturierten Zivilgesellschaft und der Art und Weise der Trennung zwischen „öffentlich“ und „privat“ [...] keine Berücksichtigung [finden].“ (Brand 2011: 144)

Bei Gramsci ist die Zivilgesellschaft daher Teil des 'integralen Staates', welcher von Machtverhältnissen durchzogen ist. Brand plädiert in Anlehnung an Gramsci für einen breiteren Hegemoniebegriff, welcher sich vor allem auf die internationalen Verhältnisse und deren unterschiedliche räumliche Verhältnisse in der Entwicklungsforschung bezieht (vgl. Wissen et al. 2008 zitiert nach Brand 2011: 150). Dieser breitere Hegemoniebegriff ist notwendig, wenn im nächsten Kapitel speziell die Politik Europas in Bezug auf den Mittelmeerraum beleuchtet wird und mit Hilfe des Neo-gramscianismus bei Jürgen Bieling auf das globale System übertragen wird. Die Entwicklungsdebatte kann letztendlich auch als eine internationale Ungleichheitsdebatte geführt werden, bei welcher es sich lohnt, auch die globalen Ansprüche einer „überregionalen“ Politik wie die der europäischen Nachbarschaftspolitik im Mittelmeerraum zu betrachten.

4.2.2 Die Rolle der EU im globalen System aus Sicht der neo-gramscianischen Theorie

Die Rolle der Europäischen Union im globalen System stellt einen weiteren Aspekt der TP im Rahmen der internationalen Entwicklungspolitik dar. Ulrich Brand kombiniert die kritische Staatstheorie mit der Hegemonietheorie von Gramsci und bezieht sie auf postkoloniale Gesellschaften im Kontext der Globalisierung des Kapitalismus (vgl. Brand 2011: 142). Um Staat und Zivilgesellschaft zu verstehen, kann insbesondere in der Entwicklungsforschung an die Theorietradition Antonio Gramscis angeschlossen werden, der Staat und Zivilgesellschaft nicht als mehr oder weniger stark getrennte Sphären, sondern als relative Einheit verstand. Zivilgesellschaft ist bei Gramsci eine staats- und gesellschaftstheoretische Kategorie, denn er wollte begreifen, wie politische und soziale Herrschaft organisiert sind (GH: 816). Die internationale Hegemonie aus einer (neo)-gramscianischen Perspektive behandeln Cox (1983) und später Gill (1993), wenn sie die Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft näher betrachten. Vor allem werden die politökonomischen Kontextbedingungen stärker gewichtet und

stets in Bezug zu Zivilgesellschaft und Weltökonomie gesetzt (vgl. Bieling 2010: 29).

Diese konzeptionelle Dreiecksbeziehung – zwischen den sozialen Produktionsbeziehungen, den Staats-Zivilgesellschafts-Komplexen und den Strukturen der Weltordnung und Weltökonomie – bildet nicht nur ein instruktives Analyseraster, um die nationalstaatlichen Strategien und Transformationsprozesse zu untersuchen. Sie scheint auch hilfreich zu sein, um die Weltordnungs- und Globalisierungspolitik der Europäischen Union genauer zu bestimmen. (Bieling 2010: 29)

Hans-Jürgen Bieling weist darauf hin, dass das globale Engagement der EU sowohl theoretisch als auch empirisch verstärkt behandelt wird und betont, dass nicht nur die EU-Außenpolitik stärker thematisiert wird, sondern, dass sich auch die Rolle der EU im internationalen Gefüge verändert habe und zu einem neuen Selbstverständnis dieser führe. Während Habermas und Derrida laut Bieling den ausgleichenden, friedlichen und demokratischen Charakter der EU betonen, weist der Autor darauf hin, dass diese Annahme so nicht zu halten sei und einer grundlegenden Überarbeitung bedürfe, da die bisherigen Maßnahmen nur wenig Erfolg gezeigt haben. „Einige Entwicklungen sprechen sogar dafür, dass die EU den marktliberalen Globalisierungsprozess weniger korrigiert und abfedert als vielmehr aktiv vorantreibt.“ (Bieling 2010: 8f)

Die Globalisierungsstrategie ist dabei primär ökonomisch definiert. Umstrittener und provokanter Vorschlag ist „die EU als Prototyp eines 'postmodernen Imperiums'“ (vgl. Cooper 2003: 71ff; Münkler 2005: 252ff) zu begreifen.“ (Bieling 2010: 12) Auch „vopolitische“, d.h. sozioökonomische und zivilgesellschaftliche Voraussetzungen (außen-)politischer Strategien und Entscheidungen zu berücksichtigen. Trotzdem wird die EU von Bieling selbst nicht als imperialistische Großmacht gesehen, vielmehr fragt er mit Hilfe der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) wie sich die globale Durchsetzung des neoliberalen Projekts erklären lässt und wie das Verhältnis von Staat, Zivilgesellschaft und Ökonomie in der Globalwirtschaft beschrieben werden kann (vgl. Opratko/Prausmüller 2011: 11).

Während Autoren wie Hufschmid 2008 in den massiven staatlichen Hilfszahlungen für den Finanzsektor eine „Rückkehr des Staates“ sehen, sind andere Autoren wie Brand 2009 und Demirović 2009 der Überzeugung, dass dieser niemals abwesend war. Die IPÖ als 'Inter-Disziplin' kreuzt nicht nur die Politik mit der Ökonomie, sondern wird von Hans-Jürgen Bieling auch an der Schnittstelle zwischen der nationaler und internationaler Entwicklungen gesehen (vgl. Opratko/Prausmüller 2011: 11f). Analysekonzepte, wie sie bei Gramsci zu finden sind – „Hegemonie“, „integraler Staat“ und „historischer Block“ – werden auf Machtverhältnisse zwischen Staaten und ihre Beziehung zueinander, ausgeweitet.

Die Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik sind ein Hinweis dafür, wie sich Europa gegenüber seiner Nachbarstaaten positioniert und wie es diese Ziele international verfolgt.

4.2.3 Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Kontext globaler Entwicklungspolitik

Der Integrationsschub seit den 1980er Jahren ging mit einer Transformation des europäischen Regionalismus einher. Zugleich veränderte sich das Verhältnis von europäischer Integration und Globalisierung; und zwar dahingehend, dass die EU weniger eine Antwort auf die Globalisierung darstellt, als vielmehr diese in vielen Bereichen aktiv vorantreibt. (Bieling 2010: 85)

Auf welche Art und Weise die EU die Globalisierung vorantreibt, zeigt sich unter anderem auch in ihrer Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik. Wer die Prinzipien, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, der Union schneller umsetzt bekommt auch mehr Unterstützung, da die Gelder wiederum an Bedingungen der Implementierung europäischer Normen und Wertevorstellungen geknüpft sind, wie folgender Ausschnitt zeigt:

Dieser neue Ansatz einer „**Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand**“ ist ein Wendepunkt in den Beziehungen der EU mit all jenen Partnern, die sich zu spezifischen messbaren Reformen verpflichten. Es handelt sich um einen leistungsbezogenen Ansatz („more for more“), der **Anreize geben und motivieren soll**: Länder, die ihre Reformen schneller und weiter vorantreiben, können mit mehr Hilfe von der EU rechnen, während Länder, die die vereinbarten Reformen verzögern oder von ihnen abweichen, eine Neuzuweisung der Mittel oder deren Verlagerung auf andere Schwerpunktbereiche befürchten müssten. (KOM(2011)200, Hervorhebungen im Original)

Demokratie wird also als erstes Ziel der EU in den angrenzenden Nachbarländern genannt.

Mit der vollen Unterstützung der EU können, laut Dokument³⁰, alle Staaten rechnen, die eine Richtung der gemeinsamen Werte einschlagen. Das Ziel der EU aus neo-gramscianischer Sicht ist, den integralen Staat international auszuweiten und damit die Machtverhältnisse auf einer internationalen Ebene auszuhandeln. (vgl. Opratko/Prausmüller 2011: 101).

Die Interpretationsraster der Entwicklungspolitik und der Entwicklungsfinanzierung, wie sie in Kapitel 4.2.1 *Ansätze der Internationalen Entwicklungsforschung* (S. 37) beschrieben wurden, dienen dazu diese Machtverhältnisse auf der theoretischen Ebene zu analysieren. Die Geldflüsse entsprechen dahingegen der EZA, da sie kurzfristige Hilfsmaßnahmen beinhalten und somit als Hilfeleistung bezeichnet werden können, auch wenn sie nicht primär aus ODA-Quoten finanziert werden. Die Tatsache, dass die Hilfeleistung an Bedingungen, auch wenn diese Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bedeuten, geknüpft ist, ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass man im Bezug auf die Transformationspartnerschaft von Entwicklungszusammenarbeit sprechen kann. Die Partnerschaft entspricht der Vorstellung von EZA und kann als solche auch kritisiert werden. Steinbichler fragt in ihrer Dissertation, ob es sich hier um eine neue Art der Zusammenarbeit zwischen EU und MENA-Region handelt oder ob „alte“³¹ Interessen ver-

30 Vgl. (KOM(2011)200, Kapitel 4.2.3, S. 43

31 „alte“ Interessen sind in der Arbeit von Steinbichler „post-koloniale“ Interessen (vgl. Steinbichler 2009)

folgt werden (vgl. Steinbichler 2009: 259). Und trotzdem, um wieder auf das Eingangskapitel 2.2 *Protestbewegung von 2011 in der Region* zurückzukommen, handelt es sich bei dem aktuellen Transformationsprozess um eine Forderung des Volkes, welches Mitsprache und Rechtsstaatlichkeit einfordert. Besonders die junge Generation sieht sich in der Lage hier eigene Initiativen zu ergreifen und geht dabei eine Kooperation mit der EU ein, indem sie PartnerInnen im Dialog für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie werden.

Elena Baracani fragt in diesem Zusammenhang, „wether it is possible to talk of a strategy of democracy promotion in the framework of ENP³².“ Sie nennt hierbei drei Gründe, warum man von einer strategischen Demokratisierung im Rahmen der ENP sprechen kann. Erstens bezeichnet sie die Entwicklung von Demokratie als „most important trend in the international system“, zweitens sei die „EU one of the most active promoters of democracy und drittens prognostiziert die Wissenschaftlerin, „the ENP is going to be developed in the next years as an important part of EU external relations“. (Baracani 2004: 37) Grundsätzlich konzentriert sich der Beitrag von Baracani weitgehend auf den EU-Osterweiterungsprozess, jedoch bereits mit einem vorausschauenden Blick auf die sich weiterentwickelnde Nachbarschaftspolitik in der südlichen Mittelmeerregion (vgl. Baracani 2004). Europa machte durch seine Abkommen und Partnerschaften immer wieder deutlich, dass es auch bei seinen südlichen Nachbarn Handlungsbedarf hinsichtlich der fehlenden demokratischen Rechtslage sieht. Auch wenn die schlechten Noten des Freedomhouseindex für Tunesien und Ägypten (vgl. Kapitel 2.2.1 u. 2.2.2) aufzeigen, dass es durchaus noch Handlungsbedarf im Bezug auf einen zu fördernden Demokratieprozess in Ägypten und Tunesien gibt, wurden laut Cavatorta und Pace einige Fehler des Westens hinsichtlich des *Arabischen Frühlings* gemacht. Der erste sei der unreflektierte Glaube an das Entwicklungspotenzial der neoliberalen Marktwirtschaft, auch eine politische Veränderung in der südlichen Mittelmeerregion zu bewirken. Der zweite Fehler läge in der tiefen Überzeugung des Westens, dass die 'Arabische Welt' scheinbar den Anschluss an die Moderne verpasst habe. Drittens die Überzeugung der BeobachterInnen, dass die sogenannten religiös-politischen Parteien die einzige Alternative zu den autoritären Herrschaftssystemen seien und islamistische Parteien zwar über eine mangelhafte demokratischen Glaubwürdigkeit verfügten, aber die einzige Alternative darstellten (vgl. Cavatorta & Pace, 2011 nach Pace/Cavatorta 2012: 130). Diese Fehler können innerhalb dieser Arbeit nicht weiter ausgeführt werden, trotzdem sollten sie nicht unerwähnt bleiben, denn eine erfolgreiche Integration des mediterranen Südens in ein europäisches Werte- und Wirtschaftssystem hätte enorm posi-

32 Vgl. auch Kapitel 4.1.2, *Europäische Nachbarschaftspolitik seit 2004*, S. 31

tive Auswirkungen für den regionalen und globalen Frieden. Dies wird vor allem dann sichtbar, wenn die zu erwartenden demographischen Veränderungen in Europa bis 2050 berücksichtigt werden (vgl. Tausch 2008: 2)³³. Bei näherer Betrachtung der offiziellen EU-Dokumente, wie in Kapitel 4.1 *Die TP im Rahmen der Nachbarschaftspolitik der EU seit 1995*, wird deutlich, dass die EU die Demokratisierung als Strategie, zum Beispiel durch Förderungen, in ihrer Nachbarschaftspolitik verwendet um die gewünschten Ziele, wie Sicherheit, Stabilität und Wohlstand für die EU-Mitgliedsländer und seine Nachbarstaaten, zu erreichen. Um die Ziele der Europäischen Union auch auf einer realpolitischen Ebene beurteilen zu können, ist es wichtig, die einzelnen Projekte näher zu betrachten. Des Weiteren spricht sich Elena Baracani dafür aus, dass zu einem äußerlichen Bekenntnis zur Demokratie auch die innere Haltung gehöre: „It is very important to stress, that to be successful, an external strategy of democracy promotion needs some internal aspects, first of all, the will of the people concerned to political reforms. Indeed, we believe that democratization is the result of the interaction between internal and external factors.“ (Baracani 2004: 55f)

So bleibt die Frage, welche Möglichkeiten und Perspektiven die Transformationspartnerschaft bietet, denn eine demokratische Glaubwürdigkeit in der MENA-Region kann nur gewährleistet werden, so lange die allgemeine Öffentlichkeit miteinbezogen wird und die demokratischen RepräsentantInnen nach deren Willen und Rechten handeln. Dies bedeutet für die Europäische Union, dass politische Anreize und eine gut durchdachte Herangehensweise erforderlich sind, um einer längerfristigen demokratischen Verantwortung gerecht zu werden (vgl. Pace 2009: 50).

Das folgende Kapitel dient hierbei als Beispiel für die Herangehensweise der Partnerschaft auf gesellschaftlicher Ebene.

4.3 Die TP im Rahmen eines kulturellen Dialogs zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie am Beispiel Tunesiens und Ägyptens

Im Rahmen eines kulturellen Dialogs zwischen den BürgerInnen der EU und des südlichen Mittelmeerraumes zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gibt es einige Projekte, welche in erster Linie von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen bzw. jungen AktivistInnen selbst ins Leben gerufen wurden und primär einen Austausch auf Augenhöhe zum Ziel

33 Vgl. Kapitel 2.2, S. 11

haben.

Auch wenn die finanziellen Mittel für diese Förderung aus verschiedenen politischen Motiven heraus bereitgestellt werden, stehen in dieser Arbeit dennoch die Projekte selbst im Fokus der Aufmerksamkeit. Hauptaugenmerk ist dabei die Förderung im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Der Human Development Index von Tunesien liegt seit dem Jahre 2000 knapp über dem weltweiten Entwicklungsindex und gehört seit 2012 gerade noch zu den High Developed Countries auf Rang 97 (vgl. HDI 2012). Die positiven Werte aus den Bereichen Wirtschaft, Bruttoinlandsprodukt, und Gesundheit täuschen jedoch darüber hinweg, dass der Tunesische Staat im Bereich „Demokratieanalyse“ laut dem Democracy Index 2012 (The Economist 2013) nur Platz 90 im internationalen Vergleich belegt und vor allem der Wert „civil liberties“ mit 4.7 Punkten den schlechtesten der 5 zu analysierenden Werte³⁴ darstellt (vgl. The Economist 2013). Ägypten liegt hinter Tunesien auf Platz 109 des Democracy Index 2012, wobei im Falle Ägyptens der Wert „Electoral Process and pluralism“ den schlechtesten Wert der 5 zu analysierenden Werte darstellt.

Trotz der mittelmäßigen Werte im internationalen Vergleich, stellen einzelne Projekte mögliche Perspektiven für die Zivilgesellschaft der besagten Länder dar. Das Abhängigkeitsbild, welches sich aus der Analyse der Entwicklungszusammenarbeit im Bezug auf die Europa-Mittelmeerrpolitik ergibt, kann in ein hoffnungsvolleres und positiveres Bild im Bezug auf die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft gebracht werden. Gerade auf der Ebene des kulturellen und künstlerischen Austausches und der Zusammenarbeit von jungen Leuten können Länderübergreifende Projekte zu einem Mehrwert aller Beteiligten führen, denn „die Befürworter [sic!] einer transnationalen Demokratie haben in einem Punkt Recht: Die gegenwärtige Situation globaler Interdependenzen erfordert neue Kooperations- und Regulationsmodi.“ (Benhabib 2008: 229) Die globalen Herausforderungen, von der Bekämpfung des Hungers bis hin zum Schutz der Ökologie, bedürfen einer Zusammenarbeit unter Gleichgesinnten mit ähnlichen Werte- und Rechtsvorstellungen. „Neue Modi der Staatsbürgerschaft und eine im Entstehen begriffene Öffentlichkeit entwickeln sich auch auf globaler Ebene bei Treffen des Weltsozialforums, auf dem sich Aktivisten aus aller Welt sowohl im Kampf für Frauenrechte als auch sich mit Verfechtern einer Demokratisierung der Wirtschaft, NGOs und INGOs zusammenfinden.“ (Benhabib 2008: 230) Der grenzüberschreitende Austausch auf der zivilgesell-

34 Democracy Index besteht aus den 5 Werten: I Electoral process and pluralism, II Function of government, III Political Participation, IV Political Culture, V Civil liberties

schaftlichen Ebene stellt einen immer größer werdenden Einflussfaktor auf Transformations- und Entwicklungsprozesse dar, denn

[d]iese Bürgerbewegungen und sozialen Aktivisten sind neue Vermittlungsstellen zwischen lokalem und globalem Wissen, sie artikulieren neue Bedürfnisse und Forderungen, auf die Demokratien Antwort finden müssen. Sie sind Mitglieder einer neuen internationalen Zivilgesellschaft, die sich nicht nur aus jenen zusammensetzt, die mehrfache Staatsbürgerschaften inne haben sondern auch aus Bürgern und Aktivisten in sozialen Bewegungen und Wahlkreisen jeder Art. (Benhabib 2008: 231)

Wie Wolfgang Merkel in seiner Arbeit zur Demokratieforschung bestätigt, entsteht Transformation also im unmittelbaren Zusammenhang mit Demokratie, Wirtschaft, Macht, sozialen Bewegungen und Kultur bzw. Religion. Ausgehend von den Beschreibungen unter Miteinbeziehung von Kapitel 2 „Die Transformation in der südlichen Mittelmeerregion“, wonach der Demokratisierungsprozess in den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes von der Bevölkerung, vor allem von den jungen Menschen, ausgegangen sei, bietet sich ein Blickwinkel auf die Transformationspartnerschaft an, welcher diese als eine Möglichkeit der Unterstützung eines Prozesses, der von den Menschen selbst auf der Straße gefordert wurde, beschreibt. Denn die Motivation junger AraberInnen, einen Transformationsprozess herbeizuführen, war sowohl ökonomischer als auch politischer Natur und „[...] remained hidden for a long time and that eventually drove so many young people, who were assumed to be de-politicized, to overcome their fear of the brutal and long-standing and go out into the streets en masse to demand social justice, dignity and real freedom“ (Pace/Cavatorta 2012: 128).

Die Massenproteste an den öffentlichen Plätzen, wie sie hier beschrieben werden, beleuchtet Stefanie Wöhl in ihrem Beitrag zu „unkonventionellen Partizipationsmöglichkeiten“ vor allem am Beispiel der Occupy Wall Street Bewegung. Auch hier war der Grund für die Proteste sowohl ökonomischer, also auch sozialgerechter Natur. „Nicht umsonst gab es auch seitens ägyptischer Protestierender Solidaritätsbekundungen zu der Occupy Wall Street Bewegung in New York, die den gemeinsamen Bezug zu Problemen sozialer Ungleichheit und den Mangel an politischer Repräsentation herstellten.“ (Wöhl 2013: 261)

Der Ausdruck von ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Rechten und das öffentliche Eintreten für diese, verbindet also Menschen mehrerer Generationen und Nationalitäten.

Das *Cultural Innovators Network* (CIN) ist ein solches grenzüberschreitendes Projekt, welches in dieser Arbeit exemplarisch für die Partizipationsmöglichkeiten von AktivistInnen herausgehoben werden soll. Es umfasst den theoretischen (Gramsci und Neo-Gramscianismus), normativen (Europäische Nachbarschaftspolitik) und politischen (Entwicklungszusammenar-

beit und Ziele der ENP) Rahmen, wie er in den vergangenen Kapiteln beschrieben wurde und ist gleichzeitig ein Ausdruck von Aktivismus, welcher von den jungen Menschen selbst ausgeht. Es handelt sich hierbei um ein Projekt im weitesten Rahmen der EU-Mittelmeerpoltik. Im spezifischeren stellt das Cultural Innovators Network ein Projekt der bilateralen Transformationspartnerschaft zwischen Deutschland und Ägypten bzw. den „Transformationsländern“ dar. Ziel dieses Projekts ist die Vernetzung von jungen Menschen aus der Region, die sowohl kulturell als auch politisch engagiert sind. Die Fördergelder für dieses Projekt stammen vom deutschen Auswärtigen Amt. Unterstützt wird das Projekt von der Anna Lindh Foundation. Durchführendes Organ in der deutschen internationalen Kulturpolitik ist das Goethe Institut. Vom Goethe Institut werden Richtungen vorgeschlagen und Partnerorganisationen mit ins Boot geholt. Gleichzeitig ist das Goethe Institut auch für die Auswahl der Mitglieder des CIN zuständig. Die Mitglieder haben durch ihr Engagement und ihre Ideen einen Beitrag für eine Zukunft in der südlichen Mittelmeerregion geleistet. Die TeilnehmerInnen kommen aus verschiedenen Ländern Europas und der MENA-Region. Die politischen und sozialen Umbrüche in Nordafrika machen die jungen Menschen (Mitglieder von CIN) sowohl zu Zeitzeugen des Geschehens als auch zu aktiven Subjekten dieser Umgestaltung, denn alle TeilnehmerInnen verfolgen eigene Projekte, welche sie in ihren Ländern umsetzen. Die Arbeit der CINers beruht auf den Säulen „Kunst“, „Soziales“, „Politik“ und „Medien“, in deren Bereiche die zahlreichen Projekte der jungen AktivistInnen fallen. Die Projekte reichen von Theater („Preserving Culture using Theatre“) über „Citizenship Academy“ und „Tunesian Youth Parliament“ bis hin zu Bürgerjournalismus („Demystifying Prejudices“), bei welchen immer die eigene Initiative und die Partizipation im gesamten Vorlaufprozess vorausgesetzt wird. Einen physischen „Ort der Innovation“ bot das CIN-Forum im November 2012 in Istanbul (vgl. CIN 2013).

Die empirische Studie³⁵ nimmt sich das CIN zum praktischen Aufhänger, um die Transformationspartnerschaft auch aus Sicht der jungen AktivistInnen zu beleuchten. Als wichtiger Teil der Transformationspartnerschaft verbindet da CIN junge AktivistInnen aus der dem Mittelmeerraum, deshalb knüpft die folgende empirische Studie an dieses Netzwerk an.

35 Siehe folgendes Kapitel 5, *Empirische Studie – Junge AktivistInnen als Katalysatoren von Transformation*

5 EMPIRISCHE STUDIE – JUNGE AKTIVISTINNEN ALS KATALYSATOREN VON TRANSFORMATION

Der Aufbau der empirischen Studie richtet sich nach einem Ablaufmodell, bei welchem von der Forschungsfrage ausgegangen wird, dann die empirische Vorgehensweise dargelegt wird, anschließend die Ergebnisse präsentiert und in einem weiteren Schritt interpretiert werden (vgl. Kuckartz et al. 2008; Gläser/ Laudel 2009: 268).

5.1 Forschungsinteresse: Evaluationsgegenstand und -Ziele

Ausgehend vom Untertitel der Arbeit „Junge AktivistInnen als Katalysatoren von Transformation“ stellen die Aussagen der jungen Frauen und Männer, welche im Rahmen dieser Studie befragt wurden, den Evaluationsgegenstand dar.

Da es sich bei diesem empirischen Forschungsvorhaben um ein Hypothesen überprüfendes Verfahren handelt, werden hier zu Beginn des Ablaufs nochmals die Forschungsfrage und die zu überprüfenden Hypothesen angeführt.

Forschungsfrage:

Welche Bedeutung hat die Transformationspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern (Tunesien und Ägypten) im Hinblick auf die Rolle junger AktivistInnen in diesem Prozess? Inwieweit kommt es in diesem Transformationsprozess zur Bildung von „organischen Intellektuellen“ nach Antonio Gramsci?

Hypothesen:

- (f) Durch die Transformationspartnerschaft wird demokratische Partizipation junger BürgerInnen gefördert.
- (g) Die Transformationspartnerschaft führt zum Entstehen „neuer“ politischer Subjekte innerhalb der Partnerschaft, welche sich einer Idee, die den Interessen einer breiten Bevölkerungsmasse entspricht, als zugehörig definieren.
- (h) Junge AktivistInnen können als Katalysatoren von Transformation gesehen werden. Das persönliche Netzwerk ist hierbei ausschlaggebend. Das persönliche Netzwerk ersetzt die fehlende institutionelle Unterstützung junger Menschen in ihrer Arbeit.
- (i) Die Europäische Union trägt durch ihre Nachbarschaftspolitik, nach einem klassischen Modell der Entwicklungszusammenarbeit, zur Bildung einer demokratisch gebildeten Klasse bei.
- (j) Die TeilnehmerInnen an den Projekten der Transformationspartnerschaft können nach A. Gramscis Theorie als „organische“ Intellektuelle bezeichnet werden.

Das Ziel dieser Studie ist es, in einer abschließenden Auswertung den theoretischen Teil mit dem empirischen Teil zu verbinden, denn „[d]ie vorhandenen gegenstandsbezogenen Theorien sind Ausgangspunkt und Ende der empirischen Forschungsbemühungen. Von daher bestim-

men sie auch die nächsten Schritte.“ (Przyborsky/ Wohlrab-Saar 2010: 42f) Darüber hinaus sind es die Beantwortung der Forschungsfrage und die Überprüfung der Hypothesen, welche als Ziel dieser Studie bezeichnet werden können.

Das Forschungsfeld wird durch die Wahl eines geeigneten Ortes für die Generierung von empirischem Datenmaterial bestimmt. Der Grund für die Auswahl der InterviewpartnerInnen³⁶ ist daher deren Rolle innerhalb der Transformationspartnerschaft, ihr spezifisches Wissen im Bezug auf die aktuellen Transformationsprozesse in Ägypten und Tunesien und deren eigene Erfahrung mit der Transformationspartnerschaft zwischen Deutschland und Tunesien/ Ägypten. Es wurden daher ägyptische, tunesische und deutsche AktivistInnen ausgewählt, die alle durch das Cultural Innovators Network verbunden sind und dadurch sowohl Teil der Transformationspartnerschaft zwischen Deutschland und Tunesien/Ägypten sind, als auch über eigene internationale Netzwerke verfügen.

Ziel der Studie ist also auch die Sichtbarmachung des Aktivismus der jungen AkteurInnen als KatalysatorInnen von Transformation, unter Berücksichtigung der theoretischen Erkenntnisse und offenen Fragestellungen. Ein wichtiger Aspekt ist darüber hinaus der internationale Austausch, bzw. die Zusammenarbeit von europäischen und arabischen AktivistInnen als Teil der Partnerschaft.

5.2 Methodologischer Zugang

5.2.1 Erhebungsmethode

Als methodologischer Zugang wurde eine qualitative Studie gewählt, da sie am geeignetsten für die Beantwortung der Forschungsfrage und das Erreichen der eben angeführten Ziele scheint.

Für die Erhebung der Daten wurde die Methode des **offenen Leitfadeninterviews** nach Przyborsky/ Wohlrab-Sahr 2010 gewählt. Im Gegensatz zu einer quantitativen Studie kann mit der qualitativen Herangehensweise Fall orientiert gearbeitet werden und die differenzierten Antworten der InterviewpartnerInnen können besser kontextualisiert werden. Außerdem lassen sich Fehlinterpretationen durch aktives Nachfragen minimieren und die Persönlichkeiten hinter den Befragten werden sichtbar gemacht (vgl. Kuckartz et al. 2008: 66ff).

³⁶ vgl. Kapitel 5.3.2, „Vorstellung der InterviewpartnerInnen“

Die Kriterien für die Führung eines qualitativen Interviews nach Przyborsky und Wohlrab-Sahr sind, dass grundsätzlich vom Allgemeinen zum Spezifischen gefragt wird und dass der Ausgangspunkt des Gesprächs die Perspektive des Interviewten ist, was die Gestaltung des Gesprächsverlaufs „offen“ und „flexibel“ macht. Somit stellt das Interview eine Verbindung zwischen den allgemeinen gesellschaftlichen Debatten und der Deutungsmacht der AktivistInnen her (vgl. Przyborsky/ Wohlrab-Sahr 2010: 139-145).

Die Funktionsbestimmung der AktivistInnen im Hinblick auf Gramscis Theorie des „organischen Intellektuellen“, welche es hier empirisch zu überprüfen gilt, richtet sich grundlegend nach der Frage, ob die AkteurInnen mit ihrem Handeln und Denken die Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe oder die eines Ensembles von sozialen Gruppen in besonderem Maße widerspiegeln (vgl. Bochmann 2001: 47). Um dies herauszufinden, wird die **qualitative Netzwerkanalyse** herangezogen, welche sich sowohl eignet „die Strukturbezogenheit der Individualebene zu beleuchten, als auch dazu, die in der Individualebene begründeten Erklärungspotenziale für die strukturelle Perspektive fruchtbar zu machen“ (Schindler 2006: 287). Die relevanten Daten für die Netzwerkanalyse werden durch entsprechende Fragen im Leitfadeninterview generiert.

Neben dem offenen Leitfadeninterview wird auch ein **ExpertInneninterview** (Przyborsky/ Wohlrab-Saar 2010: 131-138; Gläser/ Laudel 2009) geführt, jedoch wird auch hier in der Erhebungsmethode ein Leitfaden für das ExpertInnengespräch entwickelt.

Das ExpertInnengespräch dient in erster Linie dazu, ExpertInnenwissen zu generieren. „Die Experten sind ein Medium, durch das der Sozialwissenschaftler [sic!] Wissen über einen ihn interessierenden Sachverhalt erlangen will. Sie sind also nicht das 'Objekt' unserer Untersuchung, der eigentliche Fokus unseres Interesses, sondern sie sind bzw. waren 'Zeugen' der uns interessierenden Prozesse“ (Gläser/ Laudel 2009: 12) Um also Informationen über interne Prozesse und Entscheidungsprozesse innerhalb des Cultural Innovators Networks zu erhalten, wird hier ein solches ExpertInneninterview mit der Organisatorin des CIN-Forums durchgeführt.

Das Leitfadeninterview bietet sich hierbei für beide Arten des Interviews an (vgl. Schindler 2006: 289) und trotzdem werden zwei verschiedene Fragebögen entwickelt³⁷.

37 siehe Anhang I +II

Der Aufbau des Fragebogens richtet sich *erstens* nach den Hypothesen, *zweitens* nach den Kriterien der jeweiligen, in diesem Kapitel beschriebenen, Interviewform und *drittens* nach den Ansprüchen der Netzwerkanalyse; denn ob bei der Datengenerierung Namen von nahen Personen oder ProjektpartnerInnen erhalten werden, hängt „eng mit der Fragestellung der Untersuchung zusammen.“ (vgl. Schindler 2006: 289)

In den Fragebögen (siehe Interviewleitfaden, S. 107) wurden die Fragen den zu überprüfenden Hypothesen zugeordnet, um die Studie für die Leserin oder den Leser nachvollziehbar zu machen.

5.2.2 Auswertungsmethode – Qualitative Inhaltsanalyse

Noch vor dem eigentlichen Auswertungsprozess, wird „[d]urch wörtliche Transkription [...] eine vollständige Textfassung verbal erhobenen Materials hergestellt, was die Basis für eine ausführliche interpretative Auswertung bietet.“ (Mayring 2008: 64) Die Transkription der Interviews in ihrer Notierung erfolgt nach den Regeln von Kuckartz et al. (vgl. Kuckartz et al. 2008: 26f). Außerdem wird eine Anonymisierung der Daten vorgenommen (Gläser/ Laudel 2009: 279).

Für die Auswertung der Daten aus den offenen Leitfadeninterviews wurde die **qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring** gewählt. Die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse von Mayring wurde vor allem für die Interpretation von einer großen Menge an aufgezeichneter Kommunikation entwickelt. Sie dient der inhaltlichen Analyse verschiedener Formen von aufgezeichneter Kommunikation bei der Auswertung der generierten Daten (vgl. Mayring 2006: 468-475).

Auch die Auswertung der Netzwerkanalyse kann mit der qualitativen Inhaltsanalyse vorgenommen werden, denn „[f]ür die Auswertung der Daten steht der interpretativen Netzwerkanalyse prinzipiell die gesamte Palette der Sinn verstehenden und - rekonstruierenden Methodiken zu Verfügung. Wie für die meisten qualitativen Verfahren gibt es hier kein festes Regelwerk, nach dem die Datenanalyse abläuft.“ (Schindler 2006: 287)

Im Auswertungsverfahren dieser Studie werden deshalb die Ergebnisse der Netzwerkanalyse, als eine Kategorie der restlichen Analysekatégorien, in die Inhaltsanalyse eingebettet (vgl. Gläser/ Laudel 2009).

Die Praxis der qualitativen Inhaltsanalyse „[...] interpretiert den Text in Richtung einzelner Kategorien. Die Zuordnung der Kategorien zu den Textstellen geschieht nicht automatisch, sondern stellt einen Interpretationsakt dar. Jedoch soll diese Interpretation so regelgeleitet und so explizit wie möglich sein.“ (Mayring/ Gläser-Zikuda 2008 :11)

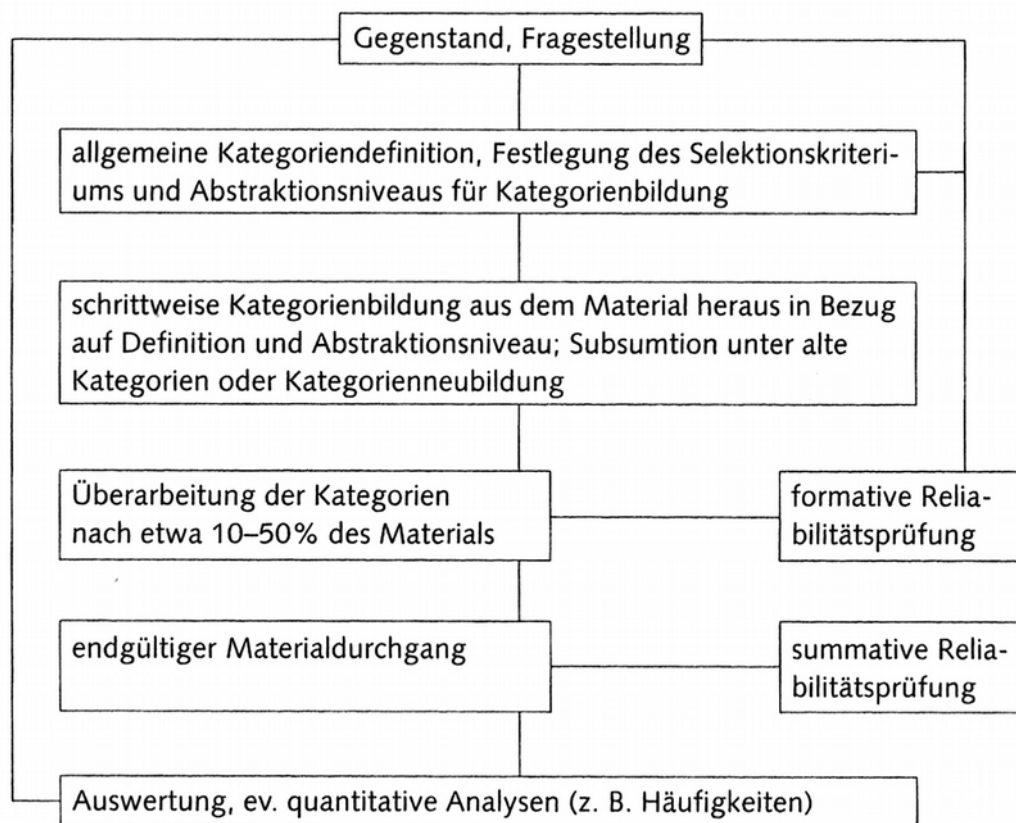


Abbildung 2: Das Ablaufmodell qualitativ-inhaltsanalytischer Verfahren am Beispiel induktiver Kategorienbildung (Mayring 1993 zitiert nach Mayring 2006: 472)

Die induktive Kategorienentwicklung, wie sie hier gezeigt wird, orientiert sich an systematischen Reproduktionsprozessen der Textbearbeitung. Hierbei bestimmt die Fragestellung die Entwicklung von relevanten Kategorien. Das Datenmaterial wird in diesem Analysemodell auf Kategorien hin überprüft, die in einer Rückkopplungsschleife überarbeitet werden und anschließend einer Reliabilitätsprüfung unterzogen werden (vgl. Ablaufmodell in Abb. 2).

Die induktive Kategorienentwicklung stellt eine spezielle Form der Kategorisierung dar. „Induktive Kategorienbildung hat als Grundgedanken, dass die Verfahrensweisen zusammenfassender Inhaltsanalyse genutzt werden, um schrittweise Kategorien aus einem Material zu entwickeln.“ (Mayring 2006: 472)

Außerdem werden neben den Zusammenfassungen auch wörtliche Zitate in der Auswertung verwendet, denn sie haben den Vorteil, dass sie die Studie plastisch machen und die Lesbarkeit des Textes verbessern. Allerdings wurden die wörtlichen Zitate in der Auswertung von unnötigen Wortwiederholungen und „ähm“-Lauten bereinigt. Grammatikalische Fehler wur-

den nicht verbessert, es wurde jedoch eine Interpunktion so nahe wie möglich am gesprochenen Text angebracht (vgl. Gläser/ Laudel 2009: 274).

Einschränkungen bzw. Grenzen der Methode sieht Mayring bei Studien mit sehr offenen Fragestellungen oder Studien, die einen starken explorativen Charakter haben und offenere Verfahren, wie das der Grounded Theory, geeigneter wären (vgl. Mayring 2006: 469).

Das Verfahren der induktiven Kategorienbildung eignet sich also für die folgende Studie, da es sich hier um eine relativ spezifische Forschungsfrage handelt, die theoretisch aufgearbeitet wurde (vgl. Kapitel 3 u. 4).

Es ist außerdem wichtig, dass nachvollzogen werden kann, wie der oder die ForscherIn über die Bildung der einzelnen Kategorien entscheidet, „was seine Kategorien sind, wie sie benutzt werden sollen, unter der Bezugnahme auf die theoretischen Voraussetzungen, die der analytischen Methoden inhärent sind“ (Mayring 2008: 31).

Der erste Durchlauf des generierten Datenmaterials erfolgt anhand der Kategorien, welche entlang der Hypothesen und den theoretischen Vorannahmen entwickelt wurden. In einem zweiten Durchlauf werden die tatsächlichen Antworten der Befragten in die Kategorienbildung miteinbezogen. Erst nachdem die Kategorien endgültig festgelegt wurden, beginnt die schriftliche Auswertung des Materials (vgl. Abbildung 2, S. 53).

Die endgültigen, angeführten Auswertungskategorien beruhen auf folgenden Überlegungen:

A) Motive und Motivation des Aktivismus

→ die Kategorie bezieht sich auf die Eingangsfrage im Fragebogen und liefert Erkenntnisse zur Überprüfung der Hypothese (b): „Junge AktivistInnen können als Katalysatoren von Transformation gesehen werden.“ Als Katalysatoren wären sie in diesem Fall diejenigen AkteurInnen, die die Möglichkeit haben die Transformation zu beeinflussen, dazu ist es wichtig die Motivation hinter dem Aktivismus zu erfahren.

B) Formen der zivilgesellschaftlichen Partizipation

→ die Frage nach den eigenen Projekten bezieht sich im Fragebogen auf die Formen zivilgesellschaftlicher Partizipation und gibt die Möglichkeit zur Überprüfung der Hypothese (a).

C) Netzwerk

→ die gezielten Fragen im Leitfadeninterview gehen dem Netzwerk der Befragten nach. Diese Kategorie ist deshalb der Hypothese (c) zugeordnet, denn „[d]as Netzwerkkonzept ist vor allem deshalb attraktiv [ist], weil es zwischen Mikro- und Makroebene angesiedelt ist und als relationale Perspektive einen Ansatz bietet.“ (Schindler 2006: 287)

D) Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Engagements

→ diese Kategorie beinhaltet eine Selbsteinschätzung der AktivistInnen ihres Wirkungskreises und entspringt in den meisten Fällen aus den Motiven für ein gesellschaftliches Engagement. Als eigene Kategorie kommt (D) erst bei der Überprüfung der Hypothesen zum tragen, da die Funktion der AktivistInnen sowohl ausschlaggebend für die Überprüfung der Hypothese (e) als auch der Beantwortung der Forschungsfrage ist, aber nicht direkt im Fragebogen nach dieser Funktion gefragt wurde.

E) Einschätzungen über die Rolle der Europäischen Union im Transformationsprozess

→ diese Kategorie entstand erst nach dem ersten Durchlauf des Datenmaterials. Es zeigte sich, dass, ohne dass explizit danach gefragt wurde, alle Befragten eine Einschätzung zur Rolle der Europäischen Union im Transformationsprozess äußerten. Die Aussagen dieser Kategorie dienen der Überprüfung der Hypothese (d).

5.3 Rahmenbedingungen der Forschung

5.3.1 Der Forschungsprozess

Der erste Kontakt mit den InterviewpartnerInnen entstand bereits während des ersten CIN-Forums im November 2012 in Istanbul. Als passive Teilnehmerin des Forums, im Rahmen eines Praktikums am Goethe Institut in Istanbul, konnten erste Inhalte des Projekts mitverfolgt werden und Kontakte geknüpft werden.

Den eigentlichen Zugang zum Feld erhielt die Forscherin durch das Anschreiben einiger AktivistInnen. Die direkte Kontaktaufnahme (vgl. Przyborsky/ Wohlrab-Sahr 2010: 73) erfolgte nach positiver Rückantwort.

Die Durchführung der Interviews erfolgte in der Zeit von Juli – September 2013, sowohl im persönlichen Gespräch in Berlin als auch per *skype*-Video-Konferenz. Alle Gespräche wurden digital aufgezeichnet und anschließend verschriftlicht. Die gesprochenen Sprachen, Deutsch und Englisch, werden beide von der Forscherin gesprochen, deshalb war keine Zwischenübersetzung notwendig. Die Dauer der Interviews betrug zwischen 30 - 50 Minuten; während dieser Zeit wurde nach einer standardisierten Eingangsfrage der Fragebogen thematisch abgehandelt, auch wenn nicht immer chronologisch vorgegangen wurde.

5.3.2 Vorstellung der InterviewpartnerInnen

Insgesamt wurden sieben Personen interviewt. Davon handelt es sich bei einem Interview um ein sogenanntes ExpertInneninterview (E1). Die befragten Personen (B1- B6) sind AktivistInnen, die sich in ihrem lokalen Umfeld für verschiedene Themen wie der „Stärkung demokratischer Rechte“, bis hin zu „Medienfreiheit“ und „Staatsbürgerschaftsrechte“ einsetzen. Sie alle sind jedoch auch international vernetzt. Besonders die Vernetzung zwischen europäischen und arabischen AktivistInnen kommt hier zum Vorschein. Da der internationale Austausch bzw. die Zusammenarbeit von europäischen und arabischen AktivistInnen einen wichtigen Aspekt der Partnerschaft darstellt, wurden sowohl deutsche Personen interviewt, die sich lokal in Deutschland und im südlichen Mittelmeerraum engagieren, als auch tunesische und ägyptische AktivistInnen, die die Revolten vor Ort mittragen und international stark mit Europa und anderen Ländern der südlichen Mittelmeerregion vernetzt sind. Alle Befragten haben mindestens einen Bachelor-Abschluss. Bis auf einen Studenten gehen alle Befragten einer festen Arbeit nach, wobei nur 2 Personen angestellt sind und die restlichen als freie ArbeitnehmerInnen tätig sind.

Zu den befragten Personen:

B1 *die Vernetzerin*, weiblich, Alter 32, aus Spanien, Beruf: Kulturmanagerin, Studium: Politikwissenschaften, Master in Mediterranean Mediation: Economic Investment and Cultural Integration, lebt und arbeitet in Berlin; weitreichende Kontakte im gesamten Mittelmeerraum.

B2 *der Kommunikator*, männlich, Alter 32, aus Kairo/Berlin, Beruf: Projektkoordinator und Graphikdesigner, Studium: Geisteswissenschaften/ Graphikdesign, lebt und arbeitet in Berlin und Kairo.

B3 *der Beobachter*, männlich, Alter 27, aus Kairo/ Ägypten; Beruf: Journalist/ Filmemacher; Studium: Politikwissenschaften; lebt und arbeitet in Kairo; vernetzt mit Tunesien und Europa.

B4 *der Revolutionäre*, männlich, Alter 26; aus Sousse/ Tunesien; Beruf: Student: Studium: Ingenieurwissenschaften, lebt und studiert in Tunesien; Gründer einer NGO.

B5 *die Jugendreferentin*; weiblich, aus Deutschland; Alter: 32; Beruf: Bildungsreferentin, Kulturmanagerin; Studium: Master in Angewandte Medien- und Kulturwissenschaften, lebt und arbeitet vorwiegend in Deutschland; internationale Projekte.

B6 *die Anführerin*; weiblich; aus Gabés/ Tunesien; Alter: 29; Beruf: Englischlehrerin; Studium: Amerikanische und Arabische Literatur, lebt und arbeitet in Tunesien, stark vernetzt in Tunesien, mit Amerika und Europa; Gründerin einer NGO.

E7 *die Expertin*; weiblich; aus Istanbul, arbeitet beim Goethe Institut in Istanbul; Organisatorin des ersten CIN-Forums in Istanbul.

5.3.3 Kritische Reflexion der eigenen Forschung

Die qualitative Sozialforschung hat in den letzten 30 Jahren eine erhebliche Verbreitung und Anerkennung gefunden (vgl. Lüders 2006: 632). Aus der forschungspraktischen und methodologischen Perspektive ergeben sich jedoch eine Reihe von Problemen. Ungelöste 'interne' Probleme seien beispielsweise der Stellenwert von Standards und offene methodische Fragen, so Lüders. Vorschläge zur Standardisierung werden meist sehr allgemein gehalten, was dazu führt, dass es keine Minimalstandards für die qualitative Forschung gibt (vgl. Lüders 2006: 639). Auch Eduard Matt ist der Meinung, dass es „[z]ur textlichen Repräsentation der Wirklichkeit [...] kein kanonisierbares Verfahren [gibt].“ (Matt 2006: 579) Denn jede Interpretation stellt nur eine Auswahl an unendlich vielen Interpretationsmöglichkeiten dar (vgl. Matt 2006: 581).

Da große Datenmengen in kurzer Zeit durchgearbeitet werden müssen liegt die Selektion bei der Forscherin selbst, denn „[d]er Wissenschaftler [sic!] ist für die Qualität seiner Arbeit selbst verantwortlich, er hat die moralische Verpflichtung zur Sorgfalt.“ (Matt 2006: 585)

Einige kritische Anmerkungen zur hier vorliegenden qualitativen Studie sind, erstens, dass der südliche Mittelmeerraum ein geographisch, sprachlich, ethnisch und religiös heterogener Raum ist und hier von lediglich zwei Ländern, Tunesien und Ägypten, vertreten wird. Zweitens die Interviews nicht vor Ort aufgezeichnet werden konnten, sondern per skype geführt wurden, auch wenn die InterviewpartnerInnen mit diesem Medium sehr vertraut sind und dies die Studie nicht all zu sehr beeinflussen sollte. Drittens, dass die Studie nicht quantitativ repräsentativ sein kann, sondern vielmehr einen Einblick in gelebte Beispiele der InterviewpartnerInnen geben kann. Und viertens, dass es zur Zeit der Erhebung der Daten (Juli/ August/ September 2013), in Tunesien und vor allem in Ägypten zu erneuten Demonstrationen und

Aufständen kam, welche sich diesmal gegen die gewählten Regierungen richteten. Dies beeinflusste den Forschungsverlauf maßgeblich, da zwei InterviewpartnerInnen auf Grund der politischen Situation nicht mehr in der Lage waren das vereinbarte Interview zu führen.

5.4 Auswertung der Daten

Die Auswertung der Daten präsentiert die inhaltlichen Ergebnisse der Studie und erfolgt nach der qualitativen Inhaltsanalyse bei Mayring. Diese Form der Auswertung ist im ersten Schritt eine zusammenfassende Inhaltsanalyse. Analysiert werden die Daten dahingehend, als dass die Forscherin bereits eine Auswahl des Datenmaterials trifft und dieses dann einzelnen Kategorien zuordnet (vgl. Kapitel 5.2.2 *Auswertungsmethode – Qualitative Inhaltsanalyse*). Die eigentliche Interpretation und Abstraktion der Daten erfolgt in einem eigenen Schritt unter Kapitel 5.5 *Ergebnis der Forschung und Hypothesenüberprüfung*.

5.4.1 Kategorie A – Motive und Motivation des Aktivismus

Unter diesem Kapitel werden die verschiedenen Motive für eine aktive Teilnahme an den demokratischen Transformationsprozessen dargestellt und gezeigt, wo sich die jeweiligen Motive auch überschneiden können. Die Befragten legen ihre Sicht auf (demokratische) Transformationsprozesse im Allgemeinen und in ihrer jeweiligen geographischen Region dar. Die verschiedenen Motive, sich allgemein in der Gesellschaft zu engagieren, sind hierbei genauso interessant wie die persönliche Motivation, sich explizit für das Cultural Innovators Network zu bewerben und somit Teil der Transformationspartnerschaft zwischen Deutschland und Tunesien/ Ägypten zu werden.

5.4.1.1 Persönliche Sicht auf den (demokratischen) Transformationsprozess

„Demokratie ist ja an und für sich das *gobierno de todos*, oder wo alle ein Mitspracherecht haben“ (B1: 82-83), sagt die europäische Aktivistin **B1** und bezieht sich dabei nicht auf eine Definition aus dem Schulbuch, sondern auf ihre langjährige Erfahrung (seit 2006) im Bereich der intermediterranen Projektarbeit. Der Demokratisierungsprozess in den Arabischen Ländern hingegen ist für den Ägyptisch-Deutschen **B2** ein „Prozess der Identitätsbildung, der persönlichen Auseinandersetzung mit der Staatspolitik also mit der nationalen Politik, aber auch Besinnung auf eigene Politik, auf persönliche Politik“ (B2: 788-791). In sozialen und politischen Transformationsprozessen sieht der ägyptische Journalist und Politikwissenschaftler **B3** keine

Neuheit und nimmt dabei Bezug auf die Geschichte, wenn er sagt: „It's not a new story, we can say it's an old story since long time (B3: 964); when you read about any revolution in the history, the french revolution, the russian revolution, the american, the british, we find that they took a lot of time to make the goals of revolution, like liberty, equality, social justice. So I think, this period of transition it will take time“ (B3: 975-978). Für den tunesischen Aktivisten **B4** ist Transformation bisher eine Revolte: „A revolt of all Tunisians and after that it was taken and manipulated by powerfull people, so that's why it's not already a revolution“ (B4: 1266-1268). Für die deutsche Jugendreferentin und Aktivistin **B5** ist demokratische Transformation ein Veränderungsprozess, der durch Bürgerinnen und Bürger aktiv herbeigeführt und konstant gelebt wird (B5: 1604-1607). In Tunesien sieht die Aktivistin **B6** noch keine vollständige demokratische Transformation herbeigeführt (B6 1722), trotzdem hat sie eine Vision von einer möglichen demokratischen Veränderung: „In my view, I mean a democratic transformation is a transformation, the smoothest transformation, where the state institutions are transparent and strong. When I say strong it means no lobbies can dominate the judicial system, no lobby can domain the media section“ (B6: 1724-1725). Gleichzeitig sei die Einbeziehung der vielfältigen tunesischen Gesellschaft der Garant für eine stabile Demokratie, in der „no one is excluded from the political scene“ (B6: 1723-1725), so die Tunesierin.

Vor allem in Ägypten und Tunesien sehen die AktivistInnen einige Probleme im Bezug auf die Entwicklung von demokratischen Ansätzen, wie die Ausübung der Staatsgewalt, freie Wahlen und freie Meinungsäußerung. So glaubt der ägyptische Journalist mit Abschluss in Politikwissenschaften **B3** persönlich nicht an die Demokratie als Staatsform: „I don't believe in democracy“ (B3: 997). „For me I believe in anarchism“ (B3: 999). Seine eigene Erfahrung macht deutlich warum er so denkt: „Because the anarchists are not supporting the authority, they are not supporting the power, the people in power, we have a concrete problem with the people in power“ (B3: 1000-1002). Demokratie betrachte er als einen Prozess, der in Ländern wie Amerika oder England Jahrhunderte gedauert habe, bis eine stabile Demokratie errichtet wurde. Dabei wurde auch experimentiert, es wurden Fehler gemacht und die Demokratie wurde Schritt für Schritt aufgebaut (B3: 1004). In seinem Land Ägypten sieht er auch aufgrund des Mangels an politischer Bildung ein Defizit für die demokratische Praxis: „when you come to Egypt or go to Tunesia, you will find, for example, when you go to the elections for the parliamentary elections or presidential elections. They just know, that this guy is a good guy he is praying and he has a good beard and he looks good. So just tell me the symbol of this guy, because I don't know how to read and I don't know how to write, just tell me his symbol is a camel and I will give my voice to the camel“ (B3: 1011-1016). „So we have, you can say a

lack of civic or civil education“ und aufgrund dieses Mangels an politischer Bildung, sieht er auch für die demokratische Praxis in seinem Land ein Defizit (B3: 1017). **B4** spricht aus seiner Erfahrung in Tunesien von weiteren Problemen im Bezug auf die finanzielle Förderung für eine demokratische Transformation: „When it comes to work for democratic transition work, in this field it is really manipulated and it's easily to get funds, you just say I have project on citizenship to teach people about citizenship or anything in relation with the political you can get too much money, I know even many lawyers in Tunisia, adult lawyers, many people that stop their jobs and are doing voluntary work because they can have a lot of money, but the essential work with acts on opening the minds, the cultural work, I think it's the most important, you struggle to get funds for a project for example, that's the contrast, that's the problem“ (B4: 1502-1508), so der Gründer einer Studentenorganisation in Sousse. Für einen offenen Meinungs Austausch sieht **B4** kaum eine Chance, denn er sieht den Demokratisierungsprozess in seinem Land nicht auf der rein politischen Ebene, sondern vermischt mit religiösen Inhalten. Die öffentliche Meinung wird von *Ennahda* dahingehend beeinflusst, dass wer am Ende nicht an *Ennahda* glaubt, auch nicht an Gott glaube (B4: 1561-1562).

Für die Probleme im Hinblick auf eine demokratische Transformation in den jeweiligen Regionen und Ländern können laut der Befragten verschiedene Ansätze zur Lösung dieser verfolgt werden. Die **Bildung** der BürgerInnen ist hierbei für die Mehrheit der Befragten das höchste Gut auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft. Ein Mitspracherecht für alle BürgerInnen sieht die Vernetzerin aus Berlin **B1** nur im Zusammenhang mit flächendeckender Bildung für Alle: „Ich glaube ohne Bildung und ohne Zugang zu Bildung geht das nicht“ (B1: 84). Auch für **B3** liegt die Lösung für Ägypten in einer aktiven Bildungsarbeit. Um eine stabile Demokratie zu errichten, sei Bildung das Mittel zum Zweck. „From early stages of education, the primary schools should teach your children how to accept the other“ (B3: 1021). Eine Lösung sei also, das Verständnis dafür zu entwickeln, dass wir alle verschieden sind. „Respect the concept of the other, respect his opinion or her opinion“ (B3: 1024). „Then by the time the democratic customs or practices will apply to the kids [...] being adult they will know how to make a democratic system“ (B3: 1025-1027). Denn ein demokratisches System basiere auf Werten und staatliche Institutionen müssten nicht nur von Menschenrechten reden, sondern diese auch in der Praxis umsetzen (B3: 1043-1045).

Auch der tunesische Student **B4** ist der Meinung, die angesprochenen Probleme seien vor allem in der mangelnden Bildung des Großteils der Bevölkerung begründet, da sie schlecht informiert seien und eben jene Parteien, wie die Partei Ben Ali's und die *Ennahda*, unterstützen (B4: 1563-1564). Deshalb sieht **B4** auch die einzige Möglichkeit in einer zweiten Revolution,

in der auch das Ennahda-Regime gestürzt wird und „we can be heard, so we can correct and we can build“ (B4: 1569-1570).

Neben der demokratischen Bildung spielt laut dem ägyptischen Journalisten **B3** (vgl. geschichtliche Vergleiche B3: 1004) und der deutschen Jugendreferentin **B5** die zeitliche Komponente eine geringe Rolle bei der Errichtung von demokratischen Strukturen. Denn dieser Prozess könne mehrere Jahre dauern und auch in schon bestehenden Demokratien durch Engagement aktiv gelebt werden (B5: 1604-1607).

Die erwähnte Vielfalt der tunesischen Gesellschaft muss laut der tunesischen Aktivistin und Gründerin zweier NGOs **B6** unbedingt in den Prozess einer Demokratisierung eingegliedert werden. „Even those who took part for I mean took part for the former regime, we can not exclude because they are part of Tunisian society, if we want to exclude them we will be leading ourselves into a civil war“ (B6: 1728-1731).

Neben der Einbindung der großen gesellschaftlichen AkteurInnen, sollte die Veränderung der Gesellschaft laut **B3** auch im Kleinen gesucht und umgesetzt werden (B3: 1146).

In der transnationalen Zusammenarbeit der Länder des Umbruchs sieht der Projektkoordinator aus Berlin bzw. Kairo **B2** einen Demokratisierungsansatz, denn „durch moderne Technologien, dadurch dass Leute viel schneller und viel enger an Ereignissen teilhaben können oder auch an Prozessen, die wirklich global sind und Transformationsprozessen halt nicht nur in Arabischen Ländern sondern sehe auch die Notwendigkeit vor Ort den Blick auf das Transnationale, sag ich jetzt mal zu schärfen. Und das ist für mich genauso nen Teil des Transformationsprozesses, wie Bildungsprozesse in Ägypten, wie Bewässerungsprojekte in Tunesien, wie akademische Austauschprojekte und so weiter“ (B2: 829-834).

5.4.1.2 Motive für gesellschaftliches Engagement

Die Gründe, warum sich die befragten Personen in diesem Transformationsprozess aktiv beteiligen möchten, waren vor allem persönlicher Natur. Teilweise gaben sie auch an, wie sie dies allgemein gestalten wollen.

B1, B2, B3 und **B6** gaben an, aus einer persönlichen Motivation heraus zu handeln. Die Motivation sich zu engagieren, bezeichnet die Kulturmanagerin aus Berlin **B1** als ein persönliches Anliegen mit multiply-effect (B1: 288), weil sie davon überzeugt ist, dass viele Leute auf der Suche sind und politisch aktiv sein wollen (B1: 292-293) und die Theorie in die Praxis umsetzen wollen (B1: 307-309). Auch **B3**, der ägyptische Journalist und Filmemacher gab an, dass die Gründe, sich für eine Veränderung einsetzen zu wollen, nicht von außen kämen: „Not

THAT call from society, [...] maybe it's something personal, I found I want to add something, I want to be an added value to the society“ (B3: 1137-1140). Die tunesische Aktivistin **B6** bezeichnete das Engagement sogar als „personal fulfillment, I mean it was a personal satisfaction, a kind of personal achievement“ (B6: 1681-1682).

Für einige Befragte (**B2**, **B3**, **B4**), war die Revolution die einzige Zukunftsperspektive, die sie für sich selbst und ihr Land sahen.

Sein Heimatland Ägypten schien dem in Berlin lebenden Graphikdesigner **B2** ein Land ohne Zukunft und Perspektiven für junge Menschen zu sein, erst die Revolution 2011 sorgte für eine Veränderung in seiner Wahrnehmung und einen Blick auf die Potentiale in der Gesellschaft; genauer, „ne Rücknahme von Verantwortung auf Seiten des Bürgers auf Themen wie wirklich Basispolitik, auf den Einfluss von kultureller Bildung aus auch soziokulturellen Prozessen im Land“ (B2: 424-425). Ähnlich sah auch **B3** die Situation in Ägypten, wenn er sagt: „I was always asking myself, if there is no revolution in I will not stay in this country, there will be, there must be a revolution to purify this country“ (B3: 970-971). **B6** war der Ansicht, dass in Tunesien, „once the revolution came it was obvious, that it's the right time to do something for our countries (B6: 1675). Während **B2**, **B3** und **B6** von Beginn an für die Revolution in Ägypten und Tunesien waren, war für den tunesischen Ingenieurwissenschaftsstudent **B4** Anfangs gegen die Revolte der BürgerInnen in Tunesien, weil er der Meinung war, dass „we don't have a real plan for the change, how to substitute Ben Ali“ (B4: 1278). Der Austausch mit FreundInnen und Familie brachte ihm verschiedene Standpunkte näher, der Auslöser jedoch für die aktive Teilnahme an der Revolution war die Gewalt, welche von der Polizei gegenüber der Demonstranten ausging. „The police killed, started killing the people, like protesters going to street peacefully but the police were killing them, so I changed my point of view and I was gone on the streets on 14th and 15th January“ (B4: 1282-1284).

Neben der Revolution als ausschlaggebenden Grund, nannten die InterviewpartnerInnen weitere Motive, sich innerhalb der Gesellschaft zu engagieren. Für **B2** ist seine deutsch-ägyptische Biographie ein persönliches Motiv, um zwischen Ägypten und Deutschland „Brücken zu schlagen“ (B2: 432-434). Die Motivation liegt darin, verschiedene Ideen zu vereinen, Sichtweisen und Ideen aus den verschiedenen Gesellschaften aufzunehmen und zu verknüpfen (B2: 637-638). Wie dies geschehen soll, zeigt er durch seine zahlreichen Projekte mit *springlessons*³⁸. Für die 29-jährige Englischlehrerin aus Gabés in Tunesien **B6** ist die Möglichkeit der

38 „Spring Lessons / دروس الربيع“ is an international initiative, network and platform for socio-cultural projects and artistic research focusing on the current developments in the

freien Meinungsäußerung das ausschlaggebende Moment. „My personal drive, first of all in being part of the change, revolution, in that part in Tunisia was mainly that thrive into freedom, freedom of expression“ (B6: 1666-1667). „In Tunisia in the past few decades with the former regime we were not allowed to speak freely to engage in our communities freely“ (B6: 1668-1670). Sich beispielsweise mit Tunesien zu vergleichen, ist für den Ägypter **B3** ein Motiv seines internationalen Engagements. „I'm interested what is happening in Tunis because we are so close countries and we, you can say, that we have the same contradicts so it's very important to understand what's happening there, what's happening here and trying to compare“ (B3: 1078-1080). Ebenfalls ein transnationales Motiv, ist jenes der tunesischen Aktivistin **B6**. Denn die Motivation eine eigene NGO für Kinder und Jugendliche zu gründen, war die Revolution in Tunesien aber auch die blutige Revolution in Libyen, welche zu zahlreichen libanesischen Flüchtlingen in ihrer Heimatstadt Gabés geführt hatte (B6: 1701-1708).

5.4.1.3 Motivation für die Teilnahme am Cultural Innovators Network

Teilweise kam die Aufforderung von außen, durch verschiedene Instanzen auf die Teilnehmenden zu, darüber hinaus nennen einige auch persönliche Gründe für die Teilnahme am CIN.

So erhielt **B1** durch ArbeitskollegInnen die Information zu CIN, welche ihr aufgrund ihrer Erfahrung zur Teilnahme rieten (B1: 39-40). Auch **B2** wurde „CIN über diverse Kanäle empfohlen bzw. der Aufruf zugeschickt“ (B2: 444-445). Der tunesische Student **B4** erfuhr von CIN durch einen Verein, in dem er aktiv war. „It was because my association was in the *Anna Lindh Network* and that's why I got the call, I got the invitation“ (B4: 1333-1335). Die junge Englischlehrerin aus Gabés **B6** hatte auf einer *facebook*-Seite für zivilgesellschaftliche AktivistInnen davon erfahren und sich kurzfristig beworben (B6: 1697).

Die persönliche Motivation für die Teilnahme und Bewerbung für das Cultural Innovators Network war vor Allem der **Austausch mit anderen AktivistInnen** (B1: 41-48 und B4: 1348), denn CIN verschaffe den Leuten/ AktivistInnen Gehör, die schon seit Jahren im Kleinen tätig sind. „Es bringt sie auf einer globalen Ebene zusammen und gibt ihnen die Möglichkeit sich auf einer größeren Ebene zu präsentieren“ (B1: 107-108). **B2**, in Berlin und Kairo aktiv, wollte seine Erfahrungen mit Leuten aus Tunesien austauschen (B2: 499) und auch der junge Journalist aus Kairo **B3** hatte sich beworben, um seine Erfahrungen in einem interkultu-

MENA region.“ (Springlessons 2014: Introduction. In: <http://springlessons.org/> [Zugang: 02.01.2014])

rellen Dialog auszutauschen. „With CIN I found that a cultural network like CIN would be good, because it combines between different nationalities and different backgrounds in different fields like arts, politics, media, social entrepreneurship“ (B3: 979-981). Hier hob er positiv hervor, dass „arab countries and european mediterranean countries that show also some ways of mobilisation, like Spain, Italy, Greece, England, all these countries in europe they went in the streets against the governments and their voices were heard, so it was really to make something like cooperation between these countries and these cultures to make something together and proof that we don't have these differences and we can make something together“ (B3: 981-086). Außerdem bot eine Teilnahme die Aussicht auf neue Kontakte mit Personen, die sich in diesem Bereich engagieren (B1: 106 und B2: 498). Letztendlich waren es aber auch neue Impulse für die Fortsetzung der eignen Arbeit, wie **B2** hierzu sagte: „CIN war für mich ne Erweiterung von der Arbeit, die wir sowieso machen“ (B2: 499). Auch **B6** hatte bereits vor ihrer Bewerbung eine eigene NGO gegründet und wollte diese Arbeit weiter fortsetzen (B6: 1697-1698). **B4** hingegen war neu in diesem Gebiet und interessiert, Neues zu Lernen, bzw. zu sehen wie Freiwilligenarbeit funktioniert und wie diese Arbeit in anderen Ländern umgesetzt wird. Außerdem war das Interesse an den angebotenen Workshops groß, denn dazu gehörte auch ein „leadership training“ (B4: 1348). Für die Berufstätige **B5** war das CIN „die Chance, wieder selbst Teilnehmerin und Gestalterin im internationalen Kontext zu werden (B5: 1594-1595).

Zu den Bewerberkriterien von Seiten des Goethe Instituts erklärt die Expertin **E7**, dass bei der Auswahl wichtig war, dass die Person im gesellschaftlichen Bereich aktiv sei, über ein eigenes Netzwerk verfüge und die Fähigkeit habe, das internationale CIN-Projekt zu verbreiten (E7: 1904-1907). „Wichtig für uns war eben, dass diese Person den Schneeballeffekt, also das verbreiten kann in mehrere Richtungen“ (E7: 1928-1929). Versickt wurden die Einladungen „an viele viele viele Organisationen, Stiftungen, Vereine, Gruppen“ (E7: 1910-1911). „Das waren zivilgesellschaftliche Institutionen oder Zusammenschlüsse von Jugendlichen, die noch nicht institutionell arbeiten aber aktiv im Feld, Medien, Politik und Kultur sind“ (E7: 1922-1923). Die Bewerbung lief in der ersten Runde über das Goethe Institut Alexandria, dann wurden die möglichen KandidatInnen an die Länderbüros ihres Heimatlandes weitergeleitet und dort zum persönlichen Interview eingeladen (E7: 1912-1915).

5.4.2 **Kategorie B – Formen der zivilgesellschaftlichen Partizipation**

Die verschiedenen Formen der Freiwilligenarbeit und der Partizipation am gesellschaftlichen Transformationsprozess spiegeln sich sowohl in den einzelnen Projekten, welche gezielt aus

dem Cultural Innovators Network entstanden sind, als auch in anderen Tätigkeiten der InterviewpartnerInnen wieder.

5.4.2.1 CIN-Projekte

Die CIN-Projekte wurden während des ersten Forums in Istanbul von allen TeilnehmerInnen ausgewählt und innerhalb des letzten Jahres 2013 umgesetzt. Auch wenn im Fragebogen nicht direkt nach den Projekten aus dem CIN-Forum gefragt wurde, wurden diese oft als Beispiele für die eigene Herangehensweise im Transformationsprozess genannt. So gab **B1** an, bei ihrem Projekt *Artivists4Change* in Zusammenarbeit mit AktivistInnen aus Jordanien, Berlin und Zypern eine Datenbank „über verschiedene künstlerische Formen, die eine politische *message* haben können“ (B1: 160-161) aufzubauen. „Also das Prinzip des Projekts ist es, dass in Revolution und Ländern, wo gerade eine Transformation statt findet, dass sehr viele nicht wissen, dass sie ihre politische Meinung auch auf eine kreative Art ausdrücken können“ (B1: 162-164) und, „dass es auch einen Weg gibt eben kreativ und friedlich seine politische soziale Meinung auszudrücken“ (B1: 165-166). Die Datenbank sammelt diese Formen des Aktivismus und sortiert dann nach Art, Land und Charakteristik. **B2** war mit *spinglessons* schon vor dem CIN-Forum sehr in verschiedene Formen der Projektarbeit in Berlin und Kairo eingebunden. Durch den Austausch sind in Kooperation mit anderen CIN-TeilnehmerInnen jedoch auch neue Projekte entstanden, zum Beispiel *Demystifying Prejudice*, bei welchem er die Projektleitung inne hat (B2: 500-509). Hierbei handelt es sich um ein sogenanntes *citizen-journalists* Projekt wo grass route activists als Journalisten arbeiten (B2: 545-548). **B4** hat mit dem Projekt *reshaping landscapes* ein lokales Stadtentwicklungsprojekt in seiner Heimatstadt Sousse initiiert, welches ebenfalls von den anderen CIN-TeilnehmerInnen für die Förderung ausgewählt wurde (B4: 1356-1357). Mit ihrem CIN-Projekt *Equal for Equal*³⁹ steht für die deutsche Aktivistin **B5** das Thema Geschlechtergerechtigkeit im Fokus. Auf einer Homepage werden persönliche Geschichten von Frauen veröffentlicht, die erlebte Geschlechterungleichheit weltweit konkret erfahrbar machen. Dieser Ansatz solle deutlich machen, welche unterschiedlichen Formen von Geschlechterungleichheit es weltweit gibt und welche unterschiedlichen 'Gesichter' diese Problematik hat (B5: 1614-1618). Auch dieses geförderte Projekt ist eine Zusammenarbeit mit CIN-TeilnehmerInnen aus anderen Ländern. In Tunesien unterstützt **B6** mit ihrem Projekt der *citizenship academy* die Zusammenarbeit von jungen Menschen ohne NGO Hintergrund. Dabei geht es um Projekte wie „trainings in communication, public

39 Zweisprachige Homepage: deutsch und arabisch (vgl. <http://equalforequal.org/vision/> [Zugang: 02.11.2013])

speaking, conflict management, importance of voting, how to vote, how to encourage people to vote etc.“ (B6: 1818-1819).

Die Expertin des Goethe Instituts bezeichnet das CIN-Projekt als das Projekt, welches die oben genannten Projekte vernetzt bzw. die physische Plattform gibt, um diese zu realisieren. Die Initiative des CIN Projekts ging, so **E7**, vom Goethe Institut in Alexandria aus. Dort wurde das Projekt geschaffen und die Kriterien für jenes Projekt festgelegt (E7: 1902-1903). Jedoch seien vorab die anderen Länderbüros des Nahen Ostens und Nordafrikas kontaktiert, um Meinungen und Ideen zu diesem neuen Projekt auszutauschen (E7: 1935-1936). Das Netzwerk bietet aus Sicht der Organisatorin den TeilnehmerInnen verschiedene Formen der gesellschaftlichen Partizipation, denn die Gestaltungsmacht der ersten 120 ausgewählten Teilnehmerinnen aus den verschiedensten Ländern Nordafrikas, des Nahen Ostens und Europas sei von Anfang an Teil des Konzepts gewesen. Während der sogenannten *Learning Journeys* hätte sich bereits eine Kerngruppe von CIN-TeilnehmerInnen mit der inhaltlichen Vorbereitung des großen CIN-Forums in Istanbul beschäftigt, so **E7** (E7: 1945-1947). Während der Woche in Istanbul wurden 20 Projekte von den TeilnehmerInnen ausgewählt, welche sie in internationaler Zusammenarbeit realisieren wollen (E7: 1957-1958). Außerdem wurden auch eine Gruppe von VertreterInnen gewählt, die von diesem Zeitpunkt an die finanziellen und organisatorischen Aufgaben übernehmen sollten, darunter fiel auch die Konzeption und Planung des zweiten Forums 2013 in Tunesien (E7: 1959-1966). „Danach hat sich das Goethe Institut Alexandria eigentlich ein bisschen auf die Seite gestellt und wollte, dass dieses Rad sich jetzt von alleine dreht, dass die weiteren Foren und die weitere Zukunft von diesem Projekt von den Teilnehmern selbst erstellt wird, geplant wird“ (E7: 1948-1950).

5.4.2.2 Weitere Projekte und Tätigkeiten

Die Kulturmanagerin **B1** hat bereits vier Jahre in Italien in einem künstlerischem Projekt für Intermediterrane Politik gearbeitet, bevor sie sich entschied, Teil des Cultural Innovators Networks zu werden (B1: 24-30). Der Hauptgedanke bei dieser Art von Tätigkeit war vorwiegend, „dass Kunst und Kultur Schlüssel sind, um Menschen eine aktivere Rolle in der Gesellschaft auch an politischen Prozessen teilzunehmen“ (B1: 55-56). Als Beispiel nennt sie die Zusammenarbeit mit einem Künstlerkollektiv in Alexandrien/ Ägypten, die schon vor über 10 Jahren in einem Dorf eine eigene Demokratie aufgestellt haben, „abseits von Regierungen und was das Militär will und was die Europäische Union will“ (B1: 90-92) und mit allgemeinem Entscheidungsrecht für Frauen und Männer (B1: 93-94). Der Hauptideator von *springlessons* möchte mit seinem Projekt, - welches sich der Dokumentation soziokultureller Prozesse des

Arabischen Frühlings verpflichtet hat und daraus künstlerische Projekte und Kollaborationen mit Einrichtungen in Berlin und Kairo plant und durchführt (B2: 461-475) - „einen durch Kultur geschärften kritischen Blick auf Vorgänge zu denen man sonst keinen Zugang hätte“ (B2: 477-478) aufzeigen. „Die globalen Prozesse, die vom arabischen Frühling losgetreten worden sind zu verfolgen“ (B2: 489-490) ist das letztendliche Ziel von Projektkoordinator **B2** und auch der Journalist **B3** sieht sein größtes Engagement darin, die Revolution zu dokumentieren, Fotos zu machen und Videos zu drehen um dieses Ereignisse für andere Menschen zugänglich zu machen (B3: 1058-1059). Dazu gehören auch Dokumentationen für Al Jazeera während der Jahre 2011 und 2012 (B3: 1064). „At the same time, besides working as a journalist, I'm trying to work as, you can say an activist. But actually this word now in Egypt has a bad meaning“ (B3: 1067), „I'm trying to raise the awareness of the people regarding what is happening in the country now“ (B3: 1070-1071). Ein Vorhaben, welches er als keinen leichten Prozess bezeichnet, da die Menschen Vorurteile und Überzeugungen hätten, die lange Zeit bräuchten um sich zu verändern (B3: 1071-1075). Nachdem Ben Ali Tunesien endgültig verlassen hatte, haben verschiedene Leute von **B4s** Universität Versammlungen abgehalten, „to have our rights and to talk to the, to the administrations and administrators of our school“ (B4: 1286-1288). „We weren't used to that“, aber er nahm an den Versammlungen teil und brachte die Idee ein, einen eigenen Verein oder eine eigene Organisation zu gründen (B4: 1289-1291). „Many people were really engaged, we were doing like five events each week, cultural events, we tried to be engineers to always innovate in actions and small projects to people“ (B4: 1302-1304). Das internationale Engagement der letzten Jahre von **B5** sah so aus, dass sie deutsche Jugendliche über internationale Freiwilligendienste, wie *Weltwärts*, *Kulturweit* oder den *Europäischen Freiwilligendienst* informiert hat und für ihren Einsatz vorbereitet hat (B5: 1589-1591). „Hauptzielgruppe bei der Bildungsarbeit sind Jugendliche. Sie für demokratische Werte zu sensibilisieren und durch eigene Projekte als MultiplikatorInnen zu aktivieren“ (B5: 1637-1639) war ihr Ansporn. Die erste NGO von **B6**, die *association la voix de l'enfant*, sollte Flüchtlingskindern und - Jugendlichen aus dem Nachbarland Libyen eine Stimme geben (B6: 1700). Mit dem Projekt *My destiny in my Hands* bezieht sich B6 auf Frauen aus dem ländlichen Bereich Tunesiens (B6: 1787) und *CVO – Organisation Volonté et Citoyenneté*, stärkt die lokale Community in Gabes mit Workshops zum Thema Menschenrechte, „empowering young people in human rights values“ (B6: 1763), zum Beispiel wie die Verletzung von Menschenrechten erkannt und Bericht darüber erstattet werden kann, oder durch Workshops zur Fotodokumentation und Workshops in denen junge Menschen zu WahlbeobachterInnen ausgebildet werden. Es wurden bereits 100 Personen ausgebildet und dank eines

MultiplikatorInnensystems zur Weitergabe des Trainings zählt die Organisation mittlerweile bereits 300 Personen zu demokratischen WahlbeobachterInnen (B6: 1763-1769).

5.4.3 Kategorie C – Netzwerke

Die Frage nach dem Netzwerk der AktivistInnen dient der Netzwerkanalyse, welche die persönlichen und professionellen Kontakte aus dem Umfeld der Befragten näher betrachtet. Dazu wurde nach den ProjektpartnerInnen, den Geldgeberinstitutionen aber auch nach den sozialen Kontakten, die relevant für ihre Arbeit sind, gefragt.

Hierin erwiesen sich persönliche Kontakte als wesentlicher Bestandteil der eigenen Netzwerke und für die Arbeit und Projektentwicklung der InterviewpartnerInnen.

„Jeder von uns hat ein sehr großes eigenes Netzwerk schon von vorher“, so **B1** (B1: 211-212). Auch **B2** gibt an, Vieles über seine persönlichen Kontakte zu initiieren (B2: 542), die sich vor allem über die beiden Länder Deutschland und Ägypten erstrecken. Für **B3** stellt auch das persönliche Netzwerk die Basis seiner Arbeit dar, denn er bemerkt im Interview: „till now I'm working through my personal network“ (B3: 1087). Genauso arbeiten **B5**, deren Netzwerk aus persönlichen Kontakten besteht (B5: 1620) und **B4**, dessen erste Kontakte aus dem nahen persönlichen Umfeld stammten: „I was lucky I had a friend that started an association before, that was like the unique association in Tunisia“ (B4: 1294). Durch Freunde bekam er Starthilfe, die erste NGO zu gründen und so begann **B4** innerhalb seines Freundeskreises (innerhalb der Universität) zivilgesellschaftliche Projekte ins Leben zu rufen (B4: 1296-1298). „We had 200 members and I was crazy how to manage them“ (B4: 1300).

Die Arbeit der AktivistInnen geschieht in enger Kooperation mit lokalen ProjektpartnerInnen. Auf lokaler Ebene arbeitet die europäische Aktivistin **B1** in Kooperation mit dem *Festival for Performance* in Thessaloniki (B1: 175-176) mit ProjektpartnerInnen vor Ort in Griechenland (B1: 267-268). Am öffentlichen Schlussevent nehme auch der Bürgermeister von Thessaloniki teil (B1: 275), auch wenn keine staatliche Förderung von griechischer Seite aus für das Projekt vorgesehen sei. Für das citizen-journalists Projekt *Demystifying Prejudices* arbeitet der deutsch-ägyptische Aktivist **B2** mit lokal agierenden Privatpersonen zusammen, die alle eine Institution, wie Deutsche Welle, Tahir-Lounge oder arte, im Hintergrund haben (B2: 555-557). Auch das Goethe Institut sei ein Partner von Vielen (B2: 579). Während der Partner in Berlin das Aufbautheater vor Ort ist (B2: 656), werden in Ägypten bereits bestehende Netzwerke, wie das der Robert Bosch Kulturmanager genutzt um die eigene Projektreichweite auszuweiten (B2: 584- 585). Die Kollaborationspartner von **B3** seien vor allem NGOs (B3:

1084), wie die in Menschenrechten spezialisierte NGO 'Egyptian democratic academy' (B3: 1094-1097). Für den Tunesier **B4** gab der Direktor der Universität Starthilfe bei der Umsetzung der ersten Projekte: „the director of the school joined us and helped us, even with a little money“ (B4: 1305) und für die deutsche Aktivistin **B5** ist eine wichtige Projektpartnerin die Landesvereinigung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V. (B5: 1620-1622). Die Tunesierin **B6** baut ihr Netzwerk durch die verschiedenen Workshop-PartnerInnen aus, denn hier arbeiten sie jedes Mal wieder mit neuen Leuten zusammen und weiten so ihr Netzwerk stetig aus (B6: 1757-1759).

Finanzielle Unterstützung erfahren die InterviewpartnerInnen durch verschiedene Vereine und Organisationen, an die sie aktiv herantreten und in aufwändigen Antragsverfahren bei einem positiven Beschluss von Seiten der Organisation finanziell gefördert werden. Denn neben den 20 Projekten, welche von den TeilnehmerInnen während des Forums in Istanbul ausgewählt wurden und welche in der Folge durch das Goethe Institut finanziell unterstützt wurden, wenden sich die InterviewpartnerInnen an verschiedene Einrichtungen, wenn es um die Finanzierung ihrer Projekte geht.

Die überwiegend europäischen Geldgeber sind im Fall von **B1** die *European Cultural Foundation* als Hauptsponsor des Projekts *Artivists4Change* (B1: 169) und das *Youth in Action* Austauschprogramm der EU (B1: 191). **B4** gibt an, dass das *Goethe Institut* ein wichtiger Partner für neue Projekte sei (B4: 1375) und **B6** nennt die *European Play Association* als einen ihrer Sponsoren. Darüber hinaus werden ihre Projekte von *Yalla Yalla*, einer transnationalen Organisation von Arabern in Deutschland (B6: 1861) und internationalen Agenturen unterstützt (B6: 1837). Die *Middle East Partnership Initiative*, stellt als amerikanischer Sponsor (B6: 1842) mit der saudischen *Foundation for the Future* eine weitere Kooperation dar (B6: 1848-1849).

Eine regelmäßige staatliche Unterstützung erfahren die AktivistInnen nicht in ihrer Projektarbeit. Keine/r der InterviewpartnerInnen erhält eine finanzielle Unterstützung von ihrem/ seinem Heimatstaat, obwohl in der Regel die Projekte für die lokale Bevölkerung ausgelegt sind. Der Grund für B3 liegt im mangelnden Vertrauen in die ägyptischen staatlichen Institutionen (B3: 1036-1037). Für **B5** spielt der deutsche Staat zwar dahingehend eine unterstützende Rolle, indem er ihr ermöglicht ihre Meinung frei zu äußern (B5: 1627), finanziell wird ihre Arbeit aber nicht staatlich finanziert. **B6** hält grundsätzlich nichts von einer Unterstützung durch Gelder des tunesischen Staates, da dieser keine freie Meinungsäußerung zulassen würde (B6: 1837). **B4** setzt eine staatliche Förderung mit einer Zusammenarbeit mit der tunesischen Ennahda Partei gleich und sieht darin keine ernst zunehmende Möglichkeit. Da helfe nur, gegen

die regierende Partei Ennahda zu demonstrieren. „I was each day going to demonstrate with a lot of people, each day in Sousse for example 4000 or 6000 people are demonstrating“, denn sie würden der Jugend nicht vertrauen. Sie würden zwar behaupten, dass die Jugend die Revolution gemacht habe, aber für politische Ämter sähen sie ein Mindestalter von 35 Jahren vor und da sei man ja nicht mehr jugendlich, so der tunesische Student (B4: 1547-1550).

Laut der Expertin **E7** werden immer lokale NGOs vor Ort mit eingeschaltet, damit die Projekte auch wirklich Erfolg haben, das ist eine Arbeitsweise, die die Goethe Institute in ihrer eigenen Arbeit täglich verfolgen und die auch für die jungen AktivistInnen von Vorteil sein soll (E7 2000-2001). Denn gerade im zivilgesellschaftlichen Bereich sind Projekte nicht an die bilateralen Beziehungen gebunden, sondern erstrecken sich oft über mehrere Länder (E7: 2015-2017).

5.4.4 Kategorie D – Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Engagements

Ohne, dass explizit im Fragebogen danach gefragt wurde, lassen sich einige Aussagen aus den Interviews herauslesen, die einen Hinweis auf den Wirkungskreis der Arbeit der AktivistInnen zulassen.

Als „alten Werbemenschen“ sei für den Graphikdesigner **B2** schnell der Gedanke gekommen: Das „is ne wunderbare Gelegenheit um der Marke Araber ein neues Gesicht zu verpassen, um das mal ganz blöd zu sagen“ (B2: 693-695). Vor allem geht es **B2** aber darum, im Kleinen etwas zu bewirken und durch „partizipative Formate den Leuten die Augen öffnen, man kann natürlich auch am größeren nationalen Prozess teilhaben aber auch wirklich auf ner sehr kleinen Ebene in seinem Umfeld etwas bewirken und daran teilhaben, dann ist damit auch sehr viel ich mein es geht mir seltener darum auf der, also wirklich auf der Staatsebene was zu bewirken, weil ich bin nicht Größenwahnsinnig“ (B2: 791-796). Und auch **B3**, gab an: „so I started working and I was not seeking for raising the awareness of 90 million of Egypt“ (B3: 1137-1140). Anstatt die Massen zu erreichen oder zu beeinflussen, sehen sich die InterviewpartnerInnen **B5**, **B1**, **B2**, **B6** und **B3** vielmehr als MultiplikatorInnen von demokratischem Engagement. Für B1 basierte schon die Motivation für ihre Arbeit auf dem Wunsch, mit ihrer Arbeit einen MultiplikatorInneneffekt auszulösen (B1: 288): „Ich seh' da wie so Seifenblasen, die sich dann weiter verdoppeln“ (B1: 295). Ein Bild, welches **B2** umsetzt, indem er Impulse setzt, die über die Veranstaltung hinaus Wirkung zeigen, indem sie in der Diskussion oder in Folgeveranstaltungen anderer Akteure wieder aufgenommen und erwähnt werden (B2: 643-647). „Ich arbeite persönlich lieber im kleineren Rahmen und öffne über einen Zeitraum ge-

zielt mehr Augen, das dann natürlich in den größeren Rahmen einfließt und durch diesen kleinen Rahmen auch weiter transportiert wird (B2: 811-814). B3 bemerkt: „Most of us are very centralised in their own countries and they know little about the other countries“ (B3: 1114-1115), sodass er nach seiner Grundausbildung in den Politikwissenschaften das Gefühl hatte, an diesem Zustand etwas ändern zu wollen. „I started to think now I want to participate by teaching and by being like instructor or trainer“ (B3: 1119-1120). Da er immer an Medienangelegenheiten interessiert war, begann er junge StudentInnen über die Verbindung zwischen den Medien und der Politik zu unterrichten (B3: 1127-1128). Ein Ziel, das auch die Jugendreferentin **B5** sich in ihrer Arbeit, sich als Multiplikatorin für ein demokratisches Denken zu engagieren, vorgenommen hat und umsetzt, indem sie deutschen Jugendlichen die Möglichkeit einer Auslandserfahrung und einem geöffneten Weltverständnis gibt (B5: 1592-1593). Junge Menschen zu inspirieren und ihnen einen Anstoß für demokratische Mitgestaltung am öffentlichen Leben zu geben, bezeichnen **B6**, **B3** und **B2** als die größte Wirkung ihres eigenen Engagements. „The main objective is to influence young people and make them be part of the change, make them or foster, let's say foster their civic participation“ (B6: 1775-1776). CIN sei dafür eine geeignete Plattform, um die Erfahrungen in den verschiedenen Bereichen der 'Transformationsarbeit' auszutauschen, denn „mit diesem 'Arabischen Frühling' hat sich da etwas, also die Steine haben angefangen zu wackeln und viele junge Aktivisten versuchen an diesem Prozess teilzunehmen mit Erfolg, ohne Erfolg und das ist eigentlich ein Weg diese Aktivisten nicht nur in ihrer eignen Region sondern auch überregionaleren Blicke zu erweitern und dabei lernt man auch selber was“ (E7: 2052-2056).

5.4.5 Kategorie E – Einschätzung über die Rolle der Europäischen Union im Transformationsprozess und die Transformationspartnerschaft

Abschließend werden in der Auswertung der Daten die persönlichen Einschätzungen über die Rolle der Europäischen Union im Transformationsprozess aufgeführt.

Im Bezug auf die EU macht **B3**, der Politikwissenschaften in Kairo studierte und auch heute als Lektor der Uni verbunden geblieben ist, eine Unterscheidung zwischen der politischen und der kulturellen bzw. zivilgesellschaftlichen Ebene. Die politische Ebene zwischen der EU und Ägypten interessiere ihn nicht, dort würde er sich auch nicht sehen, da er nicht für einen Staat arbeite. Vielmehr erachte er den kulturellen Austausch als wichtig. Hier begegneten sich die Länder auf Augenhöhe und er sehe sich als einer von vielen Akteuren in diesem großen Netzwerk, die voneinander lernen möchten und die im zivilgesellschaftlichen Bereich eine wahre Partnerschaft leben (B3: 1181-1188). Als Beispiel für seine Haltung gegenüber Europa nennt

er ein Erlebnis mit dem britischen Vizeministerpräsidenten, welcher den jungen ägyptischen Aktivisten bei einem Besuch in London seine „Hilfe“ anbot, „we told him >sorry Mr * we don't need your support, we don't need your help, you can say partnership, of course you are a great country but our country is also great, so don't tell us that you are superior and we are always in the low position and want to help us and give us money. No we don't like this and we don't need this<. So it is a difference between the political level and the social level“ (B3: 1193-1201). **B1** sieht hingegen in dieser Partnerschaft die positiven Aspekte wie, „dass diese Transformationspartnerschaft auch gut ist weil sie bereits bestehende Initiativen stärker fördert und stärker an die Öffentlichkeit bringt“ (B1: 109-112), auch wenn dadurch nicht unbedingt etwas Neues entstehen würde, da es in der Gesellschaft schon bestehende Ansätze sind, die gefördert werden (B1: 116-118). Auch wenn keine neuen Ideen gefördert werden, würden trotzdem neue AkteurInnen durch die Transformationspartnerschaft auf die Bühne geholt, denn „früher da hast du wirklich immer die gleiche ja muslimische Frau kennengelernt, die nicht religiös ist, die ewig super oft in Europa war, die alle kennt und dort habe ich zum ersten Mal Mädchen in meinem Alter kennengelernt, die zwar das Gleiche machen aber auf einer ganz anderen Ebene und trotzdem irgendwie das Gleiche machen. Das war für mich wahnsinnig faszinierend“ (B1: 131-135). Für die tunesische Aktivistin **B6** liegt die Rolle der europäischen Länder grundsätzlich in ihrer Vorbildfunktion für freie Willensäußerung, denn „being, let me say, being an intellectual, young intellectual woman and being as an english student that time, I mean we have always compared ourselves or our countries to the european governance or to the european countries and the american one, so we were aspiring to live in an environment where you can speak freely without being caught by the police or being fired from your job“ (B6: 1675-1680).

Neben den wertorientierten Auffassungen der Rolle der EU im Transformationsprozess ist es der finanzielle Aspekt welcher von den InterviewpartnerInnen angesprochen wurde. Der Äußerung von **B1**, „was auch die Leute aus Ägypten ganz klar gesagt haben, die haben gesagt, >du finden wir ganz toll die Transformationspartnerschaft das heißt wir kriegen öfter Geld oder Unterstützung und können mehr Sachen machen<“ (B1: 109), setzt **B4** entgegen, „in civil society in Tunisia we get too much fundings and this fundings I'm giving money without controlling without seeing what's happening“ (B4: 1329-1332). Seine Erfahrung mit der Transformationspartnerschaft ist: „before I had the workers and I had the work but I hadn't money, after I had money but hadn't the workers“ (B4: 1467-1468). „In Tunisia it's delicate because we are like beginners in civil society work, because before 2011 we couldn't do voluntary work, we couldn't had associations because it was political so can't have them talk and do

what we want but after 2011 everybody want this but not in the best way, we don't try to learn how to work before doing voluntary work“ (B4: 1489-1492).

Im Bezug auf das CIN-Projekt der Transformationspartnerschaft stehe das Goethe Institut derzeit noch unterstützend⁴⁰ zur Seite aber es werde versucht, so die Expertin, dass „das CIN-Projekt einen eigenen Körper bekommt und von den Leuten, die Teilnehmer sind, gesteuert wird“ (E7: 1977-1978).

5.5 Ergebnis der Forschung und Hypothesenüberprüfung

Die Darstellung der Ergebnisse der Forschung wird durch eine systematische Überprüfung der Hypothesen anhand der theoretischen und empirischen Teile dieser Arbeit vorgenommen.

Um diesen Vorgang übersichtlicher zu gestalten, wurde dafür eine eigene Darstellung, in Form einer tabellarischen Gegenüberstellung, der miteinander zu verbindenden Teile im Bezug auf die verschiedenen Hypothesen entworfen (vgl. folgende *Abbildung 3: Übersicht der Hypothesenüberprüfung aus theoretischem und empirischem Teil der Arbeit (Eigene Darstellung der Verfasserin)*, S. 74).

⁴⁰ Die Unterstützung beläuft sich auf die Zahlung von Flugreisen, Honoraren für ReferentInnen, wenn dafür ein Antrag gestellt wird (E7: 1992-1994)

THEORIE (Kapitel)	Hypothesen	EMPIRIE (Kategorien)
2.2 Protestbewegung von 2011 in der Region 2.3 Die Akteure: Arabische Jugend und Politik 4.1.4 Transformationspartnerschaft 2011 – ein Abkommen	(a) Durch die Transformationspartnerschaft wird demokratische Partizipation junger BürgerInnen gefördert	(A) Motive und Motivation des Aktivismus + (B) Formen der zivilgesellschaftlichen Partizipation
2.2 Protestbewegung von 2011 in der Region 3 Die Gesellschaftliche Transformation bei Antonio Gramsci 4.3 Die TP im Rahmen eines kulturellen Dialogs zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie am Beispiel Tunesiens und Ägyptens	(b) Die Transformationspartnerschaft führt zum Entstehen „neuer“ politischer Subjekte innerhalb der Partnerschaft, welche sich einer Idee, die den Interessen einer breiten Bevölkerungsmasse entspricht, als zugehörig definieren	(A) Motive und Motivation des Aktivismus + (D) Auswirkungen des gesellschaftlichen Engagements
2.3 Die Akteure: Arabische Jugend und Politik	(c) Junge AktivistInnen können als Katalysatoren von Transformation gesehen werden. Das persönliche Netzwerk ersetzt die fehlende institutionelle Unterstützung junger Menschen in ihrer Arbeit	(C) Netzwerk + (D) Auswirkungen des gesellschaftlichen Engagements
4.1 Die TP im Rahmen der Nachbarschaftspolitik der EU seit 1995 4.2.1 Ansätze der Internationalen Entwicklungsforschung 4.2.3 Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Kontext globaler Entwicklungspolitik	(d) Die Europäische Union trägt durch ihre Nachbarschaftspolitik, nach einem klassischen Modell der Entwicklungszusammenarbeit, zur Bildung einer demokratisch gebildeten Klasse bei	(E) Einschätzungen über die Rolle der Europäischen Union im Transformationsprozess
1 – 4	(e) Die TeilnehmerInnen an den Projekten der Transformationspartnerschaft können nach A. Gramscis Theorie als „organische Intellektuelle“ bezeichnet werden	(A) – (E)
	↓ Beantwortung der Forschungsfrage	

Abbildung 3: Übersicht der Hypothesenüberprüfung aus theoretischem und empirischem Teil der Arbeit (Eigene Darstellung der Verfasserin)

(a) Durch die Transformationspartnerschaft wird demokratische Partizipation junger BürgerInnen gefördert.

Zur Überprüfung der Hypothese werden die politischen Ansprüche der Transformationspartnerschaft wie sie in Kapitel 4 *Die Transformationspartnerschaft – ein Handwerkszeug* behandelt wurden, mit den empirischen Ergebnissen der Auswertung der Kapitel 5.4.1 *Kategorie A – Motive und Motivation des Aktivismus* und Kapitel 5.4.2 *Kategorie B – Formen der zivilgesellschaftlichen Partizipation* verglichen.

Im Rechtsakt vom 8. Mai 2011 (KOM(2011)200) mit dem Titel „Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und Gemeinsamen Wohlstand“, stellt die EU ihre Unterstützung des demokratischen Transformationsprozesses vor und steckt gleichzeitig den politischen Rahmen für die Transformationspartnerschaft zwischen Deutschland und Tunesien/ Ägypten ab (vgl. Kapitel 4.1.4 S. 32). Die Hypothese (a) kann dahingehend bestätigt werden, als dass die Förderung von demokratischer Partizipation junger BürgerInnen in den offiziellen Dokumenten (vgl. die drei Säulen der Partnerschaft: Kapitel 4.1.4) zu finden ist. Eine Verifizierung dieser Ziele ist auch im Hinblick auf die Empirie möglich, denn die Transformationspartnerschaft (TP) fördert durch ein Projekt wie CIN sowohl eine demokratische Partizipation der ausgewählten Mitglieder, als auch durch die Folgeprojekte, die Partizipation von Dritten in den Wirkungskreisen der CIN-Mitglieder. CIN bietet eine Plattform für demokratische Arbeit und fördert diese explizit durch die internationale Austauschmöglichkeiten der TeilnehmerInnen (vgl. *Kategorie A – Motive und Motivation des Aktivismus*). Trotzdem kann die Transformationspartnerschaft nicht als Auslöser für demokratische Partizipation junger Menschen im Allgemeinen und der TeilnehmerInnen an der Transformationspartnerschaft im Speziellen gesehen werden. Denn aus dem Länderbericht zu Tunesien 2012 des Bertelsmann Transformation Index geht hervor, dass von 1956-2011 in Tunesien jegliche zivilgesellschaftliche Organisation verboten war und erst nach 2011 Zugeständnisse an die BürgerInnen zur demokratischen Partizipationsmöglichkeit gemacht wurden (vgl. Kapitel 2.2, S. 11). Es zeigt sich also, dass nicht die TP, sondern die Revolution in Tunesien zum ersten Mal die Möglichkeit der demokratischen Teilnahme am gesellschaftlichen Leben möglich gemacht hat. Auch wenn die InterviewpartnerInnen noch keine vollständige demokratische Transformation in Tunesien und Ägypten sehen, war aus persönlicher Sicht der Befragten die Revolution die einzige Zukunftsperspektive, die sie für eine demokratische Teilhabe in ihren Ländern sahen (vgl. B2, B3, B4, B6 Kategorie (A), Kapitel 5.4.1.2, S. 61). Die Transformationspartnerschaft kann also nur in Folge der Revolution einen Demokratisierungsprozess auf der zivilgesellschaftli-

chen Ebene fördern. Eine große Bereitschaft der jungen Menschen, sich national und international für Mitspracherechte einzusetzen, zeigte bereits die Studie des amerikanischen National Democratic Instituts (NDI) in Kapitel 2.3 (S. 15). Auch die Auswertung dieser hier vorliegenden Studie hat dies bestätigt indem sie gezeigt hat, dass das persönliche Engagement für demokratische Partizipation schon vor dem Ausrufen der TP existierte. Die Motive für eine Bewerbung für das Cultural Innovators Network machen deutlich, dass vor der Teilnahme an der TP bereits ein großes Engagement im demokratischen Austausch und Projektentwicklung bestand und die InterviewpartnerInnen bereits über ein persönliches Netzwerk aktiv waren (vgl. Kategorie (A), Kapitel 5.4.1.2, S. 61. Verbunden mit der Auswertungskategorie (B), welche allgemein die zivilgesellschaftliche Partizipation der Befragten behandelt, zeigt sich, dass alle von ihnen entweder an einer Teilnahme am Aufbau oder am Erhalt des demokratischen Prozesses in ihrem Heimatland und international interessiert sind. Die Hypothese (a) wird also dahingehend mit Ja beantwortet werden, als dass die verschiedenen Formen der zivilgesellschaftlichen Partizipation, wie sie unter der Kategorie (B) aufgeführt werden, einen explizit demokratischen Ansatz verfolgen. Die Projekte, welche während des CIN-Forums ausgewählt und entwickelt wurden, sind Projekte der Transformationspartnerschaft und fördern somit durch ihren Multiplikatoreffekt die Partizipation der ProjektteilnehmerInnen (vgl. Kategorie (B), Kapitel 5.4.2.1 *CIN-Projekte*). Der Demokratiebegriff wird im Rahmen des CIN-Projekts auf alle gesellschaftlichen Bereiche, wie „Medien“, Kunst“, und „Soziales“ ausgeweitet und kann deshalb als zivilgesellschaftliche Partizipationsmöglichkeit gesehen werden. Auf politischer Ebene spielt die TP bzw. CIN keine direkte Rolle, es wird nicht in die Parteipolitik etc. eingegriffen und auch die finanziellen Unterstützungen allein stellen keine Förderung von demokratischer Partizipation dar (vgl. Kategorie (E) Kapitel 5.4.5, S. 71). Die demokratische Partizipation junger BürgerInnen wird also durch die Transformationspartnerschaft gefördert, löst dabei jedoch keine neue Form der Partizipation aus. Die Möglichkeit der zivilgesellschaftlichen Partizipation wird laut InterviewpartnerInnen vielmehr als das Ergebnis der Revolution gewertet. Die AktivistInnen waren jedoch schon vor der Revolution international vernetzt und an demokratischer Partizipation interessiert und nehmen nun ihre Chance wahr und engagieren sich auch im Rahmen der Transformationspartnerschaft.

(b) Die Transformationspartnerschaft führt zum Entstehen „neuer“ politischer Subjekte innerhalb der Partnerschaft, welche sich einer Idee, die den Interessen einer breiten Bevölkerungsmasse entspricht, als zugehörig definieren.

Die Überprüfung der Hypothese (b) ist ein wichtiger Punkt für eine letztendliche Beantwortung der Forschungsfrage nach den jungen AktivistInnen als „organische Intellektuelle“ bei Antonio Gramsci. Hier wird die Verbindung zwischen der Transformationspartnerschaft als politisches Handwerkszeug aus der Theorie (vgl. Kapitel 4.3), den Motiven der AktivistInnen für ihr Engagement und dessen Auswirkungen in der Empirie (vgl. *Kategorie A – Motive und Motivation des Aktivismus* und *Kategorie D – Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Engagements*) hergestellt.

Ob die Transformationspartnerschaft zum Entstehen „neuer“ politischer Subjekte führt, ist nicht eindeutig beantwortbar. Mit Pace/ Cavatorta 2013, (vgl. Kapitel 2.2, S. 11) kann die Frage ob die Umbrüche in der Region zum Entstehen „neuer“ politischer Subjekte geführt hat mit Ja beantwortet werden, da sie durch eine tiefere Analyse der sozialen Transformationsmechanismen aufzeigen, wie diese im Zuge der Aufstände in der Region an Bedeutung gewonnen und letztlich sogar zu neuen sozialen Akteuren geführt haben. Die empirische Studie unterstützt diese Auffassung, denn unter Kategorie (A), wird die persönliche Sicht auf den (demokratischen) Transformationsprozess und die eigene Interpretation des Prozesses durch die AktivistInnen deutlich, welche diesen als einen Prozess der persönlichen Auseinandersetzung mit einer Staatspolitik beschreiben (vgl. Kapitel 5.4.1.1 *Persönliche Sicht auf den (demokratischen) Transformationsprozess*, S. 58). Die persönliche Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle und die Möglichkeit, sich in Projekten wie CIN mit Gleichgesinnten auszutauschen (vgl. Kapitel 5.4.1.3 *Motivation für die Teilnahme am Cultural Innovators Network*, S. 63) können als Anhaltspunkte gesehen werden, hier von „neuen“ politischen Subjekten zu sprechen. Die „neuen Subjekte“ können also als transnationale Subjekte, welche in ihrer spezifischen Tätigkeit des Sich-Vernetzens und in ihrer Mobilität durch die Transformationspartnerschaft unterstützt werden, bezeichnet werden (vgl. Kapitel 5.4.1.1, S. 58). Ihre Entstehung kann jedoch nicht allein auf die TP zurückgeführt werden. Auch ist ihr Aktivismus an sich keine Neuheit, da sich die InterviewpartnerInnen bereits vor ihrer Teilnahme an der TP international für demokratische Rechte eingesetzt hatten (vgl. Kategorie (A)) und doch wurde in Kapitel 4.3 *Die TP im Rahmen eines kulturellen Dialogs zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie am Beispiel Tunesiens und Ägyptens* gezeigt, dass der grenzüberschreitende Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene einen immer größer werdenden Einflussfaktor auf Transformations- und Entwicklungsprozesse darstellt, denn die Bürgerbewegungen und sozialen AktivistInnen seien „neue Vermittlungsstellen zwischen lokalem und globalem Wissen, sie artikulieren neue Bedürfnisse und Forderungen auf die Demokratien Antwort finden müssen.“ (Benhabib 2008, Kapitel 4.3, S. 45)

Die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten und freier Meinungsäußerung entsprechen den oben genannten Kriterien der „neuen“ transnationalen Akteure, für welche sich die AktivistInnen, von der Occupy Wall Street Bewegung, bis hin zu den tunesischen und ägyptischen Aufständen, gegenseitig ihre Solidarität bekunden (vgl. Kapitel 4.3, S. 45f).

Um zu „prüfen, ob eine konkrete philosophische, wissenschaftliche, ästhetische, künstlerische, politische usw. Äußerung den Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe oder eines Ensembles von sozialen Gruppen in besonderem Maße entgegenkommt“ (Bochmann 2001: 47), werden die TeilnehmerInnen an der TP direkt zu diesem Punkt befragt. Die empirische Überprüfung dieses Aspekts zeigt unter Kategorie (A) die persönlichen Motive des Aktivismus und es wird deutlich, dass die Gründe für eine aktive Teilnahme am Prozess der gesellschaftlichen Transformation persönlicher Natur sind (vgl. Kapitel 5.4.1.2) und nicht primär den Interessen eines Ensembles von sozialen Gruppe als zugehörig zu definieren sind.

Die Hypothese muss also dahingehend negiert werden, als dass es sich bei den Motiven für einen Aktivismus der Befragten nicht um die Repräsentation einer öffentlichen Meinung oder der Meinung einer bestimmten sozialen Gruppe bzw. mehrerer Gruppen handelt, sondern um ein starkes persönliches Motiv, wie zum Beispiel dem Verlangen nach Meinungsfreiheit (vgl. Kategorie A). Die AktivistInnen erfahren eine positive Aufnahme ihrer Projekte durch ihre MitbürgerInnen und damit lässt sich auch ein reges Interesse in der Gesellschaft bestätigen, denn die AktivistInnen sind selbst davon überzeugt, dass viele Menschen auf der Suche nach Ausdrucksmöglichkeiten sind und sich und ihrer Meinung Gehör verschaffen wollen (vgl. B1 in Kapitel 5.4.1.2, S. 61). Die Hypothese wird ebenfalls durch die Ergebnisse der Kategorie D bestätigt. Denn die Auswirkungen der Projekte ziehen einen MultiplikatorInneneffekt mit sich, indem sie interessierten jungen Menschen in ihrem lokalen Umfeld die Möglichkeit der Partizipation und des Ausdrucks verleihen.

Obwohl die Beweggründe der Befragten persönlicher Natur sind (vgl. Kategorie A), und ihr Ziel oder was sie damit bewirken wollen eine „Veränderung im Kleinen“ ist (vgl. Kategorie D), ist die Anteilnahme an den Projekten groß. Das zeigen die TeilnehmerInnenzahlen und die Erfahrung der InterviewpartnerInnen, denn die Menschen wollen sich laut B1 engagieren. B2 arbeitet vorsätzlich für ein breites Publikum, B3 reist außerhalb Kairos in kleiner Städte um Workshops zu halten, B4 hatte bereits 200 Mitglieder am Gründungstag seines Vereins, B5 erreicht durch ihrer Arbeit zahlreiche freiwillige junge Menschen, die sich für ein internationales Praktikum im sozialen Bereich engagieren wollen und B6 hat mit ihrer NGO in Tunesien bereits 300 WahlbeobachterInnen ausgebildet (vgl. Kapitel 5.4.4 *Kategorie D – Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Engagements*, S. 70).

(c) *Junge AktivistInnen können als KatalysatorInnen von Transformation gesehen werden. Das persönliche Netzwerk ist hierbei ausschlaggebend. Das persönliche Netzwerk ersetzt die fehlende institutionelle Unterstützung junger Menschen in ihrer Arbeit.*

Um zu überprüfen, ob die jungen AktivistInnen als KatalysatorInnen von gesellschaftlicher Transformation gesehen werden können, wird zuerst einmal der Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Engagement der AktivistInnen, dessen Auswirkungen (*Kategorie D – Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Engagements*) und dem Netzwerk (*Kategorie C – Netzwerke*), in dem sie agieren, hergestellt. Der bereits erwähnte MultiplikatorInneneffekt innerhalb dieses Netzwerkes spielt dabei eine bedeutende Rolle.

Bezogen auf die allgemeine Rolle der jungen AkteurInnen im Transformationsprozess liefert das Kapitel 2.3 (S. 15) dieser Arbeit nützliche Hinweise. Denn wie in der Einleitung erwähnt, werden die Umbrüche, weitgehend den arabischen Jugendlichen zugeschrieben. Die Narration des Arabischen Frühlings bezeichnet sogar den Selbstmord des jungen arbeitslosen Universitätsabgängers in einer Kleinstadt in Tunesien als Auslöser und Katalysator für die Veränderungen einer ganzen Region. Die junge Generation gilt weithin als die Verliererin der ökonomischen Entwicklungen in ihren Heimatländern und nun auch als diejenige, welche die Revolution ausgelöst und getragen hat (vgl. Kapitel 2.3, S. 15). Dass diese Generation etwas bewegen und auch verändern kann, zeigt die empirische Studie. Die Hypothese der jungen AktivistInnen als KatalysatorInnen von Transformation kann verifiziert werden, da in *Kategorie D – Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Engagements* deutlich hervorkommt, dass ihr Engagement einen Wirkungskreis hat und durch einen MultiplikatorInneneffekt eine Auswirkung über ihr persönliches Umfeld hinaus hat.

Während der tunesischen und ägyptischen Aufstände haben Jugendbewegungen nicht nur untereinander kommuniziert und sich gegenseitig unterstützt, sondern sich auch mit anderen demokratisch-zivilgesellschaftlichen Bewegungen international vernetzt. Diese Vernetzung ist nicht nur das Resultat der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, sondern auch eine persönliche Erfahrung, die durch Migration und länderübergreifende Mobilität verstärkt werden kann (vgl. Kapitel 2.3, S. 15). Ob das persönliche Netzwerk oder ein professionelles, wie das der Transformationspartnerschaft in der Funktion als KatalysatorInnen ausschlaggebend ist, darüber kann die qualitative Netzwerkanalyse der jungen AktivistInnen unter *Kategorie C – Netzwerke* Auskunft geben. Hierbei wurde deutlich, dass die Befragten bereits vor der Teilnahme an der TP über ein eigenes Netzwerk verfügten und aus diesem

schöpften, um neue Initiativen zu starten (vgl. Kapitel 5.4.3, S. 68). Die Hypothese (c) kann also dahingehend verifiziert werden, als dass sich die befragten Personen für neue Projekte mit ihrem persönlichen Netzwerk, also den privaten Kontakten in ihrem nahen Umfeld besprechen. Das persönliche Netzwerk ersetzt die fehlende institutionelle Unterstützung junger AktivistInnen bei ihrer Arbeit, zumindest wenn man von staatlichen Institutionen ausgeht, welche in Tunesien und Ägypten kein Vertrauen der Befragten genießen (vgl. Kapitel 5.4.3, S. 65). Doch muss die Hypothese falsifiziert werden, wenn hingegen von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen aus dem Bereich Medien, Kultur, Kunst etc. ausgegangen wird. Denn die ProjektpartnerInnen, wie das Goethe Instituts oder die European Cultural Foundation, mit denen die AktivistInnen zusammenarbeiten, beinhalten wiederum weitere Netzwerke, Stiftungen und Vereine und auch lokale Kooperationspartner, mit denen zwar das persönliche Netzwerk nicht ersetzt aber eindeutig ergänzt wird (vgl. Auswertung *Kategorie C – Netzwerke*).

Auch wenn die InterviewpartnerInnen angeben, Transformation im Kleinen anzustreben (vgl. B3/B2 Kapitel 5.4.4 (S. 70) ohne dabei die Massen zu bewegen, zielen ihre Projekte und ihr Engagement trotzdem darauf ab, durch partizipative Formate den Horizont für die jeweils andere Kultur (Deutschland-Ägypten) zu öffnen (B2), das Bewusstsein für den Zusammenhang von Politik und Medien von Mitmenschen zu erwecken (B5) und zu inspirieren (B5). Denn alle Befragten sehen sich als MultiplikatorInnen für demokratisches Gedankengut und werden auch von der Expertin E7 so eingeschätzt (*Kategorie D – Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Engagements*). Die Hypothese ist auch deshalb im Bezug auf den MultiplikatorInnen-effekt der TeilnehmerInnen an der Transformationspartnerschaft so eindeutig zu bejahen, da die TeilnehmerInnen, so die E7, auch nach diesem Kriterium ausgesucht wurden. Und zwar ob sie in der Lage sind durch ihr Netzwerk, demokratisches Gedankengut und zivilgesellschaftlichen Aktivismus zu verbreiten (vgl. Kriterien für Teilnahme am CIN: E7, Kapitel 5.4.1.3, S. 63f). Dabei soll dieses Kriterium nicht das tatsächliche Engagement der InterviewpartnerInnen schmälern, sondern nur als Hinweis darauf verstanden werden, dass neben dem persönlichen Netzwerk auch die Unterstützung durch Institutionen wie das Goethe Institut zu ihrer Rolle als Katalysatoren beitragen. Abschließend können die jungen AktivistInnen also aufgrund ihres persönlichen Netzwerkes und ihres Engagement als KatalysatorInnen von Transformation bezeichnet werden. Die empirische Forschung in dieser Arbeit hat aber auch gezeigt, dass die EU/ Deutschland/ das GI gezielt mit diesen AktivistInnen zusammenarbeitet.

(d) *Die Europäische Union trägt durch ihre Nachbarschaftspolitik, nach einem klassischen Modell der Entwicklungszusammenarbeit, zur Bildung einer demokratisch gebildeten Klasse bei.*

Zur Überprüfung dieser Hypothese wurde bereits in Kapitel 4.2.3 *Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Kontext globaler Entwicklungspolitik* eine Verbindung zwischen der Nachbarschaftspolitik der EU und den Interessen von Entwicklungszusammenarbeit (EZA) hergestellt. Von empirischer Seite dient die *Kategorie E – Einschätzung über die Rolle der Europäischen Union im Transformationsprozess und die Transformationspartnerschaft* der Verifizierung bzw. Falsifizierung von Hypothese (d).

Die Transformationspartnerschaft lässt sich seit 2011 im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik verorten und stellt eine Auswahl von Beschlüssen und Abkommen dar, welche Rückschlüsse auf die Absichten und Ziele der europäischen Mittelmeerpolitik zulassen (vgl. Kapitel 4.1, S. 29 und insbesondere Kapitel 4.1.2, S. 31). Die Tatsache, dass die Hilfeleistungen an Bedingungen, auch wenn diese Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bedeuten, geknüpft ist, ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass man im Bezug auf die Transformationspartnerschaft von Entwicklungszusammenarbeit sprechen kann (vgl. Kapitel 4.2.3, S. 43). Die politische Strategie der Demokratisierung dient den Zielen der Nachbarschaftspolitik der EU und wird von einigen AutorInnen in Zusammenhang gebracht mit Entwicklungspolitik und den darin verborgenen Herrschaftsmomenten, um Demokratie als normatives Modell in Ländern des globalen Südens zu adaptieren (vgl. Kapitel 4.2.1, S. 37). Maßnahmen, welche – aus Sicht der Internationalen Politischen Ökonomie bei Bieling – in der Entwicklung der Weltordnungs- und Globalisierungspolitik Europas, weniger ein Korrektiv des marktliberalen Globalisierungsprozesses, als eine treibende Kraft Europas darstellen (vgl. Kapitel 4.2.2, S. 41).

Aus dem empirischen Datenmaterial der *Kategorie E – Einschätzung über die Rolle der Europäischen Union im Transformationsprozess und die Transformationspartnerschaft* geht hervor, dass weder eine eindeutige Verifizierung noch eine eindeutige Falsifizierung der Hypothese vorgenommen werden kann. Denn die InterviewpartnerInnen machen eine Unterscheidung zwischen der politischen und der sozialen/ kulturellen Ebene (vgl. Kategorie E, S. 67). So wird deutlich, dass laut B3 die Europäische Union auf der politischen Ebene durch ihre „Hilfe“, welche im Beispiel B3s von Großbritannien an die jungen ägyptischen PolitikstudentInnen herangetragen wird, im Transformationsprozess eine Art Hilfe leistet, die von den AktivistInnen als Hilfe von oben herab und nicht als Partnerschaft wahrgenommen wird. Auch B1 erkennt eine Diskrepanz zwischen der „Hilfe“ auf dem politischen und dem zivilgesell-

schaftlichen Level, welche nicht die selben Ziele verfolgen. Trotzdem sehen die Befragten die Transformationspartnerschaft auf dem kulturellen/ zivilgesellschaftlichen Level als einen Austausch auf Augenhöhe an. Auf dieser Ebene würden sie sich wie gleichberechtigte PartnerInnen treffen und es käme zu einem fruchtbaren Austausch von Erfahrungen und Wissen. Dies sei auch der einzige Ort an dem politische Schlagwörter wie „Partizipation“, „Demokratisierung“ und „Transformation“ auf eine Handlungsebene gebracht werden könnten (vgl. Kapitel 5.4.5). Hier setzt die Transformationspartnerschaft mit den zivilgesellschaftlichen Bildungs- Mobilitäts- und Austauschprogrammen, wie sie unter Kapitel 4.1.4.1 und 4.1.4.2 sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Ebene näher erläutert werden, an. Wenn man sich allein auf die Inhalte und Ziele der Transformationspartnerschaft beruft, kann die Annahme, dass es sich bei der TP um die Förderung einer demokratisch gebildeten Klasse handelt, bestätigt werden. Trotzdem hat die empirische Studie gezeigt, dass junge Menschen aus allen Ländern der Transformationspartnerschaft entweder bereits darauf gewartet haben, ihre Meinung frei zu äußern, oder mit Nachdruck dafür arbeiten, diese Möglichkeit aufrecht zu erhalten, was darauf hinweist, dass eine demokratische Klasse bereits vor der TP existiert hat.

(e) Die TeilnehmerInnen an den Projekten der Transformationspartnerschaft können nach A. Gramscis Theorie als „organische“ Intellektuelle bezeichnet werden.

Den InterviewpartnerInnen der empirischen Studie, die alle TeilnehmerInnen des CIN sind und somit TeilnehmerInnen an den Projekten der Transformationspartnerschaft sind, wurden Fragen zu ihrer Arbeit als AktivistInnen im Transformationsprozess der südlichen Mittelmeerregion gestellt. Aus den Antworten des offenen Leitfadengesprächs lassen sich einige Hinweise für eine Funktionsanalyse, basierend auf den Ergebnissen der theoretischen Aufarbeitung des Intellektuellenbegriffs bei Gramsci, finden.

Wie zu Beginn der Arbeit erwähnt, ist die Ausgangsbasis für die Überprüfung der Hypothese (e), die These von Antonio Gramsci: „[a]lle Menschen sind Intellektuelle [...] aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen“ (GH: 1500).

Im theoretischen Teil (vgl. Kapitel 3) wurde dargelegt, dass „organische“ Intellektuelle nur im Bezug auf eine nach Macht strebende Klasse gebildet werden, um innerhalb der Gesellschaft um eine Vormachtstellung zu kämpfen. Wie durch die Hypothesenüberprüfung (a) – (d) gezeigt wurde, stellt die Europäischen Union im Hinblick auf die Transformationspartnerschaft und auf das Ziel einer Demokratisierung der südlichen Mittelmeerregion, die hypothetische Bezugsmacht der AktivistInnen dar.

Ob die jungen AktivistInnen nun als „organische Intellektuelle“ bezeichnet werden können, hängt nach Gramsci davon ab, welche Funktion sie innerhalb der Gesellschaft ausüben. Dabei werden die Funktionskriterien aus Kapitel 3.4.1 von organischen Intellektuellen in der Gesellschaft mit den Ergebnissen aus den *Kategorie A – Motive und Motivation des Aktivismus* und *Kategorie D – Die Auswirkungen des gesellschaftlichen Engagements* verglichen.

Im Gegensatz zu den traditionellen Intellektuellen greifen die organischen, sich verändernden, Intellektuellen also eine vorherrschende Meinung in der Gesellschaft auf und können somit letztlich eine Veränderung der Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft oder des integralen Staates erzielen. Ihre freie Meinungsäußerung wird dabei als die wichtigste Voraussetzung dieser Handlung angesehen. Auch die interviewten AktivistInnen sehen in dem Wunsch nach freier Meinungsäußerung ihr Motiv für ihren Aktivismus (vgl. *Kategorie A – Motive und Motivation des Aktivismus*). Doch wie durch die Überprüfung der Hypothese (b) deutlich wurde, greifen sie dabei nicht vorsätzlich eine vorherrschende Meinung in der Gesellschaft auf, auch wenn die rege Teilnahme an ihren Projekten ein Interesse einer größeren gesellschaftlichen Gruppe widerspiegelt. Ob dadurch die Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft oder des integralen Staates verändert werden können, zeigt eine Funktionsanalyse (vgl. Kapitel 3.4.2) der TeilnehmerInnen innerhalb der Transformationspartnerschaft.

Eine Veränderung der Machtverhältnisse innerhalb einer Gesellschaft zu bewirken bzw. eine **Konsolidierung von Macht durch Konsens zu organisieren** wird mit Gramsci unter anderem der kulturellen Vorherrschaft einer Klasse, die versucht einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen, zugeschrieben. Dass zwischen den TeilnehmerInnen des CIN-Projektes und der Europäischen Union bzw. den ausführenden zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, wie das Goethe Institut, der DAAD oder das IFA (vgl. Kapitel 4.1.4.2, S. 35), ein Konsens über demokratische Prinzipien herrscht, zeigt die Übereinstimmung der Ziele der Transformationspartnerschaft mit den Zielen der AktivistInnen. Die Kombination aus kritischer Staatstheorie und Hegemonietheorie von Gramsci bei Ulrich Brand (vgl. Kapitel 4.2.2, S. 41) und die Ergebnisse der Überprüfung von Hypothese (d) zeigen jedoch, dass die Bezugsmacht EU auf einer politischen Ebene nicht haltbar ist, sondern allenfalls als zivilgesellschaftliche Bezugsmacht, welche als Vorbild für freie Meinungsäußerung gesehen wird (vgl. Kategorie D), gesehen werden kann.

Eine allgemeine **gesellschaftsbildende Funktion** liegt bei Gramsci darin, eine Vielzahl von Menschen dahingehend zu beeinflussen, dass sie eine neue reale Gegenwart kohärent zu denken vermögen (vgl. Kapitel 3.4.1 *Funktion in der Gesellschaft*, S. 24). Die Kraft dieser gesellschaftsbildenden Funktion liegt im organisierenden Moment, dem **Aspekt der organisieren-**

den Funktion der Intellektuellen. Die InterviewpartnerInnen der hier vorliegenden Studie stellen mit ihrer aktiven Teilnahme an einem Demokratisierungsprozess in ihrem unmittelbaren Umfeld auch ihre organisierende Funktion unter Beweis, da sie aufzeigen, dass sie in der Lage sind, dieses Engagement, mittels ihrer persönlichen und professionellen Netzwerke, auf einen größeren Teil der Gesellschaft auszuweiten (vgl. *Kategorie C – Netzwerke*). Dabei **übernehmen sie sowohl organisatorische als auch kulturelle Aufgaben**, wie die länderübergreifenden Kunst- und Kulturprojekte (vgl. *Kategorie B – Formen der zivilgesellschaftlichen Partizipation*). Im Hinblick auf die **vermittelnde Funktion zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft** von organischen Intellektuellen muss erneut nach der Bezugsmacht gefragt werden. Keine/r der AktivistInnen gab an mit staatlichen Organisation oder Institutionen zusammenzuarbeiten (vgl. *Kategorie C*), daher muss die Hypothese im Bezug auf diese Funktion von organischen Intellektuellen falsifiziert werden. Auf einer ideologischen Ebene kann eine Verifizierung vorgenommen werden, wenn die Europäische Union mit ihrer Nachbarschaftspolitik eine Demokratisierung ihrer Nachbarstaaten anstrebt (vgl. Kapitel 4.2.3 *Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Kontext globaler Entwicklungspolitik*) und hierin auf der zivilgesellschaftlichen Ebene in den TeilnehmerInnen der Transformationspartnerschaft ihre organischen Intellektuellen findet. In diesem Fall käme es, im Bezug auf die vermittelnde Funktion der AktivistInnen, zu einer Dreiecksbeziehung, zwischen diesen selbst, der EU und dem tunesischen bzw. ägyptischen Staat. Die EU würde in dieser Beziehung die 'neuen' zivilgesellschaftliche AkteurInnen in den arabischen Ländern finanziell und logistisch unterstützen und somit wären die AktivistInnen die organischen Intellektuellen dieser nach Macht strebenden Klasse. Dem tunesischen und ägyptischen Regime käme die Rolle der traditionellen Intellektuellen, die es zu überzeugen gilt, um die herrschenden Machtverhältnisse zu verändern, zu. Eine derart einfache Überprüfung der Hypothese (e) vernachlässigt jedoch die eigene Handlungsfähigkeit (*agency*) der AktivistInnen. Zudem sind organische Intellektuelle in ihrer Handlungsautorität eingeschränkt (vgl. Kapitel 3.4.1 *Funktion in der Gesellschaft*). Die organischen Intellektuellen verfügen also dahingehend über wenig Autonomie, als dass ihre Funktionen an die Ideologie einer ganz bestimmten Gesellschaftsklasse gebunden sind und damit auch ihre Aufgaben theoretisch klar definiert sind. An diesem Punkt muss die Hypothese falsifiziert werden und die AktivistInnen können nicht als organischen Intellektuelle bezeichnet werden, da die empirische Studie klar gezeigt hat, dass die TeilnehmerInnen des CIN-Projekts bzw. der Transformationspartnerschaft sich ehrenamtlich für ein Mitspracherecht an einem gesellschaftlichen Prozess einsetzen und sich aus eigener Überzeugung für einen Austausch mit „Gleichgesinnten“ stark machen (vgl. Kapitel 5.4.1 *Kategorie A – Motive und*

Motivation des Aktivismus). Eine weitere Funktion von organischen Intellektuellen sieht Bochmann in ihrer Fähigkeit, ein bestimmtes Gedankengut ihrer Gesellschaft zu verbreiten. Wen die AktivistInnen durch ihre Arbeit erreichen, hat die Netzwerkanalyse gezeigt (vgl. 5.4.3 Kategorie C – Netzwerke).

Beantwortung der Forschungsfrage

Welche Bedeutung hat die Transformationspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern (Tunesien und Ägypten) im Hinblick auf die Rolle junger AktivistInnen in diesem Prozess? Inwieweit kommt es in diesem Transformationsprozess zur Bildung von „organischen Intellektuellen“ nach Antonio Gramsci?

Die Beantwortung der Forschungsfrage basiert auf einer Verbindung zwischen dem aktuellen Thema der Umbrüche in der südlichen Mittelmeerregion (vgl. Kapitel 2, ab S. 11), der Theorie Gramscis (vgl. Kapitel 3, ab S. 17), der Rolle der Europäischen Union im Bezug auf die sozialen Umbrüche in der Region (vgl. Kapitel 4 *Die Transformationspartnerschaft – ein Handwerkszeug*, S. 29) und der Befragung junger AktivistInnen als AkteurInnen dieser Transformation mittels einer qualitativen Studie (vgl. Kapitel 5 ab S. 49).

Aus der Hypothesenüberprüfung geht die EU mit der Rolle als Förderin von demokratischem Gedankengut hervor. Sie ist nicht die Auslöserin von demokratischer Partizipation der jungen AktivistInnen oder von Transformation per se, sondern unterstützt, im Hinblick auf ihre eigenen Ziele (vgl. Kapitel 4), einen Demokratisierungsprozess in der südlichen Mittelmeerregion durch finanzielle, logistische und organisatorische Förderungen.

Aus der Hypothesenüberprüfung geht ferner hervor, dass die InterviewpartnerInnen, stellvertretend für weitere TeilnehmerInnen der Transformationspartnerschaft zwischen Deutschland und Tunesien/ Ägypten, nicht eindeutig als organische Intellektuelle bezeichnet werden können.

Die Rolle der AktivistInnen als organische Intellektuelle konnte auch durch die Hypothesenüberprüfung (e) nicht abschließend beantwortet werden, deshalb bietet es sich an, zum Ausgangspunkt des gramscianischen Konzepts zurückzugehen, in dem Staat und Zivilgesellschaft als 'integraler Staat' eine Einheit bilden. Die zivilgesellschaftlichen AktivistInnen handeln aber vorsätzlich nicht auf staatlicher Ebene, im Gegenteil, sie wollen weder mit ihren eigenen Staaten noch mit den europäischen Staaten auf einer politischen Ebene zusammenarbeiten (vgl. Kategorie C). Das heißt dahingehend können sie nicht als organische Intellektuelle bezeichnet werden, da ihnen die Grundlage, der 'integrale Staat', welcher zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Gestaltungsmacht auf politischer Ebene einräumt, fehlt. Darüber hinaus findet diese demokratische Partizipation auf der sogenannten Mikroebene statt (vgl. Novy 2007 In

Kapitel 4.2.1, S. 37), welche sich nicht anbietet, um mit Hilfe der Bildung von organischen Intellektuellen eine Machtverschiebung auf der Makroebene zu erwägen, da die Utopie der Demokratie darin liegt, dass nicht vorhersehbar ist, wie die Menschen handeln werden und ob sie sich entlang der abgesteckten Strukturen bewegen werden (vgl. Kapitel 4.2.1).

Demokratie in diesem Sinne zu unterstützen hieße, dieser Unvorhersehbarkeit, die der Ausdruck der freien Meinung mit sich bringt, freie Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen und dies scheint der Verfasserin dieser Arbeit wenig kompatibel mit dem klassengebundenen Konzept der *organischen Intellektuellen* nach A. Gramsci und den vertraglich festgehaltenen Zielen der EU innerhalb der Transformationspartnerschaft.

Der Mitherausgeber der Gefängnishefte von Gramsci in deutscher Sprache, K. Bochmann, sagt, dass die Intellektuellen für jede Art von Befreiungsbewegung unverzichtbar seien (vgl. Kapitel 3.4.2 *Funktion im Bezug auf gesellschaftliche Transformation* S. 26) und trotzdem bleibt das Problem der theoretischen Verortung der organischen Intellektuellen als 'Gehilfen' einer nach Macht strebenden Klasse (vgl. Kapitel 3.4.1 *Funktion in der Gesellschaft*, S. 24) und der klaren Aussage der befragten AktivistInnen mit einer politischen Macht nicht kooperieren zu wollen (vgl. 5.4.3 *Kategorie C – Netzwerke* ab S. 68) sondern den einzigen Ausweg für eine derzeitige Veränderung in der Gesellschaft herbeizuführen im soziokulturellen Bereich sehen. In diesem Sinne können die jungen AktivistInnen dieser Studie, auch wenn sie nicht eindeutig als organische Intellektuelle bezeichnet werden können, dennoch als KatalysatorInnen von gesellschaftlicher Transformation gesehen werden.

6 CONCLUSIO

Die Verbindung zwischen einem aktuellen politischen und gesellschaftlichen Ereignis, wie dem des Arabischen Frühlings, einem außenpolitischen Instrument der europäischen Nachbarschaftspolitik, wie dem der Transformationspartnerschaft und einer Theorie zur Handlungsmacht der Zivilgesellschaft innerhalb des Staates, wie der Antonio Gramscis, stellte ein wissenschaftliches Unterfangen dar, welches nach Ansicht der Verfasserin dieser Arbeit, nur durch die Verknüpfung mit einer empirischen Studie möglich gemacht werden konnte. Denn die Tatsache, dass es sich hierbei um ein Thema handelt, welches, im Wandel begriffen ist und in seinem Verlauf unerwartete politische Veränderungen, gerade in Ägypten, mit sich brachte, machte die Verbindung zwischen einer theoretischen und einer empirischen Fragestellung trotzdem zu einem realisierbaren Forschungsprojekt.

Im Bezug auf das in der Einleitung formulierte Erkenntnisinteresse führte die gewählte methodische Herangehensweise zu einem Ergebnis, welches unabhängig von weiteren politischen Veränderungen über jenes historische Ereignis des Arabischen Frühlings hinaus gelten kann und einen weiteren Blickwinkel auf die theoretische Anwendbarkeit der *organischen Intellektuellen* ermöglicht.

Im Zuge der Umbrüche in der südlichen Mittelmeerregion war bereits im einleitenden Teil dieser Arbeit die Rede von den 'neuen' jungen AkteurInnen, die aktive TeilnehmerInnen einer politischen Partnerschaft zwischen zwei Nachbarkontinenten sind.

Das 'Neue' an diesen AkteurInnen sehe ich in erster Linie in der Möglichkeit der BürgerInnen in Tunesien und Ägypten, sich seit den politischen Umbrüchen vernetzen und auf institutioneller Ebene freier organisieren zu können. Erst diese Möglichkeit machte eine Zusammenarbeit zwischen AktivistInnen aus Europa und der südlichen Mittelmeerregion innerhalb der Transformationspartnerschaft denkbar.

Wie sich dieser Umbruch theoretisch nachvollziehen lässt, wurde anhand der Theorie Gramscis in Verbindung mit der Befragung der ausgewählten AkteurInnen erörtert und es wurde gezeigt, inwieweit die Theorie Antonio Gramscis einen Beitrag zur Rolle dieser AkteurInnen leisten kann und wo dessen Grenzen liegen.

Die **Ergebnisse der Arbeit**, wie sie in Kapitel 5.5 *Ergebnis der Forschung und Hypothesenüberprüfung* behandelt wurden, haben zwar zu keiner eindeutigen Beantwortung der Forschungsfrage geführt, dennoch hat die Studie gezeigt, dass der Europäischen Union innerhalb der Transformationspartnerschaft die Rolle der Förderin von Demokratie und den jungen AktivistInnen die Rolle von KatalysatorInnen im Transformationsprozess zukommt.

Erst durch eine Funktionsanalyse der Rolle der jungen AktivistInnen, nach den Kriterien von *organischen Intellektuellen* bei A. Gramsci, war es möglich eine differenziertere Aussage bezüglich der befragten Personen und ihrer Funktion als *organische Intellektuelle*, zu treffen.

Einige Kriterien der Funktion von organischen Intellektuellen konnten im Verlauf der Hypothesenüberprüfung verifiziert werden. Ein Kriterium, welches gegen eine Bezeichnung der InterviewpartnerInnen als organische Intellektuelle spricht, ist das Argument der „politischen Unabhängigkeit“ der Interviewten.

Ein **möglicher Lösungsvorschlag** für diesen Widerspruch ist die theoretische Loslösung der organischen Intellektuellen von ihrer starken Bindung an das Konstrukt des Nationalstaates.

Grundsätzlich liefern die Überlegungen und Theorien Gramscis, in Bezug auf die Möglichkeit der zivilgesellschaftlichen Transformation von innerstaatlichen Machtverhältnissen, Denk- und -Lösungsansätze für die StaatsbürgerInnen in einem autoritär regierten Staat, wie ihn auch Gramsci in seiner Zeit in der faschistischen Gefangenschaft erleben musste und eignen sich daher als Modell für das Aufbegehren der BürgerInnen in den (ehemals) autoritär regierten Regimen Tunesiens und Ägyptens. Die erwähnte Möglichkeit der theoretischen Loslösung der organischen Intellektuellen von ihrer starken Bindung an das Konstrukt des Nationalstaates ist deshalb von Bedeutung, da die Studie gezeigt hat, dass die jungen AktivistInnen stark sowohl mit anderen einheimischen Organisationen als auch international vernetzt sind und laut Benhabib sogar Mitglieder einer neuen internationalen Gesellschaft sind.

Folglich müssen globale Machtstrukturen mitgedacht werden, wenn ein Konzept, wie das der organischen Intellektuellen von Gramsci, in der Praxis angewandt wird. Denn fest steht auch, dass die Projekte der hier befragten AktivistInnen, gerade durch ihre Vernetzung mit anderen AktivistInnen und Organisationen, einen nicht-umkehrbaren gesellschaftlichen Einfluss in ihren Ländern haben. Die Vertretung der Interessen dieser AkteurInnen auch auf politischer Ebene sicher zu stellen, würde aus politikwissenschaftlicher Sicht ein Mehrparteiensystem bzw. eine institutionalisierte Form der parteilichen Repräsentation erfordern, um, wie Gramsci mit der Funktion von organischen Intellektuellen darstellt, durch zivilgesellschaftlichen Aktivismus eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse zu erlangen.

Hier könnte eine **weiterführende Forschung** im Bereich staatlicher Institutionen und der Mehrebenenpolitik eines demokratischen Staates ansetzen, die die möglichen Perspektiven des Aktionismus junger BürgerInnen und die Möglichkeit der Repräsentation ihrer Sichtweisen in Staaten der demokratischen Transformation untersucht.

LITERATURVERZEICHNIS

- ABDEL-WAHAB, Ayman (2013): Towards a citizen state. In: Al Ahram Weekly: <http://weekly.ahram.org.eg/News/4668/21/Towards-a-citizen-state.aspx> [Zugang: 12.11.2013]
- AL DABOUSSI, Ayman (2013): Rap in Tunesia. Art or Resistance? In: As Safir: <http://www.assafir.com/MulhakArticle.aspx?EditionId=2620&MulhakArticleId=2202374&MulhakId=6964#.Uooajxxw3lE> [Zugang: 30.10.2013]
- ARMBRUSTER, Jörg (2011): Der Arabische Frühling. Als die Islamische Jugend begann, die Welt zu verändern. Frankfurt/Main: Westend Verlag.
- ATAÇ, Ilker / KRALER, Albert / ZIAI, Aram [Hrsg.] (2011): Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung. Wien: Mandelbaum Verlag.
- ATTINÁ, Fulvio / ROSSI, Rosa (2004): European Neighbourhood Policy. Political, Economic and Social Issues. Jean Monnet Centre «Euro-Med» Department of Political Studies, University Catania.
- AUSWÄRTIGES AMT [D] (2013): Unterstützung für demokratischen Wandel in Ägypten. In: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/NaherMittlererOsten/Umbrueche-TSP/Transformationspartnerschaft-EGY-node.html> [Zugang: 17.8.2013]
- AUSWÄRTIGES AMT [D] (2013a): Projektförderung. In: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/NaherMittlererOsten/Umbrueche-TSP/Projekte/Uebersicht_node.html [Zugang: 17.8.2013]
- BARACANI, Elena (2004): The EU and Democracy Promotion. A Strategy of Democratization in the framework of Neighbourhood Policy? In: ATTINÁ, Fulvio; ROSSI, Rosa: European Neighbourhood Policy: Political, Economic and Social Issues. Jean Monnet Centre «Euro-Med» Department of Political Studies, University Catania, S. 37 – 57.
- BARCELONA DECLARATION (1995). In: http://www.eeas.europa.eu/euromed/docs/bd_en.pdf [Zugang: 21.09.2013]
- BECKER, Egon / JAHN, Thomas / WEHLING, Peter (1991): „Civil Society“ und die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Prokla 21 (84), S. 482-492.
- BEHNKE, Joachim / GSCHWEND, Thomas / SCHINDLER, Delia / SCHNAPP, Kai-Uwe [Hrsg.] (2006): Methoden der Politikwissenschaft. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

- BENHABIB, Seyla (2008): Die Dämmerung der Souveränität oder das Aufstreben kosmopolitischer Normen? Eine Neubewertung von Staatsbürgerschaft in Zeiten des Umbruchs. In: KREIDE, Regina / NIEDERBERGER, Andreas [Hrsg.]: Transnationale Verrechtlichung. Nationale Demokratien im Kontext globaler Politik. Frankfurt/ New York: Campus Verlag.
- BICKEL, Markus (2013): Ägypten schränkt Demonstartionsrecht ein. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afrika/nach-protesten-aegypten-schraenkt-demonstrationsrecht-ein-12680023.html> [Zugang: 1.12.2013]
- BIELING, Hans-Jürgen (2010): Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- BOCHMANN, Klaus (2001): Große und kleine, organische, vagabundierende, kristallisierte und traditionelle Intellektuelle. Der Begriff des Intellektuellen bei Antonio Gramsci. In: WINKLER, Martina [Hrsg.]: WortEnde. Intellektuelle im 21. Jahrhundert? Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 39 – 50.
- BOGNER, Alexander / LITTIG, Beate / MENZ, Wolfgang [Hrsg.] (2005): Das Experteninterview. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- BPB (2013): Strukturanpassung und Verschuldung. In: <http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/59000/anpassung-der-strukturen?p=all> [Zugang: 07.11.2013]
- BPB online Lexika (2013): Bundeszentrale für Politische Bildung. In: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/fischer-weltalmanach/65612/staaten> [Zugang: 18.8.2013]
- BRAND, Ulrich (2007): The Internationalization of the State as the Reconstitution of Hegemony. IPW Working Paper, No. 1/2007, Institut für Politikwissenschaften, Universität Wien.
- BRAND, Ulrich (2009): Staatstheorie und Staatsanalyse im globalen Kapitalismus. Ein neopoulantianischer Ansatz der IPÖ. In: Hartmann, Eva; Kunze, Caren; Brand, Ulrich [Hrsg.]: Globalisierung, Macht und Hegemonie. Perspektiven einer kritischen Internationalen Politischen Ökonomie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- BRAND, Ulrich (2011): Post-Neoliberalismus? Akteulle Konflikte Gegen-hegemoniale Strategien. Hamburg: VSA Verlag.
- BTI Ländergutachten 2012 der Bertelsmann Stiftung (2013): Tunesien. In: <http://www.bti-project.de/laendergutachten/mena/tun> [Zugang: 7.11.2013]
- BTI Ländergutachten 2012 der Bertelsmann Stiftung (2013a): Ägypten. In: <http://www.bti-project.de/laendergutachten/mena/egy> [Zugang: 7.11.2013]

- BUCKEL Sonja / FISCHER-LASCANO, Andreas (2008): Emanzipatorische Gegenhegemonie im Weltrecht. In: KREIDE, Regina / NIEDERBERGER, Andreas [Hrsg.]: Transnationale Verrechtlichung. Nationale Demokratien im Kontext globaler Politik. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- BUCKEL Sonja / FISCHER-LASCANO, Andreas [Hrsg.] (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- BUNDESANZEIGER-VERLAG, Online-Lexikon (2013). In: <http://www.bundesanzeiger-verlag.de/nc/aw-portal/aussenwirtschaft/abkuerzungsverzeichnis/buchstabe/m/glossarpage/4.html> [Zugang: 13.8.2013]
- CHEMIE online-Lexikon (2013). In: <http://www.chemie.de/lexikon/Katalysator.html> [Zugang: 16.6.2013]
- COLLINS, Nicholas (2011): *Voices of a Revolution. Conversations with Tunisia's Youth*. Washington DC: National Democratic Institute.
- COOPER, Robert (2003): *The Breaking of Nations. Order and Chaos in the Twenty-First-Century*. New York: Grove Press.
- COX, Robert W. (1983): Gramsci, Hegemony and International Relations. An Essay in Method. In: *Millennium* 12(2), S. 162-175.
- CULTURAL INNOVATORS NETWORK – CIN (2013): <http://www.goethe.de/ins/eg/prj/cin/enindex.htm> [Zugang: 12.09.2013]
- DAAD Deutsche Akademischer Austauschdienst (2013): *Wandel durch Austausch*. In: <http://www.changebyexchange.de/de/> [Zugang: 22.7.2013]
- DEMIROVIĆ, Alex (1992): Führung und Rekrutierung. Die Geburt des Intellektuellen und die Organisation der Kultur. In: PRIGGE, Walter [Hrsg.]: *Städtische Intellektuelle. Urbane Milieus im 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 47 – 77.
- DEMIROVIĆ, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- DEMIROVIĆ, Alex (1998): Löwe und Fuchs. Antonio Gramscis Beitrag zu einer kritischen Theorie bürgerlicher Herrschaft. In: IMBUSCH, Peter [Hrsg.]: *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien*. Opladen: Leske + Budrich, S. 95 – 108.
- DEMIROVIĆ, Alex (2009): Kehrt der Staat zurück? Wirtschaftskrise und Demokratie. In: *Prokla* 157, S. 589-605.

- DEMIROVIĆ, Alex [Red.] (2012): PROKLA 167. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. 42. Jhg., Nr. 2. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- DEUTSCHE WELLE DW (2013): Enthusiasm turns into frustration. In: <http://www.dw.de/enthusiasm-turns-into-frustration-in-tunisia/a-17179599> [Zugang: 9.11.2013]
- DIE BUNDESKANZLERIN (2013): Reformen verdienen Anerkennung. In: <http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2013/06/2013-06-07-besuch-tunesischer-mp.html> [Zugang: 01.09.2013]
- DIETRICH, Wolfgang (2007): Zivilgesellschaft und Menschenwürde als Schlüsselbegriffe der Entwicklungspolitik. In: FISCHER et al. [Hrsg.]: Entwicklung und Unterentwicklung. Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum-Verlag, S. 255 – 274.
- DRESING, Thorsten / PEHL, Thorsten (2012): Praxisbuch Interview & Transkription. Regelsysteme und Anleitungen für qualitative ForscherInnen. 4. Auflage, Marburg. In: www.audiotranskription.de/praxisbuch [Zugang: 03.08.2013]
- EU Press Release (2011); FÜLE, Stefan: Speech 11/130 http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-11-130_en.htm?locale=en [Zugang: 21.10.2013]
- EU response to the Arab Spring (2013): The SPRING programm. In: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-636_en.htm [Zugang: 05.09.2013]
- EUROMED (2007): In: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_euromed_rsp_de.pdf [Zugang: 18.10.2013]
- EUROPA (2013): Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung. http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/mediterranean_partner_countries/index_de.htm [Zugang: 21.09.2013]
- EUROPEAN COMMISSION (2011): EU response to the Arab Spring: the SPRING Programme. MEMO/11/636 In: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-636_en.htm?locale=en [Zugang: 12.09.2013]
- EUROPEAN COMMISSION (2013): Mediterranean Neighbours. In: <http://ec.europa.eu/environment/enlarg/med/> [Zugriff: 07.12.2013]
- FIORI, Giuseppe (1979): Das Leben des Antonio Gramsci. Berlin: Rotbuch Verlag.
- FISCHER et al. [Hrsg.] (2007): Entwicklung und Unterentwicklung. Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum-Verlag.
- FLICK, Uwe [Hrsg.] (2005): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbeck b. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

- FLICK, Uwe [Hrsg.] (2006): Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung. Reinbeck b. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 424-443.
- FREEDOM HOUSE INDEX (2013): http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/FIW%202013%20Booklet_0.pdf [Zugang: 15.09.2013]
- FREYBURG, Tina (2011): Transgovernmental networks as catalysts for democratic change? EU functional cooperation with Arab authoritarian regimes and socialization of involved state officials into democratic governance. In: Democratization, Vol. 18, No. 4, August 2011. London: Routledge, S. 1001 – 1025.
- GEHLEN, Martin (2012): Mursi! Mursi! Allah ist groß! In: Die Zeit <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-06/mursi-wahl-aegypten> [Zugang: 21.08.2013]
- GILL, Stephen (1992): The Emerging World Order and European Change. The Political Economy of European Union. In: Miliband, Ralph; Panitch, Leo [Hrsg.]: The Socialist Register. New World Order? London: Merlin Press, S. 157-196.
- GILLESPIE, Richard (2005): Editorial: An Anniversary to Celebrate: 10 Years of Mediterranean Politics. In: Mediterranean Politics, Vol. 10, No. 2, Juli. London: Routledge.
- GLÄSER, Jochen / LAUDEL, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- GLIGOROV, Vladimir [Hrsg.] (2012): Transition in the MENA Region: Challenges, Opportunities and Prospects. Research Reports, 376, January 2012, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.
- GOETHE INSTITUT (2013): Transformationspartnerschaft mit den Ländern des Mittleren und Nahen Ostens. In: <http://www.goethe.de/prs/pro/pressemappe11/Transformationspartnerschaften%20mit%20den%20Laendern%20des%20Nahen%20und%20Mittleren%20Ostens.pdf> [Zugang: 22.09.2013]
- GOETHE INSTITUT Ägypten (2013): Transformation & Partnerschaft. In: http://www.goethe.de/ins/eg/kai/kul/sup/trp/deindex.htm?wt_sc=transformationspartnerschaft [Zugang: 12.09.2013]
- GÖSSINGER, Agnes / RAZA, Werner [Hrsg.] (2011): Bilaterale Entwicklungsfinanzierung in Europa. Ergebnisse eines Forschungsprojekts mit Empfehlungen für die zukünftige Gestaltung aus entwicklungspolitischer Sicht. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 109. Wien: Arbeiterkammer.
- GRAMSCI, Antonio (1929-1935); Bochmann, Klaus, [Hrsg.] (1996): Antonio Gramscis Gefängnishefte. Band 7, Heft 12 bis 15. Hamburg: Argument-Verlag.

- GRESH, Alain (2012): Einstürzende Denkgebäude. Geopolitische Gewissheiten und der Arabische Frühling. In: Edition LE MONDE diplomatique, No. 11, 2012, S. 24 – 27.
- GRESH, Alain (2013): An der Hand der Armee. In Ägypten lässt sich die säkulare Opposition auf ein verhängnisvolles Bündnis ein. In: LE MONDE diplomatique, Ausgabe, August 2013, S. 5 – 6.
- GTAI Germany Trade and Invest (2013): EU bietet südlichem Mittelmeerraum neue Partnerschaft an – Anpassung bestehender Hilfen für Demokratie, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. In: <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/trade,did=283464.html> [Zugang: 12.09.2013]
- HABERMANN, Friederike (2011): Transnationale Bewegungen: Die Reproduktion von Ungleichheit in Theorien und Praktiken globaler zivilgesellschaftlicher Politik. In: ATAÇ, Ilker / KRALER, Albert / ZIAI, Aram [Hrsg.]: Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung. Wien: Mandelbaum Verlag, S. 93-112.
- HOLLSTEIN, Betina; STRAUS, Florian [Hrsg.] (2006): Qualitative Netzwerkanalyse: Konzepte, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- HUFFSCHMID, Jörg (2008): Die Rückkehr des Staates. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2008, S. 8 – 12.
- HUMAN DEVELOPMENT INDEX (2012): Tunesien
<http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/TUN.html> [Zugang: 26.09.2013]
- JEHLE, Peter (2012): Warum wir einen an Antonio Gramsci und Jean-Paul Sartre inspirierten Intellektuellen-Begriff brauchen. In: Faber, Richard [Hrsg.]: Was ist ein Intellektueller? Rückblicke und Vorblicke. Würzburg: Königshausen & Neumann Verlag, S. 183 – 192.
- JELLOUN, Tahar Ben (2011): Arabischer Frühling. Vom Wiedererlangen der arabischen Würde. Berlin: Bloomsbury Verlag.
- JOINT COMMITTEE ON STANDARDS for Educational Evaluation SANDERS, James R. [Hrsg.] (1999): Handbuch der Evaluationsstandards. Opladen: Leske + Budrich.
- KEBIR, Sabine (1991): Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg: VSA-Verlag.
- KHOURI, Rami G. (2010): Take note of Arab youth activism. In: The Daily Star Lebanon, November 2010, <http://www.dailystar.com.lb/Opinion/Columnist/Nov/10/Take-note-of-Arab-youth-activism.ashx#axzz2esQOc1ll> [Zugang: 14.09.2013]
- KOM(2006)726 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Über die Stärkung der europäischen Nachbarschaftspolitik. KOMM(2006)726, Brüssel. In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0726:FIN:DE:PDF> [Zugang 8.09.2013]

- KOM(2008)319 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2008): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Barcelona Prozess: Union für den Mittelmeerraum. KOMM(2008)319, Brüssel. In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0319:FIN:DE:PDF> [Zugang: 10.9.2013]
- KOM(2011)200 Europäische Kommission (2011): Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und Gemeinsamen Wohlstand. KOMM(2011)200, Brüssel. In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0200:FIN:DE:PDF> [Zugang: 7.9.2013]
- KOM(2011)303 Europäische Kommission (2011a): Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel. KOMM(2011)303, Brüssel. In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0303:FIN:DE:PDF> [Zugang: 10.9.2013]
- KOROM, Philipp (2008): Öffentliche Intellektuelle in der österreichischen Presse. Eine empirische Auseinandersetzung mit der Soziologie der Intellektuellen. Graz: Leykam Buchverlag.
- KREIDE, Regina / NIEDERBERGER, Andreas [Hrsg.] (2008): Transnationale Verrechtlichung. Nationale Demokratien im Kontext globaler Politik. Frankfurt/ New York: Campus Verlag.
- KUCKARTZ, Udo / DRESING, Thorsten / RÄDIKER, Stefan / STEFER, Claus [Hrsg.] (2008): Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- LEAGUE OF ARAB STATES (2013): Member States. In: http://www.lasportal.org/wps/portal/las_en [Zugriff: 16.12.2013]
- LÖSCH, Bettina (2007): Demokratisierung. In: Brand, Ulrich; Lösch, Bettina; Thimmel, Stefan [Hrsg.]: ABC der Alternativen. Hamburg: VSA, S. 40-41.
- LÜDERS, Christian (2005): Herausforderungen qualitativer Forschung. In: FLICK, Uwe [Hrsg.]: Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbeck b. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 632 – 642.
- LÜDERS, Christian (2006): Qualitative Daten als Grundlage der Politikberatung. In: FLICK, Uwe [Hrsg.]: Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung. Reinbeck b. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 444 – 463.

- MATT, Eduard (2005): Darstellung qualitativer Forschung. In: FLICK, Uwe [Hrsg.]: Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbeck b. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 578 – 587.
- MAYRING, Philipp (1993): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. Weinheim: Beltz Verlag.
- MAYRING, Philipp (2006): Qualitative Inhaltsanalyse. In: FLICK, Uwe [Hrsg.]: Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung. Reinbeck b. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 468 – 475.
- MAYRING, Philipp (2008): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- MAYRING, Philipp / GLÄSER-ZIKUDA, Michaela [Hrsg.] (2008): Die Praxis der Qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- MEDA I (1996): In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1996:189:0001:0009:DE:PDF> [Zugang: 12.9.2013]
- MEDA II (2000): In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2000:311:0001:0008:DE:PDF> [Zugang: 12.9.2013]
- MEGAHED, Nagwa / LACK, Stephen (2011): Colonial legacy, women's rights and gender-educational inequality in the Arab World with particular reference to Egypt and Tunisia. International Review of Education, Vol.57(3)
- MERKEL, Wolfgang (2003). Demokratie in Asien. Ein Kontinent zwischen Diktatur und Demokratie. Bonn: Dietz Verlag.
- MOORE, David B. / SCHMITZ, Gerald J. (1995): Debating development discourse. Institutional and popular perspectives. London: Macmillan.
- MORTON, Adam David (2007): Unravelling Gramsci. Hegemony and passive Revolution in the Global Political Economy. London: Pluto Press.
- MÜNKLER, Herfried (2005): Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten. Berlin: Rowohlt Verlag.
- MURPHY, Emma C. (2011): The Tunisian Uprising and the Precarious Path to Democracy. In: Mediterranean Politics, Vol. 16, No. 2, Juli. London: Routledge, S. 299-305.
- MURPHY, Emma C. (2012): Introduction: Arab Youth and Politics. In: Mediterranean Politics, Vol. 17, No. 1, März. London: Routledge, S. 1-4.
- MURPHY, Emma C. (2012a): Problematizing Arab Youth: Generational Narratives of Systemic Failure. In: Mediterranean Politics, Vol. 17, No. 1. London: Routledge, S. 5-22.

- NAßMACHER, Hiltrud (2002): Politikwissenschaft. Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft. München: Oldenbourg Verlag.
- NOHLEN, Dieter / NUSCHELER, Franz [Hrsg.] (1974): Handbuch der Dritten Welt. Band I: Theorien und Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag.
- NOHLEN, Dieter / SCHULZE, Rainer-Olaf [Hrsg.] (2010): Lexikon der Politikwissenschaften. Theorien, Methoden, Begriffe. Band I + II. München: Verlag C.H. Beck.
- NORDHAUSEN, Frank / SCHMID, Thomas [Hrsg.] (2011): Die arabische Revolution. Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf. Berlin: Ch. Links Verlag.
- NOUSIOS, Petros / OVERBEEK, Henk / TSOLAKIS, Andreas [Hrsg.] (2012): Globalisation and European Integration. Critical approaches to regional order and international relations. London: Routledge.
- OBROVSKY, Michael / SIX, Clemens (2006): Zivilgesellschaft und Entwicklung. Eine Einleitung. In: Österreichische Entwicklungspolitik ÖFSE: Zivilgesellschaft und Entwicklung. Ausgabe: 2007, S. 7 – 10.
- OECD (2010): Progress in Public Management in the Middle East and North Africa. Case study on policy reform. OECD.
- OPRATKO, Benjamin (2012): Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- OPRATKO, Benjamin / PRAUSMÜLLER, Oliver [Hrsg.] (2011): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie. Hamburg: Argument Verlag.
- ÖSTERREICHISCHES AUßENMINISTERIUM (2013): Außenpolitik: Anna Lindh Foundation. In: <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/auslandskultur/dialog-der-kulturen/anna-lindh-foundation.html> [Zugang: 16.9.2013]
- ÖSTERREICHISCHES AUßENMINISTERIUM (2013a): In: <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/presenews/reden-und-interviews/2012/rede-von-vizekanzler-dr-michael-spindelegger-gedenkveranstaltung-umbruch-aufbruch-europa-bundestkanzleramt-dienstag-8-mai-2012.html> [Zugang: 16.9.2013]
- PACE, Michelle (2009): Paradoxes and contradictions in EU democracy promotion in the Mediterranean. The limits of EU normative power. In: Democratization, 16, S. 39 – 58.
- PACE, Michelle / CAVATORTA, Francesco (2012): The Arab Uprisings in Theoretical Perspective. An Introduction. In: Mediterranean Politics, Vol. 17, No. 2, Juli. London: Routledge, S. 125-138.

- PAULMICHL, Ludwig (1988): Bürgerliche Gesellschaft, Hegemonie, Intellektuelle. Zur konzeptuellen Ausweitung des Intellektuellen im Hinblick auf die revolutionäre Strategie und Organisation bei Antonio Gramsci. Dissertation, Universität Wien.
- PEARCE, Jenny (2000): Development, NGOs, and Civil Society. Oxford: Oxfam.
- PEDERSEN, Jennifer / SALIB, Monalisa (2013): Women of the Arab Spring. In: International Feminist Journal of Politics. Vol. 15, No. 2. London: Routledge, S. 256-266.
- PERTHES, Volker [Hrsg.] (2001): Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- POLITIK-LEXIKON (2013): Zivilgesellschaft. In: <http://www.politik-lexikon.at/zivilgesellschaft/> [Zugang: 30.09.2013]
- PREISS, Bert (2012): Demokratieentwicklung in den arabischen Ländern: Reformprozesse und die Rolle der Zivilgesellschaft. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung [Hrsg.]: Zeitenwende im arabischen Raum – Welche Antwort findet Europa? Wien: Lit. Verlag.
- PRZYBORSKI, Aglaja / WOHLRAB-SAHR, Monika (2010): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. München: Oldenbourg Verlag.
- ROBERTS, Hugh (2013): Ägypten ohne Revolution. Das Militär erobert das Zentrum der politischen Macht zurück. In: Lettre International, Ausgabe 102, Berlin, S. 34-42.
- SCHAFFAR, Wolfram / ZIAI, Aram (2011): Demokratie, Demokratisierung und Konstitutionalismus in Peripheriestaaten. In: ATAÇ, Ilker / KRALER, Albert / ZIAI, Aram [Hrsg.]: Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung. Wien: Mandelbaum Verlag, S. 93-112.
- SCHINDLER, Delia (2006): Qualitative Netzwerkanalyse. In: BEHNKE, Joachim / GSCHWEND, Thomas / SCHINDLER, Delia / SCHNAPP, Kai-Uwe [Hrsg.]: Methoden der Politikwissenschaft. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 287 – 296.
- SCHMID, Bernhard (2011): Die arabische Revolution? Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten. Münster: Edition Assemblage.
- SCHMIDT, Manfred G. (2010): Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- SCHUBERT, Klaus / KLEIN, Martina (2006): Das Politiklexikon. Bonn: Dietz Verlag.
- SPRINGER GABLER Verlag [Hrsg.]: Gabler Wirtschaftslexikon. Stichwort: Strukturanpassungsprogramm (SAP), online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/58918/strukturanpassungsprogramm-sap-v5.html> [Zugang: 18.11.2013]

- STEINBICHLER, Stefanie (2009): The Barcelona Process a result of postcolonial politics? Dissertation, Universität Wien.
- STEINER, Tommy / ROTHSCILD, Danny (2011): Ein Augenblick der Formbarkeit. Im Nahen Osten besteht die Chance auf einen kreativen Lösungsansatz. In: Internationale Politik 5, September/Oktober, S. 74-79 In: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.: <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/article/19155/print> [Zugang: 12.09.2013]
- TAUSCH, Arno (2008): Towards a new EU policy for the Mediterranean South? In: Economics and Politics of Europe. New York: Nova Science Publications, S. 1 – 47.
- THE ECONOMIST (2013): Democracy Index 2012. In: <http://www.eiu.com/Handlers/WhitepaperHandler.ashx?fi=Democracy-Index-2012.pdf&mode=wp&campaignid=DemocracyIndex12> [Zugang: 12.11.2013]
- WISSEN, Markus / RÖTTGER, Bernd / HEEG, Susanne [Hrsg.] (2008): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik, Münster.
- WÖHL, Stefanie (2007): Staat und Geschlechterverhältnisse im Anschluss an Antonio Gramsci. In: BUCKEL Sonja; FISCHER-LASCANO, Andreas [Hrsg.]: Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 67 – 83.
- WÖHL, Stefanie (2013): 'Occupy Wall Street'. Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf demokratische Repräsentation und politische Partizipation. In: DE NÈVE, Dorothée / OLTEANU, Tina [Hrsg.]: Politische Partizipation jenseits der Konventionen. Berlin: Barbara Budrich Verlag, S. 255 – 279.
- WOLF, Jörg (2012): Wie riskant ist die EU-Politik zur Stabilisierung Nordafrikas? In: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/03_jb01_29_wol.pdf [Zugang: 12.09.2013]
- ZIAI, Aram (2011): Die Peripherie der Sozialwissenschaften. In: ATAÇ, Ilker / KRALER, Albert / ZIAI, Aram [Hrsg.]: Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung. Wien: Mandelbaum Verlag, S. 24-38.

ZEITUNGEN UND JOURNALE

Al Ahram Weekly, As Safir, Democratization, Edition Le Monde Diplomatique, Frankfurter Allgemeine Zeitung, International Feminist Journal of Politics, International Review of Education, Internationale Politik, IPW Working Paper (Universität Wien – Institut für Politikwissenschaften), LE MONDE diplomatique, Lettre Internationale, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft der Österreichischen Arbeiterkammer, Mediterranean Politics, Millennium, Österreichische Entwicklungspolitik ÖFSE: Zivilgesellschaft und Entwicklung, PROKLA, Research Reports des Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, The Daily Star Lebanon, The Economist.

ABSTRACT (ENGLISH)

Scholars, activists and people engaged in the cultural sector globally are increasingly concerned with the political transformation process that has occurred since 2011 in a region considered to be stable due to its long-term subjugation under authoritative regimes. The focus of this process is predominantly the uprising of citizens in some Arabic countries, a phenomenon better known as Arab Spring, which can be ascribed mostly to the younger generations living in those regions. The European Union (EU) responded to the social upheavals on the southern neighboring continent with the 'Partnership for Democracy and Shared Prosperity with the Southern Mediterranean'. A result of this program is a cooperation between Germany and Tunisia, and Germany and Egypt, which has been named 'Transformation Partnership'. The primary aim of this thesis is to discuss the strategic partnership between the EU and partner countries focussing on the role of young activists. Antonio Gramsci's theory of 'organic intellectuals' was employed to analyse the role and function of these activists, in the midst of the transformation process. The reason for this juxtaposition is that according to Gramsci, transformation, or the potential to transform can be attributed to civil society and particularly to so called intellectuals. In the course of this study, activists are defined gradually as 'catalysts' for a transformation process, and the suitability of such definition is confirmed empirically in the latter part of this thesis, which makes an analysis of the role of participants in the 'Transformation Partnership'. The chosen methodical approach is a combination of theoretical and empirical research. The discussion commences with a general presentation of the theme of political transformation in the Southern Mediterranean, followed by a theoretical investigation of Antonio Gramsci's discourse on social transformation. Secondly, the 'Transformation Partnership' is examined as a tool of the European Union to manage its Neighborhood Policy. Furthermore, it is transposed on a global level and reinterpreted within the framework of Gramsci's discourses. The empirical section presents the qualitative interviews with young activists, who participated in the Transformation Partnership program. In conclusion, the thesis questions firstly the extent to which Gramsci's discourse is able to describe the role of young activists in the transformation process, its limits for such a purpose, and finally whether young activists can be defined as 'organic intellectuals'.

ABSTRACT (DEUTSCH)

Die Transformation einer Region, die Jahrzehnte lang als stabil, im Sinne von autoritär regiert, betrachtet wurde, bewegt seit 2011 sowohl WissenschaftlerInnen, als auch AktivistInnen und Kulturschaffende aus der ganzen Welt. Die Rede ist von einem Aufbegehren der BürgerInnen in einigen arabischen Ländern, bekannt als *Arabischer Frühling*, welches vor allem der jungen Generation dieser Staaten zugeschrieben wird.

Die Europäische Union antwortete auf diese gesellschaftlichen und politischen Umbrüche auf dem Nachbarkontinent mit einer „Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und Wohlstand“, welche von der Europäischen Kommission im Mai 2011 ausgerufen wurde und aus der zwischen Deutschland und Tunesien bzw. Ägypten die sogenannte „Transformationspartnerschaft“ resultierte.

Zentrales Anliegen der Diplomarbeit ist es, die strategische Partnerschaft zwischen der EU und den Partnerländern im Hinblick auf die Rolle junger AktivistInnen zu erörtern und mit der Theorie Antonio Gramscis auf ihre Funktion als mögliche „organische Intellektuelle“ hin zu untersuchen. Denn die gesellschaftliche Transformation bzw. die Macht zur Transformation misst Gramsci der *Zivilgesellschaft* im Allgemeinen und den *Intellektuellen* im Besonderen bei. Die jungen AktivistInnen werden im Verlauf der Studie als „Katalysatoren“ der Transformation bezeichnet. Dies wird durch eine empirische Studie im letzten Teil der Arbeit, welche die Rolle der TeilnehmerInnen an Projekten der Transformationspartnerschaft analysiert, untermauert.

Die methodische Vorgehensweise, die hierfür gewählt wurde, ist eine Verknüpfung von literaturbasierter und empirischer Forschung. Der Ablauf der Studie sieht zuerst einen thematischen Einstieg in die Transformation in der südlichen Mittelmeerregion vor. Daraufhin werden die Ansätze der gesellschaftlichen Transformation bei Antonio Gramsci aufgezeigt, anschließend wird die Transformationspartnerschaft als außenpolitisches Instrument der europäischen Nachbarschaftspolitik vorgestellt, um dann in einen weiterführenden Diskurs der gramscianischen Theorie im Rahmen globaler Zusammenhänge zu münden. Im empirischen Teil wird mittels qualitativer Interviews mit den ausgewählten jungen AkteurInnen dargestellt inwieweit die Theorie Antonio Gramscis einen Beitrag zur Rolle der jungen AktivistInnen im Transformationsprozess leisten kann und abschließend erörtert, wo dessen Grenzen liegen und inwieweit diese als „organische Intellektuelle“ bezeichnet werden können.

CURRICULUM VITAE

PERSÖNLICHE DATEN

Name	Sarah Sophia Straub
Wohnort	Wien (A)

BILDUNG

1994 – 1998	Grundschule, Boos (D)
1998 – 2007	Neusprachlich und Humanistisches Gymnasium, Memmingen (D) 2003/04 Auslandsaufenthalt am Colegio Humboldt, Puebla (MEX) 2007 Abschluss: Abitur
2007 – 2008	Auslandsreisen
Okt. 2008	Diplomstudium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien (A) mit einem Schwerpunkt auf Internationaler Politik und Südasienskunde April 2009 Studienreise zu den Vereinten Nationen New York (USA)
März 2014	Voraussichtlich Abschluss Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

BERUFSERFAHRUNG

07.-09.05.2012	Studentische Delegation des Österreichischen Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten anlässlich der Feierlichkeiten zu 55 Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Saudi-Arabien
01.11.2012-31.01.2013	Goethe Institut Istanbul Praktikum
18.02.-30.05.2013	Deutsche Botschaft Prag Praktikum

AUSLANDSERFAHRUNG

2003/04 (MEXIKO)	Auslandsaufenthalt am Colegio Humboldt, Puebla Teilnahme am Unterricht am Colegio Humboldt & Erlernen der spanischen Sprache
August 2006 (INDIEN)	Volunteer bei der Hilfsorganisation ETW (embracing the world, NGO) in Kerala Katastrophenhilfe beim Wiederaufbau der vom Tsunami 2004 überschwemmten Dörfer an der Küste im südindischen Bundesstaat Kerala
April 2009 (USA)	Studienreise zu den Vereinten Nationen New York & Washington Briefings in den UN Headquarters/ NEW YORK: UN-Security Council, UNHCR, UN-Initiatives Against Int. Terrorism, Conflict Resolution& Peace Building, UNDP, Peace Keeping Operations, UNICEF, Human Development Report (HDR), UNFPA Briefings in der Welt Bank (WB) und dem International Monetary Fund (IMF) WASHINGTON zum Thema Goals and Strategy of the international financial institutions
2012/2013 (TÜRKEI)	3-monatiges Praktikum am Goethe Institut Istanbul Mitarbeit in der Programmabteilung und bei Organisation und Durchführung künstlerischer Projekte in Istanbul Erlernen der türkischen Sprache (Grundkurs A1) an der Tömer Üniversitesi Istanbul
2013 (TSCHECHISCHE REPUBLIK)	4-monatiges Praktikum an der Deutschen Botschaft in Prag Mitarbeit in der Kultur- und Protokollabteilung der Auslandsvertretung

SPRACHEN

- Deutsch:** Muttersprache
- Englisch:** verhandlungssicher
- Spanisch:** fließend in Wort und Schrift
- Italienisch:** fließend in Wort/ fortgeschritten in Schrift
- Sanskrit:** Grundkenntnisse in Wort und Schrift
- Türkisch:** Grundkenntnisse in Wort und Schrift

Interviewleitfaden I

OFFENES LEITFADENINTERVIEW – mit jungen AktivistInnen

- 1) Vorgespräch
 - Kurzer Überblick über die Arbeit und die Empirische Forschung
 - Anonymisierung
- 2) Offene/ narrative Eingangsfrage → zu Hypothese (a)
 - wie bist du dazugekommen dich international zu engagieren und dich letztendlich für das CIN-Projekt zu bewerben
 - Was ist dein Hauptkritikpunkt an der derzeitigen Situation in deinem Land (und im internationalen Kontext)
 - die Transformationspartnerschaft wurde 2011 ins Leben gerufen. Es geht darum demokratische Gesellschaftsformen zu fördern. Was verstehst du unter Demokratie?
 - Was bedeutet für dich demokratische Transformation?
- 3) Fragen, die über den sozialen, institutionellen und persönlichen Kontext des Interviewpartners Auskunft geben → zu Hypothese (b)
 - Welches ist dein Spezialgebiet für deine aktive Teilnahme am Transformationsprozess? Was ist deine Herangehensweise?
 - Netzwerk:
 - Mit wem besprichst du dich, um neue Projekte zu planen bzw. durchzuführen
 - Auf welche Institutionen und Organisationen kommst du zurück, wenn du ein Projekt planst?
 - Welche Rolle spielt für dich dabei der ägyptische/tunesische/deutsche Staat?
 - Wie positionierst du dich selbst in dieser Transformationspartnerschaft?
 - Wessen Interessen vertrittst du? (Deine eigenen? Die einer Gruppe? Die einer großen Masse?)
 - Welche Kommunikationsformen wählst du um auf deine Meinung/ Aktionen aufmerksam zu machen
 - Welches Medium wählst du um deine Ansichten zu vermitteln?
- 4) Themenkomplexe, die angesprochen werden sollten → zu Hypothese (a) - (d)
 - welche Zielgruppe spricht deine Organisation/ sprecht Ihr als Gruppe an? Welche Veränderung bringen die Aktionen mit sich?
 - Einschätzungen über die eigenen Einflussmöglichkeiten auf mögliche Veränderungen in der Gesellschaft
 - Frage zu den neuerlichen Veränderungen stellen, und wie sich die Interviewten dazu positionieren und welche politischen Möglichkeiten sie sehen, eine stabilere Demokratie herzustellen.

Interviewleitfaden II

EXPERTINNENINTERVIEW mit Organisatorin des Cultural Innovators Network (CIN) – Forums 2012

- 1) Vorgespräch
 - Vorstellung meines Forschungsvorhabens
- 2) Sich selbst und Funktion vorstellen
 - Können Sie sich selbst kurz vorstellen und vor allem auf Ihre Funktion im Goethe Institut bzw. im Cultural Innovators Network (CIN) eingehen?
- 3) Überblick über Sachverhalt
 - Können Sie kurz auf die Anfänge von CIN eingehen? Wie kam es zu diesem Projekt? → zu Hypothese (a)
 - Was lässt sich über den momentanen Stand des CIN-Projektes sagen? In welcher Phase befindet sich das Projekt im Moment? → zu Hypothese (a) + (b)
- 4) Betriebs- und Deutungswissen
 1. offene Einleitungsfrage
 - Das Auswahlverfahren: nach welchen Kriterien werden TeilnehmerInnen ausgesucht? → zu Hypothese (d)
 - Wer ist in die organisatorische und inhaltliche Konzeption miteingebunden bzw. verantwortlich? → zu Hypothese (a) + (b)
 - Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen? → zu Hypothese (d)
 2. Detaillierte Nachfrage
 - Beispiel des Auswahlprozesses: offener *open call*? → zu Hypothese (a) + (d)
 - Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeit der TeilnehmerInnen beim CIN-Forum?
 - Aus welchen Ländern kommen Partnerorganisationen?
 - Auf welche Art und Weise kann das Goethe Institut die jungen AktivistInnen bei ihrer Arbeit unterstützen? → zu Hypothese (a) + (d)
 3. Einschätzungen vornehmen und Schlüsse ziehen, Diagnosen wagen und Prognosen entwickeln, verallgemeinert oder theoretisiert
 - Wo sehen Sie die Arbeit des Goethe Instituts und im speziellen von CIN innerhalb der Transformationspartnerschaft? (a) + (d)
 - Wie schätzen Sie die Rolle der CINers ein? Wo sehen sie die heutigen TeilnehmerInnen in 5-10 Jahren? → Hypothese (a) + (d)

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Ort, Datum

Vorname(n), Name

